

1 **FRANKFURT NEU DENKEN**

Vorlage des Kreisvorstands der Frankfurter GRÜNEN an die Kreismitgliederversammlung

Einstimmig beschlossen am 28. August 2020

2 **Liebe Frankfurter*innen,**

3 am 14. März 2021 finden in Frankfurt Wahlen statt: Die Wahlen zu den Ortsbeiräten, zur
4 Stadtverordnetenversammlung und zur Kommunalen Ausländer*innen-Vertretung.
5 Damit werden die Gremien gewählt, die die Politik vor Ihrer Wohnungstür für die
6 kommenden fünf Jahre bestimmen werden.

7 Die Menschen, die Sie in diese Gremien wählen, diskutieren und entscheiden über die
8 lokale Umsetzung von Klimaschutz und Verkehrswende, über die Stadtentwicklung und
9 die Entwicklung der kulturellen Angebote, über soziale Einrichtungen, Kinderbetreuung
10 und Schulen, über die Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und der offenen
11 Gesellschaft und über alle anderen Aspekte von Politik vor Ort.

12 Die Wahlen fallen in eine Periode tiefgreifender Veränderungen. Wir stehen zum
13 Zeitpunkt der Erstellung dieses Programms noch mitten in der Corona-Krise und werden
14 weiter mit ihren Folgen zu kämpfen haben. Wir stehen an einem kritischen Punkt bei
15 der Bekämpfung der Klimakatastrophe. Und Frankfurt ist nach wie vor eine schnell
16 wachsende Stadt, mit allen damit verbundenen Herausforderungen.

17 Viele Menschen sind verunsichert und Populist*innen nutzen diese Verunsicherung
18 gezielt, um freiheitliche Errungenschaften anzugreifen und Stimmung gegen einzelne
19 Gruppen zu machen. Wir sagen: Wir sehen die Chancen und werden die nötigen
20 Veränderungen aktiv gestalten. Wir werden unsere Stadt klimafreundlich umbauen und
21 krisenfester machen. Wir werden die Verkehrswende beschleunigen und Mobilität neu
22 denken. Wir werden die Vielfalt unserer Stadt verteidigen und ihre Chancen nutzen. Wir
23 werden die Gleichstellung der Geschlechter weiter vorantreiben. Wir werden Kunst und
24 Kultur über die Krise retten und ihnen mehr Platz verschaffen. Wir werden bei alldem
25 niemanden zurücklassen: Wir lassen uns nicht teilen – zu unserem Frankfurt gehören
26 alle Frankfurter*innen.

27 Mit diesem Wahlprogramm legen wir unsere politischen Haltungen und unsere
28 konkreten Maßnahmen für die kommenden Jahre fest. Wir versprechen: auf die hier
29 aufgeschriebenen Haltungen und Werte können Sie sich verlassen. Und wir bleiben
30 nicht bei abstrakten Haltungen, sondern wir benennen in allen Politikfeldern konkrete
31 Maßnahmen, die wir umsetzen möchten.

32 Wenn Sie mit uns

- 33 • Frankfurt in seinen städtischen Aktivitäten bis 2030 und insgesamt bis 2035
34 klimaneutral machen
- 35 • Frankfurt grüner machen und den öffentlichen Raum menschenfreundlich gestalten
- 36 • in Frankfurt mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen und zukunftssicher bauen
- 37 • in Frankfurt die Verkehrswende umsetzen und mehr Platz für Menschen schaffen
- 38 • Frankfurt gerecht vielfältig für alle Frankfurter*innen – mit gleichen Chancen und
39 Teilhabe und insbesondere einem chancengerechten Bildungs- und
40 Betreuungssystem - halten
- 41 • eine gleichberechtigte Gesellschaft schaffen
- 42 • Kunst und Kultur in Frankfurt mehr Platz geben und
- 43 • Frankfurt als Standort für moderne Wirtschaft und Verwaltung, für Innovation,
44 Transparenz und Beteiligung etablieren

45 wollen, finden Sie in den folgenden Kapiteln unsere konkreten Vorschläge.

46 Wir freuen uns über Ihr Interesse – und auch über Diskussionen, weitere Ideen oder
47 kritische Anmerkungen. Vor allem aber freuen wir uns über Beteiligung an der
48 gemeinsamen Gestaltung unserer schönen Stadt. Bleiben oder werden Sie aktiv,
49 engagieren Sie sich. Treten Sie mit unseren Kandidierenden für die Parlamente und
50 Beiräte in Kontakt. Machen Sie sich ein Bild von uns. Und helfen Sie uns bei der
51 Umsetzung der hier genannten Punkte: Machen Sie Ihre „Kreuze“ bei GRÜNEN
52 Kandidat*innen oder direkt bei den GRÜNEN Listen, fordern Sie nachhaltige Politik bei
53 allen Gelegenheiten ein.

54 Wir erleben fundamentale Veränderungen. Wir wollen sie gemeinsam mit Ihnen
55 gestalten. Diese Chance haben wir, wenn wir Frankfurt in den kommenden Jahren an
56 vielen Stellen neu denken. Der Startpunkt dafür sind die Wahlen am 14. März. Wir
57 freuen uns, wenn Sie mitmachen – lassen Sie uns unsere Stadt gemeinsam in die Hand
58 nehmen.

59 Frankfurt, xx.xx.2020

60 **LEBEN IM KLIMAWANDEL**

61 Frankfurt ist eine der größten Städte Deutschlands – vielfältig, wirtschaftlich stark,
62 kulturell attraktiv und in der Mitte von Deutschland ein zentraler Verkehrsknotenpunkt.
63 Viele Frankfurter*innen sind nicht in Frankfurt geboren, sondern im Lauf ihres Lebens
64 nach Frankfurt gezogen – wegen des Jobs, wegen der Liebe, wegen der besonderen
65 Dynamik der Stadt, weil sie woanders weg mussten und hier eine bessere Zukunft für
66 sich gefunden haben oder warum auch immer: Frankfurt ist ständig im Wandel.

67 Frankfurt ist eine wachsende Stadt. „Frankfurt wächst um Offenbach“ titelte Ende 2019
68 die „hessenschau“ als Ergebnis einer Studie des hessischen Statistischen Landesamts für
69 den Zeitraum bis 2040. Das ist eine plakative Übertreibung und Prognosen sind immer
70 unsicher, aber klar ist: der Wachstumsdruck ist immens und wirkt sich auf alle
71 Lebensbereiche, vor allem aber auf die Kosten des Wohnens aus. Die Prognosen reichen
72 vom Integrierten Stadtentwicklungskonzept mit 830.000 Frankfurter*innen in 2040 bis
73 zur Prognose des Hessischen Statistischen Landesamts mit 870.000 Frankfurter*innen
74 im gleichen Zeitraum. Ende 2019 zählte Frankfurt knapp 760.000 registrierte
75 Einwohner*innen.

76 Und Frankfurt ist eine buchstäblich heiße Stadt: Die Zahl der nach meteorologischer
77 Definition „heißen Tage“ und „Tropennächte“ ist in den letzten Jahren beständig
78 gestiegen, 2019 erlebten wir in Frankfurt mit gemessenen 40,2 Grad Celsius den
79 historisch heißesten Tag in Hessen. Auch die Trockenheit nimmt deutlich zu – ein Blick
80 in den Stadtwald mit seinen sterbenden Bäumen oder auch auf eine beliebige gelbe
81 „Grün“fläche in Frankfurt zeigt das deutlich. 2019 betrug die Niederschlagsmenge in
82 Frankfurt nur 2/3 des langjährigen Durchschnitts – und diese Entwicklungen sind Teil
83 eines eindeutigen Trends, keine Ausreißer: Der Klimawandel ist Realität und schon
84 längst eine Bedrohung für die Menschen und die Arten insgesamt.

85 **Klima und Wohnen: Es geht nur zusammen**

86 Wir wollen die Lebensqualität, die Vielfalt und die Kraft unserer Stadt erhalten. Wir
87 wollen auch in Zukunft gerne und gut in Frankfurt Leben können. Wir wollen, dass das
88 Leben in Frankfurt möglich und bezahlbar ist – auch für Menschen mit geringen
89 Einkommen, für Alleinerziehende, für Studierende und für Menschen, die in Frankfurt
90 gerade erst Zuflucht gefunden haben. Und wir wollen die Klimakatastrophe abwenden,

91 hier in Frankfurt und auf der ganzen Welt – denn sie bedroht die Menschheit
92 existenziell, das ist inzwischen von fast allen anerkanntes Allgemeinwissen.

93 Diese Ziele sind sehr viel leichter aufgeschrieben als umgesetzt, das ist uns klar. Sie
94 stehen auch an manchen Punkten im Konflikt miteinander. Wir werden die Art wie wir
95 konsumieren, arbeiten und uns bewegen grundlegend ändern müssen, wenn wir den
96 Klimawandel stoppen wollen. Wir werden die Art wie wir wohnen anpassen müssen,
97 wenn wir uns dem Klimawandel anpassen wollen. Wir werden unseren Umgang mit
98 Flächen und Ressourcen verändern müssen. All das ist eine immense Herausforderung.

99 Aber wir sind sicher: Wir können diese Herausforderung bewältigen. Und das rettet uns
100 nicht nur langfristig und ist vernünftig, sondern es kann sogar zu einem besseren und
101 erfüllteren Leben unmittelbar beitragen.

102 Im Zentrum unserer Umwelt- und Wohnungspolitik steht der Vorsatz: Den Klimawandel
103 sozial gerecht und entschieden bekämpfen. Die Klimafrage ist die zentrale Überlebens-
104 und Gerechtigkeitsfrage der Zukunft (und teilweise schon der Gegenwart), der Mangel
105 an bezahlbarem Wohnraum ist die zentrale soziale Frage in den Großstädten und damit
106 auch in Frankfurt. Wir können und wollen es uns nicht leisten, eine der beiden Fragen
107 auf Kosten der anderen Frage zu lösen. Wir brauchen und stehen für eine Politik, die die
108 beiden Ziele Klimaschutz und bezahlbaren Wohnraum verbindet.

109 **Den Klimaschutz konsequent weiter verstärken**

110 Wir GRÜNE haben 2019 die „Klimaallianz für Frankfurt“ initiiert und in der Koalition mit
111 CDU und SPD vereinbart und in die Umsetzung gebracht. Dabei hat uns die veränderte
112 politische Lage und die im Vergleich zu 2016 viel stärkere Aufmerksamkeit für die
113 Klimakatastrophe geholfen, trotz unserer Position als kleinster Koalitionspartner
114 wichtige Vereinbarungen zu erzielen. Die Stadt bekennt sich in der „Klimaallianz für
115 Frankfurt“ zu den Zielen des Pariser Klimaabkommens, und hat in 30 konkreten Punkten
116 beschlossen, wie sie ihrer Verantwortung gerecht werden will. Wir halten an dem im
117 Rahmen der Klimaallianz Erreichten fest – aber wir kämpfen mit der Kommunalwahl
118 und in den kommenden Jahren nicht nur um die konsequente Durchsetzung, sondern
119 auch für deutlich weitergehende Anpassungen.

120 Die Klimaallianz enthält Maßnahmen zum Umstieg auf 100 Prozent erneuerbare
121 Energien inklusive dem Ausstieg aus der Kohlekraft, zur Verkehrswende mit einem
122 Umstieg auf klimafreundliche Verkehrsmittel und mit einem Umbau der Antriebe auf

123 erneuerbare Energien, zu Maßnahmen zur Einsparung von Energie und Wärmebedarf
124 beim Heizen und für die Mobilität, aber auch zum Umgang mit Flächen, zur
125 Entsiegelung und zur Klimaanpassung im öffentlichen Raum.

126 Wir werden die Klimaallianz erweitern um ein klares Versprechen: Wir wollen die
127 Klimaneutralität in Frankfurt bis zum Jahr 2035 erreichen. Das ist ein sehr
128 ambitioniertes Ziel und es wird nicht nur von der Kommunalpolitik abhängen, ob es zu
129 erreichen sein wird. Aber wir brauchen dieses Ziel, um eine Chance zu haben, die
130 Klimakatastrophe zu verhindern und den Klimawandel im Rahmen zu halten.

131 Wir werden dieses Ziel nur erreichen, wenn die Stadt dort, wo sie unmittelbar Einfluss
132 hat, alle Hebel in Bewegung setzt. Wir werden deshalb als GRÜNE dafür kämpfen, dass
133 die Stadt in ihrem eigenen Handeln bereits 2030 klimaneutral ist. Wir wollen bis dahin
134 im öffentlichen Verkehr, bei den städtischen Gebäuden und in der gesamten
135 Stadtverwaltung komplett auf erneuerbare Energien umstellen. Wir wollen die
136 Verkehrswende und die Wärmewende unterstützen und die entsprechenden Anreize
137 setzen. An vielen Stellen müssen wir auch noch forschen und weiterentwickeln – so
138 wollen wir die Nutzung von Abwärme so weit wie möglich verstärken und insgesamt hin
139 zu deutlich mehr Wiederverwendung und Recycling.

140 Wir brauchen für die Umsetzung dieser Ziele den Rückhalt und die Mitarbeit von allen
141 Menschen in Frankfurt. Und wir brauchen einen guten Blick darauf, was wir erreicht
142 haben und was zu tun bleibt. Auch diese Aspekte werden wir verstärken. So werden wir
143 eine jährliche Berichterstattung über die Entwicklung der CO₂-Emissionen einführen,
144 eine Expert*innenkommission ins Leben rufen, die die Stadt in Sachen Klimaschutz
145 durchgehend berät und unterstützt und das Umweltdezernat zum Dezernat für Umwelt
146 und Klimaschutz ausbauen. Wir werden die Beratungsangebote ausweiten und mit
147 Initiativen und den Menschen vor Ort zusammenarbeiten. Wir werden die Programme
148 ausbauen, die einen Umbau im Bestand fördern – das erfolgreiche
149 Klimawandelanpassungsprogramm „Frankfurt frischt auf“ werden wir ergänzen durch
150 die Möglichkeit, Investitionen für Energieeinsparungen und für die Wärmewende auch
151 im privaten Bereich aus dem Klimaschutzfonds der Stadt zu unterstützen.

152 **Es gibt keine ungenutzten Flächen in Frankfurt**

153 Wir brauchen im Nachdenken über Frankfurt einen Paradigmenwechsel und müssen zur
154 Kenntnis nehmen: Es gibt in unserer Stadt keine „ungenutzten“ Flächen. Anders als oft
155 suggeriert, wartet die „grüne Wiese“ eben nicht auf eine Nutzung. Sie stellt bereits eine

156 Nutzung dar. Wir können die Stadt nicht irgendwohin „entwickeln“ – sie ist schon
157 überall. Und die Natur gehört zu einer lebenswerten Stadt für die Menschen genauso
158 wie alle anderen Arten der Nutzung. Jede „Umnutzung“ enthält also einen
159 Nutzungskonflikt, der sorgfältig abgewogen werden muss und dem wir uns in
160 Verantwortung für eine ökologische und soziale Stadtentwicklung stellen müssen.

161 Wir müssen dabei nicht nur die Klimaziele und den Wohnungsmarkt im Blick behalten.
162 Es geht auch um die Lebensqualität und die Gesundheit der Frankfurter*innen und es
163 geht ebenso um den Schutz der Arten. Stadträume sind in Folge der intensiven
164 Landwirtschaft inzwischen Hochburgen der Artenvielfalt, aber auch in Frankfurt sind
165 Lebensräume für alle Arten stark unter Druck. Wir brauchen einen Blick auch für diesen
166 Verdrängungswettbewerb und gute Lösungen, die helfen, die Artenvielfalt in Frankfurt
167 zu erhalten.

168 Das alles ist möglich. Wir können die Stadt neu denken und sie klimagerecht und
169 ökologisch, sozial und gerecht entwickeln. Wir können gemeinsam mit der Region
170 sowohl Lebensraum für Menschen wie auch Naturräume erhalten und so entwickeln,
171 dass sich ihr ökologischer Wert sogar erhöht. Und wir können gemeinsam mit dem
172 Menschen, mit den Expert*innen und den Wissenschaftler*innen Konzepte für eine
173 ökologische und soziale Stadt nicht nur erdenken, sondern auch umsetzen.

174 Wir haben in der Klimaallianz vereinbart, dass wir bei allen neuen Planungen die
175 Auswirkungen auf den Klimawandel berücksichtigen. Die Stadt muss sich mit allem was
176 sie ändert in die richtige Richtung bewegen. Wir brauchen weniger
177 Pendler*innenverkehre, wir brauchen effizientere Gebäude und wir brauchen
178 Wohnungen und Betriebe, Kitas und Schulen, die nicht die Umgebung heizen, sondern
179 im besten Fall als „Plus-Energie-Häuser“ noch Energie gewinnen. Diese Bedingung
180 setzen wir bei allen Planungen.

181 Wir haben in der Klimaallianz auch Entsiegelungen vereinbart und werden sie
182 umsetzen. Die Überhitzung der Stadt ist auch darin begründet, dass wir zu wenig
183 schattenspendende Bäume, zu wenig begrünte Fassaden oder Gewässer und zu viele
184 baumlose Straßen und Plätze haben. Deshalb werden wir ein umfangreiches
185 Baumpflanzungsprogramm aufsetzen und wo möglich vor allem auch großkronige
186 Bäume anpflanzen. Wir brauchen insgesamt mehr atmendes und kühlendes Grün. Um
187 das zu erreichen, müssen wir sowohl die bestehenden Gebiete und die Nutzungen in
188 den Blick nehmen, aber auch neue Wohn- und Gewerbegebiete so planen und umsetzen,

189 dass sie dem Klimawandel entgegenwirken. Flächensparsamkeit und intensives Grün ist
190 der Leitgedanke für alles, was wir tun.

191 **Wohnen darf kein Luxusgut sein**

192 Der Wohnungsmarkt in Deutschland ist zweigeteilt: In den Städten ebenso überhitzt wie
193 das Klima, in den ländlichen Regionen oft verkümmert. Das ist das Ergebnis mehrerer
194 Entwicklungen, die nicht alle kommunal steuerbar sind. Sie wirken aber vor Ort, auch in
195 Frankfurt – und wir sind in der Pflicht, diesen Entwicklungen mehr entgegenzusetzen.

196 Das beginnt damit, dass wir auch im Wohnungsbereich ein Umdenken erreichen
197 müssen: Wohnen ist ein Grundbedürfnis, und der Wohnungsmarkt muss so gestaltet
198 sein, dass er den Bedarf nach Wohnraum befriedigt und nicht den Bedarf von
199 Kapitalgeber*innen nach kurzfristiger Rendite. Unsere Richtschnur für bezahlbaren
200 Wohnraum ist, dass die Kosten der Wohnung ein Drittel des verfügbaren Einkommens
201 im Allgemeinen nicht überschreiten sollten.

202 Wir erinnern uns gut an die Pleite der Neuen Heimat und wollen nicht dorthin zurück –
203 Wohnungsbauunternehmen sollen wirtschaftlich gesund bleiben können. Aber wir
204 wollen Wohnen als Grundrecht und Wohnungen als langfristige Kapitalanlagen, die den
205 Mieter*innen und den Besitzer*innen Sicherheit geben, die sich wirtschaftlich tragen
206 und in die die Eigentümer*innen so investieren, dass sich die Mieter*innen dort wohl
207 fühlen. Langfristiges Ziel unserer Wohnungspolitik ist die Sicherung von effektiven
208 Möglichkeiten der Stadt, den Wohnungsmarkt aktiv mit zu gestalten. Hierzu werden wir
209 alle rechtlichen und wirtschaftlich sinnvollen Mittel ausschöpfen und uns gegenüber
210 Land und Bund für eine Ausweitung der Einflussmöglichkeiten einsetzen.

211 **Bezahlbare Wohnungen schaffen**

212 Es gibt in Frankfurt zu wenige Wohnungen in fast allen Preislagen. Am drängendsten ist
213 für uns der Mangel an Sozialwohnungen und Wohnungen im mittleren Preisbereich.
214 Während die Mieten bei alten Mietverträgen sich im bezahlbaren Rahmen bewegen,
215 sind sie beim Neubau oder bei Wohnungswechsel oft jenseits dieses Rahmens. Wir
216 werden dieses Problem nicht ohne Neubau lösen können. Wir betrachten die im
217 Integrierten Stadtentwicklungskonzept (ISTEK) genannten Flächen für die weitere
218 Entwicklung als eine gute Reserve und wollen sie entwickeln, sofern dies
219 klimaverträglich möglich ist. Zugleich ist klar: Frankfurt kann es sich angesichts des
220 Klimawandels nicht leisten, sich selbst von den regionalen Kaltluftströmungen

221 abzuschneiden. Die Flächen insbesondere für die Belüftung durch die Kaltluftströme aus
222 der Wetterau werden wir langfristig sichern und sie dem GrünGürtel hinzufügen.

223 Wir werden im Neubau vor allem auf bezahlbaren Wohnraum achten. Der
224 Baulandbeschluss ist die konsequente Fortsetzung der von uns GRÜNEN eingeführten
225 Mindestquoten für die Errichtung von gefördertem Wohnraum und damit ein Schritt in
226 die richtige Richtung, wir müssen aber weitere Schritte gehen. Wir werden die Quoten
227 weiter zugunsten von geförderten Wohnungen und hier insbesondere im klassischen
228 Sozialwohnungsbereich verändern, um den Markt am Bedarf zu orientieren. Den
229 öffentlichen Wohnungsgesellschaften, wie der ABG und der Nassauischen Heimstätte,
230 kommt dabei eine besondere wohnungspolitische Rolle zu, die sie auch weiter erfüllen
231 sollen.

232 Frankfurt braucht eine aktive Bodenpolitik, denn inzwischen sind die Bodenpreise ein
233 erheblicher Treiber bei den Mietpreisen im Neubau. Wir wollen nicht nur als Stadt
234 stärker und strategisch agieren, sondern wir wollen auch mit den Stiftungen und
235 anderen großen Besitzern von Bauland ins Gespräch kommen und sie dafür gewinnen,
236 verstärkt auch soziale und gesellschaftliche Belange bei ihrem Flächenmanagement zu
237 berücksichtigen.

238 In der Innenentwicklung bleibt unsere Richtschnur: jede bauliche Entwicklung, jede
239 Verdichtung muss mit einer deutlichen Verbesserung der Grün-Situation einhergehen.
240 Diese „doppelte Innenentwicklung“ kann die beiden Ziele unserer Politik verbinden:
241 lebenswerte, bezahlbare Stadt auch in Zeiten des Klimawandels. Hier wollen wir aber
242 deutlich innovativer werden und alle Möglichkeiten des modernen ökologischen Bauens
243 nutzen. Intensive Fassaden- und Dachbegrünung gehören ebenso zum neuen Frankfurt
244 wie Brauchwassermanagement und das Passiv-, besser noch das Energie-Plus-Haus.
245 Auch in der Innenentwicklung brauchen wir mehr Handlungsmöglichkeiten wie zum
246 Beispiel städtebauliche Verträge.

247 **Bezahlbare Mieten erhalten**

248 Zugleich brauchen wir Bundes- und Landespolitik, um zu einem gesunden Mietmarkt zu
249 kommen. Die Mietpreisbremse der Bundesregierung muss scharf gestellt werden, um zu
250 greifen. Auch vom Land erhoffen wir uns weitere Unterstützung. Wir brauchen zum
251 Beispiel dringend einen Überblick über existierenden Leerstand und seine Gründe. Und
252 wir wollen in der Lage sein, spekulativen Leerstand oder auch spekulativen Grundbesitz
253 effektiv zu bekämpfen. Wir wollen die Bestandsmieten schützen und benötigen dazu

254 eine Ausweitung der Milieuschutzgebiete, Zugriffsmöglichkeiten bei Verkäufen von
255 Mietshäusern oder bei der Entmietung zu Luxussanierungszwecken sowie einen
256 Mietspiegel, der preismindernd wirkt, indem er auch die Bestandsmieten berücksichtigt.

257 Wir wollen die geltenden Selbstbeschränkungen der ABG und der Nassauischen
258 Heimstätte bei Mieterhöhungen erneut verlängern. Wir wollen allerdings die sonstigen
259 Anbieter*innen von Mietwohnungen nicht aus ihrer Verpflichtung entlassen, sich am
260 Bedarf zu orientieren. Es kann nicht unser Ziel sein, die lukrativen Mietverhältnisse zu
261 privatisieren und die Deckung des Bedarfs an preisgünstigen Wohnungen zu
262 sozialisieren. Alle Akteur*innen am Markt sollen sich dem gesellschaftlichen Ziel
263 verpflichten, wir setzen uns bei Land und Bund für entsprechende Regeln ein.

264 Für die kurzfristige Schaffung von dringend benötigtem sozial gefördertem Wohnraum
265 werden wir das Programm zum Ankauf von Belegrechten energisch fortführen und
266 auskömmlicher finanzieren. Es ist schneller, eine freie Wohnung bezuschusst zu
267 belegen, als eine neue Wohnung zu bauen.

268 **Das Verhältnis zur Region erneuern**

269 Der Bedarf nach Wohnungen in der Region ist deutlich größer, als dass Frankfurt ihn
270 allein befriedigen könnte. Die Beziehungen in die Region sind gerade im Bereich der
271 Stadtentwicklung in den letzten Jahren vollkommen zerrüttet – das liegt in erster Linie
272 am Auftreten einiger Vertreter*innen Frankfurts. Wir wollen dieses Verhältnis anders
273 gestalten, denn auch im Kampf gegen Wohnungsnot und Klimawandel gilt: Weder die
274 Probleme noch die Lösungen enden an den Gemeindegrenzen. Wir unterstützen die
275 Initiative des GRÜNEN hessischen Ministers für Wohnen Tarek Al-Wazir für einen
276 „Großen Frankfurter Bogen“ mit einer Entwicklung von Wohnraum vor allem entlang der
277 Bahnstrecken, die die Region mit Frankfurt vernetzen. Frankfurt muss hier eine aktive
278 und kooperative Rolle spielen und auch weitere Möglichkeiten der regionalen
279 Zusammenarbeit nutzen. So wollen wir neben der Entwicklung von Wohnungen
280 gemeinsam mit der Region auch die Sicherung von regionalen Grünzügen und schlagen
281 wie viele GRÜNE im Umland ein regionales Pendant zum GrünGürtel vor, um auch hier
282 den Klimawandel nicht aus dem Blick zu lassen. Die Entwicklung der gesamten Region
283 könnte von einer gemeinsam initiierten Internationalen Bauausstellung profitieren, die
284 unsere GRÜNE OB-Kandidatin Nargess Eskandari-Grünberg bereits 2018 gemeinsam mit
285 Bürgermeister*innen aus dem Umland vorgeschlagen hatte und die wir nach wie vor
286 anstreben.

287 **Klimagerechte Stadt: Die Energie- und** 288 **Wärmewende beschleunigen**

289 Um die Klimaneutralität der Stadt bis 2035 erreichen zu können, muss unsere ganze
290 Kraft auf den Umbau der Energie- und Wärmeerzeugung und einer deutlichen
291 Effizienzsteigerung in ihrer Nutzung gerichtet sein. Wir haben bereits mit der
292 Klimaallianz wichtige Beschlüsse dazu gefasst - aber wir wollen noch entschiedener
293 werden. Wir brauchen den Ausstieg aus der Kohle im Heizkraftwerk West und in
294 Feuerungsanlagen der Industrie wie in Fechenheim. Wir brauchen den Ausbau von
295 Solar- und Windkraft in Frankfurt und der Region. Wir benötigen viel mehr
296 Stromerzeugung auf Dachflächen und an anderen Bauwerken wie Verkehrsbauwerken.
297 Wir werden alle städtischen Flächen, die dafür geeignet sind, zur Verfügung stellen oder
298 selbst nutzen. Wir wollen die Abwärme aus Industriebetrieben und Rechenzentren
299 ebenso nutzen wie die Abwärme von Abwasser oder Geothermie. Kein Potenzial in
300 Frankfurt darf ungenutzt bleiben, wenn wir das Klimaziel erreichen wollen.

301 Parallel müssen wir bei der Energienutzung wie auch beim Wärmeverbrauch weiter
302 konsequent die Effizienz erhöhen. Weder Gaslaternen in der Straßenbeleuchtung noch
303 energetisch unsanierte städtische Gebäude oder fossil betriebene Fahrzeuge sind
304 mittelfristig tragbar. Wir werden da, wo wir als Stadt in Eigenregie entscheiden können,
305 umsteuern, und da, wo private Eigentümer*innen oder Unternehmen verantwortlich
306 sind, über Beratung und Förderangebote den Umstieg möglichst schnell vollziehen.

307 **Grüneres Frankfurt mit allen und für alle**

308 **Grünflächen erhalten und erweitern**

309 Frankfurt ist eine sehr grüne Stadt – fast 60 % des Stadtgebiets sind Grünflächen. Doch
310 das Grün ist ungleich verteilt: das Grün des Stadtwalds ist für die Menschen im Gutleut
311 oder in Eschersheim als Naherholungsgelegenheit weit weg. Wir wollen die Grünflächen
312 Frankfurts weiter ausbauen – so dass alle Frankfurter*innen eine fußläufige Verbindung
313 zu echtem Grün haben. Das Konzept der Erweiterung des GrünGürtels durch Strahlen in
314 die Region und Speichen in die Stadtteile und Quartiere wollen wir weiterentwickeln
315 und konsequenter umsetzen. Neben der Entsiegelung und Begrünung zur Anpassung an
316 den Klimawandel ist auch für Stadtmenschen die erlebbare Natur wichtig für die
317 Gesundheit und Lebensqualität.

318 **Artenvielfalt schützen**

319 Klimaschutz ist auch Artenschutz, aber Artenschutz ist mehr als Klimaschutz. Der
320 globale Rückgang der Artenvielfalt ist beängstigend und in seinen bedrohlichen
321 Ausmaßen noch nicht im öffentlichen Bewusstsein verankert. Dabei sind
322 funktionierende Ökosysteme eine entscheidende Voraussetzung für unsere
323 Nahrungsmittelversorgung. Ohne Bienen stünden mindestens ein Drittel der
324 Nahrungsmittel, die wir konsumieren, nicht zur Verfügung. Artenschutz ist also ähnlich
325 wie Klimaschutz nicht nur Schutz der Umwelt, sondern auch lebenswichtiger
326 Selbstschutz. Auch in der Stadt können und müssen wir einen Beitrag zum Artenschutz
327 leisten. Dabei werden wir auch mit den landwirtschaftlichen Betrieben und mit den
328 Grundbesitzer*innen in Frankfurt zusammenarbeiten. Unser Ziel ist dabei:
329 Landwirtschaft in Frankfurt dient auch dem Landschafts- und Artenschutz, wir
330 ermöglichen und pflegen Biotop- und Rückzugsräume, agieren ohne schädliche
331 Chemikalien wie Glyphosat und schützen so neben der Artenvielfalt auch unsere
332 Gesundheit.

333 **Müll vermeiden, Wasser schützen**

334 Auch der Umgang mit natürlichen Ressourcen muss sich nicht zuletzt wegen des
335 Klimawandels ändern. Wir müssen hin zu einer Lebensart, die Abfallvermeidung,
336 Wiederverwendung oder zumindest -verwertung anstrebt. Das gilt für Verpackungen,
337 Wertstoffe in Elektronik und anderen Konsumgütern ebenso wie für das Lebenselixier
338 Wasser. Gerade Wasser ist eine Ressource, die angesichts des Klimawandels weltweit
339 knapp zu werden droht. In den trockenen Sommern der letzten Jahre haben wir erlebt,
340 wie auch Frankfurt seinen Bedarf nur noch auf Kosten der Natur in der Region decken
341 konnte. Das ist kein Zustand, der auf Dauer hinnehmbar ist. Wir brauchen deshalb einen
342 besseren Umgang mit Brauchwasser und zugleich mehr kostenlos zugängliches
343 Trinkwasser im öffentlichen Raum, um die Gesundheit der Menschen in der überhitzten
344 Stadt zu schützen.

345 **Bürger*innen beteiligen, Kinder und Jugendliche aktiv 346 einbeziehen**

347 In der Stadtplanung hat die Beteiligung der Bürger*innen eine lange Geschichte, ist aber
348 zu oft auch ein abgegriffenes Ritual. Wir wollen neue Wege finden, um die Beteiligung
349 auch von Gruppen zu ermöglichen, die sonst unterrepräsentiert sind. Dabei ist unser

350 Ziel, auch Teile der Entscheidungsprozesse zugänglich zu machen, die das bisher nicht
351 sind. So könnten Beteiligungsformate bereits in Wettbewerben für alle Seiten fruchtbar
352 sein.

353 Vor allem aber wollen wir die Stadt der Zukunft nicht ohne die Kinder und Jugendlichen
354 entwickeln. Sie sind die Expert*innen für ihre eigenen Bedürfnisse. Sie sehen die Welt
355 mit eigenen Augen und aus ihrer eigenen Augenhöhe, sind noch fern von eingefahrenen
356 Ritualen. Diesen frischen Blick wollen wir nutzen und Kinder und Jugendliche sowohl in
357 der klein- wie auch in der großräumigen Entwicklung gezielt beteiligen.

358 **Frauen: 100 % für 50 %!**

359 In unserer Stadt leben wie überall auf der Welt etwa 50 % Frauen. Ihre Bedürfnisse und
360 Sichtweisen sind aber lange nicht zu 50 % in der Stadtplanung und -entwicklung
361 berücksichtigt. Stadtplanung und Architektur sind nach wie vor eher männlich
362 dominierte Metiers. Für uns ist die Maxime: Nicht nur „auch für Frauen“ planen, sondern
363 mit und durch Frauen planen. Wo immer unterschiedliche Lebensweisen und
364 Bedürfnisse zu berücksichtigen sind, wird das nicht durch „Sensibilisierung“ zu erreichen
365 sein, sondern nur durch Beteiligung. Es muss selbstverständlich werden, dass unsere
366 Gesellschaft zu 100 % gleichberechtigt ist. Wir werden dafür kämpfen, dass sie das wird
367 - auch in der Beteiligung an der Stadtplanung.

368 **Für folgende Maßnahmen stehen wir:**

369 **Den Klimaschutz ins Zentrum der Politik rücken**

- 370 • Wir werden das Umweltdezernat in ein Dezernat für Umwelt und Klimaschutz
371 weiterentwickeln. Dieses Dezernat bündelt insbesondere alle Kompetenzen zur
372 Bewertung und Optimierung von Maßnahmen mit Klimaauswirkungen.
- 373 • Das Energiereferat wird ausgebaut und steuert die lokalen Maßnahmen zur
374 Energiewende. Wir integrieren die Aufgaben der Stabsstelle Fluglärm in das
375 Dezernat für Umwelt und Klimaschutz, um dem Lärmschutz insgesamt eine
376 politische Heimat zu geben.
- 377 • Der Masterplan Klimaschutz wird evaluiert und weiterentwickelt, um die
378 aktualisierten Klimaziele bis 2035 erreichen zu können.
- 379 • Wir entwickeln Pläne für den Umgang mit Krisensituationen, die durch den
380 Klimawandel wahrscheinlicher werden: Hitzewellen, Trockenheit, Starkregen, aber
381 auch Pandemien werden uns in Zukunft häufiger treffen und die Corona-Krise hat
382 gezeigt, dass die lokalen Strukturen auf solche Ereignisse vorbereitet sein müssen.
- 383 • Der Zielerreichungsgrad beim Klimaschutz und insbesondere die CO₂-Bilanz werden
384 jährlich der Stadtverordnetenversammlung berichtet.
- 385 • Wir werden eine Klimaschutz-Expert*innen-Kommission einberufen, die Politik und
386 Verwaltung fortlaufend auf der Basis neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse über
387 geeignete Klimaschutzmaßnahmen berät und deren Ergebnisse bewertet.

388 **Die Energiewende lokal umsetzen**

- 389 • Wir werden die Energieversorgung für alle kommunalen öffentlichen Gebäude, für
390 die Stadtverwaltung und die Eigenbetriebe, für den öffentlichen Nahverkehr und für
391 die Unternehmen, an denen die Stadt beteiligt ist, möglichst schnell auf 100 %
392 Ökostrom umstellen. Dafür erstellen wir Sanierungsfahrpläne für alle städtischen
393 Gebäude.
- 394 • Die Verbrennung von Steinkohle im Heizkraftwerk West beenden wir wie in der
395 Klimaallianz vereinbart bis Mitte der Dekade. Anschließend streben wir eine
396 möglichst schnelle Umstellung auf erneuerbare Brennstoffe an. Hierfür wird
397 unmittelbar ein Konzept erarbeitet, das nicht auf Erdgas als Brennstoff zurückgreift.
- 398 • Wir intensivieren die Verhandlungen mit der Industrie, um auch in diesem Bereich
399 möglichst zur unmittelbaren Umstellung von bestehenden Kraftwerken weg von

- 400 Kohleverfeuerung zum Beispiel im Braunkohlestaub-Kraftwerk in Fechenheim
401 (prioritär), aber auch insgesamt hin zu erneuerbaren Energiequellen zu kommen.
- 402 • Wir öffnen alle öffentlichen Gebäude für die Nutzung zur Strom-/Wärmegewinnung
403 aus erneuerbaren Quellen. Für Photovoltaik-Anlagen nutzbare Dachflächen
404 ermitteln wir über das Solarkataster. Städtische Flächen werden wie in der
405 Klimaallianz beschlossen zur Verfügung gestellt. Dies gilt auch für Gebäude von
406 Unternehmen, auf die die Stadt unmittelbar Einfluss nehmen kann.
 - 407 • Wir prüfen die Einführung einer kommunalen PV-Pflicht für Neubauten von Nicht-
408 Wohngebäuden.
 - 409 • Wir streben gemeinsam mit der Mainova und mit Bürgergemeinschaften den Ausbau
410 von Speichermöglichkeiten für Energieüberschüsse aus erneuerbaren Quellen im
411 Sommer, die zur Deckung des Bedarfs zum Beispiel bei der Wärmeversorgung im
412 Winter genutzt werden können, an. In diesem Zusammenhang prüfen wir, ob die
413 Biogasanlage am Osthafen genutzt und ausgebaut werden kann.
 - 414 • Wir überprüfen Regelungen wie die Erhaltungssatzungen darauf hin, wo Hürden für
415 die Energiewende abgebaut werden können. Balkonkraftwerke und ähnliche kleine
416 Anlagen können zur Energieversorgung der Zukunft beitragen.
 - 417 • Wir prüfen, welche Verkehrsbauwerke (Lärmschutzwände, Flächen an Fernstraßen)
418 für die Nutzung für Photovoltaik oder Kleinwindanlagen in Frage kommen und
419 erschließen diese Potenziale.
 - 420 • Wir prüfen, inwieweit Beschränkungen für den Blendschutz im Flugverkehr aufgrund
421 von neuen technischen Entwicklungen aufgehoben werden können, damit das
422 riesige Potential für PV-Anlagen im Bereich des Flughafens genutzt werden kann.
 - 423 • Wir bauen die Beratungskapazitäten zur Energiewende im Energiereferat deutlich
424 aus und gründen ein Energiewendezentrum in Zusammenarbeit mit Umwelt- und
425 Klimaschutzverbänden und bestehenden Strukturen und Initiativen vor Ort.
 - 426 • Wir entwickeln gemeinsam mit den Pächtern von städtischen Flächen Strategien zur
427 verträglichen Einführung von AgroPV als Kombination aus Photovoltaik und
428 landwirtschaftlicher Nutzung. Wir streben an, dass auch von der Stadt beeinflusste
429 Stiftungen entsprechende Vereinbarungen schließen.
 - 430 • Wir entwickeln gemeinsam mit der Mainova und ggf. weiteren Partnern ein Modell,
431 mit dem das existierende Stromnetz für die Einspeisungen von Ökostrom aus
432 dezentralen Anlagen geöffnet werden kann. So können wir trotz der aktuellen
433 Ökostrom-feindlichen Regeln im von Schwarz/Gelb 2009 reformierten EEG Ökostrom
434 zur Eigennutzung günstiger stellen.

- 435 • Wir legen Programme zur Förderung des Ausbaus von Photovoltaik, Solarthermie
436 und von Effizienzsteigerungen bei der Wärmeerzeugung und -nutzung auf. Diese
437 Programme werden gemeinsam mit lokalen Energieversorgern aufgelegt und aus
438 dem Klimaschutzfonds der Stadt Frankfurt (mit-)finanziert.
- 439 • Die Stadt Frankfurt soll ihren Anteil und den daraus resultierenden Einfluss
440 insbesondere an Sportstätten, die für große Veranstaltungen genutzt werden,
441 nutzen, um sicherzustellen, dass diese auf den höchsten energetischen Standard
442 gebracht und mit Photovoltaikanlagen ausgestattet werden. Bei Neubauten sollen
443 diese verpflichtend sein.
- 444 • Wir prüfen die Zusammenarbeit mit der Region zum Ausbau von
445 Energiepartnerschaften und zur Abnahme von erneuerbaren Energien aus
446 Umlandkommunen, die in der Energieerzeugung ein Geschäftsmodell entwickeln
447 wollen und können.
- 448 • Wir beschleunigen wie in der Klimaallianz vereinbart den Austausch der immer noch
449 existierenden Gas-Laternen in Frankfurt, die nicht nur ineffizient, sondern auch
450 extrem teuer in der Wartung sind, gegen energiesparende Leuchtmittel.
- 451 • Wir streben an, dass die Mainova in Zukunft ihren Ökostrom-Tarif als das primäre
452 Angebot und zum gleichen Preis wie Strom aus anderen Quellen vermarktet und bis
453 2030 aus der fossilen Energiegewinnung aussteigt und unterstützen die Mainova bei
454 der Entwicklung einer Wasserstoff-Strategie.
- 455 • Wir streben die Versorgung von Schiffen am Mainkai mit Strom aus erneuerbaren
456 Quellen an und verbieten mittelfristig die anhaltende Verbrennung von fossilen
457 Brennstoffen durch anliegende Schiffe (außer zum Antrieb der Schiffe).
- 458 • Wir starten ein Förderprogramm für Green-IT in Unternehmen und unterstützen die
459 Entwicklung eines Null-Emissions-Gewerbeparks, zum Beispiel am ehemaligen
460 Chemie-Standort Griesheim.

461 **Die Wärmewende angehen**

- 462 • Wir etablieren den Plusenergiehausstandard und testen und fördern ihn in
463 Zusammenarbeit mit der ABG auch im Bestand. Wir halten am Passivhausstandard
464 als Mindeststandard für Neubauten der städtischen Wohnungsbaugesellschaft fest
465 und streben auch mit privaten Bauträgern entsprechende Vereinbarungen an, die
466 über die gesetzlichen Vorgaben hinausgehen und das Ziel der Klimaneutralität 2035
467 unterstützen.

- 468 • Wir setzen die Vereinbarungen der Klimaallianz zur Prüfung der Abwärmenutzung
469 von Rechenzentren um.
- 470 • Wir entwickeln ein allgemeines Abwärmekataster, intensivieren die Bemühungen zur
471 Abwärmenutzung auch des Industrieparks Höchst und prüfen die Möglichkeit von
472 lokalen Wärmenetzen zum Beispiel für Verbraucher wie z.B. Schwimmbäder.
- 473 • Wir nutzen die Ergebnisse des Katasters für Abwärme aus Abwasserkanälen,
474 vereinfachen die Regelungen zur Nutzung und prüfen die Nutzung des
475 Abwassernetzes zum Nahwärmetransport.

476 **Die Stadt klimaverträglich und sozial weiter entwickeln**

- 477 • Wir setzen die Beschlüsse der Klimaallianz um und prüfen alle neuen
478 Entwicklungsmaßnahmen auf ihre Auswirkungen auf das Klima - lokal und global,
479 also auf den Einfluss auf Emissionen ebenso wie auf das Stadtklima. Die Gutachten
480 machen wir öffentlich und die Prüfung ist ergebnisoffen. Jede Weiterentwicklung
481 muss zu einer Verbesserung der Klimabilanz führen, ansonsten sind Alternativen
482 aufzuzeigen.
- 483 • Für die Planungen hinsichtlich eines neuen Stadtteils im Frankfurter Nordwesten ist
484 unsere Linie: Eine Entwicklung westlich der Autobahn ist derzeit mit der Region
485 nicht möglich. Die entsprechenden Planungen stellen wir ein und starten einen
486 Prozess auf Augenhöhe mit der Region. Die Prüfungen, ob östlich der Autobahn eine
487 klimaverträgliche Entwicklung möglich ist, setzen wir fort. Bei den entsprechenden
488 Untersuchungen sind für uns als Leitlinien essentiell:
- 489 ○ Natur- und Landschaftsschutzzonen sind bei der Planung zu berücksichtigen und
490 so weit wie möglich freizuhalten, die Rahmenbedingungen der Klimaallianz
491 gelten auch für diese Prüfungen.
 - 492 ○ Neue Quartiere sind mit moderner Mobilität und mindestens autoarm zu planen.
493 Eine gute Anbindung insbesondere an den ÖPNV ist sicherzustellen.
 - 494 ○ Wir wollen für die Planung einen über den bisherigen Baulandbeschluss
495 hinausgehenden Anteil von gefördertem Wohnungsbau.
 - 496 ○ Jede mögliche Entwicklung muss mit den gewachsenen Strukturen in den
497 umliegenden Stadtteilen abgeglichen und verträglich sein.
- 498 • Die geplante Entwicklung des Baugebiets Günthersburghöfe ist Teil einer
499 Gesamtplanung und von Anfang an verknüpft auch mit der Überbauung der
500 Autobahn durch eine Grünverbindung und der weiteren klima- und sozial
501 verträglichen Schaffung von Wohnraum östlich der Autobahn. Insbesondere das

502 Entwicklungsgebiet zwischen der Friedberger Landstraße und dem
503 Günthersburgpark ist seit Jahren Gegenstand intensiver Diskussionen und so auch zu
504 einem Symbol im Zielkonflikt zwischen der Schaffung von Wohnraum und dem
505 Umgang mit dem Grün in der Stadt geworden. Wir werden diese Diskussionen auch
506 weiter konstruktiv begleiten, denn dieser Zielkonflikt existiert und muss beachtet
507 werden. Für uns gilt:

- 508 ○ Bei der Entwicklung des Gebiets muss sichergestellt sein, dass mindestens die im
509 Baulandbeschluss hinterlegten Anteile an gefördertem Wohnraum sowie an
510 gemeinschaftlichen und genossenschaftlichen Wohnungen realisiert werden.
- 511 ○ Das Gebiet muss das Versprechen einlösen, ein Quartier der Zukunft zu werden:
512 weitestgehend autofrei, mit größtmöglicher Rücksicht auf bestehendes Grün,
513 Bäume und das Klima vor Ort, mit der nötigen sozialen Infrastruktur.
- 514 ○ So wie der Abenteuerspielplatz bleibt, müssen auch möglichst viele der im
515 Gebiet vorhandenen alten Bäume und Biotope sowie zugängliche Grünzüge von
516 hoher Qualität erhalten werden.
- 517 ○ Darüber hinaus ist uns wichtig, dass das Quartier auch hinsichtlich der Baustoffe
518 und der Bauweisen innovativ und klimafreundlich entwickelt wird und dass alle
519 weiteren Entwicklungsschritte im intensiven Dialog mit der Bevölkerung geplant
520 werden.
- 521 ○ Insbesondere bestehen wir auf vorgezogene Bürgerbeteiligung vor der
522 Offenlegung der Bebauungspläne und auf Kooperationsangebote an auf dem
523 Gebiet existierende Initiativen.

524 Nur so kann die wichtige Entwicklung von neuem Wohnraum unter den
525 Bedingungen des Klimawandels mit der nötigen Akzeptanz fortgesetzt werden.

- 526 ● Wir werden das ISTEK als Konzept für die Steuerung einer integrierten und
527 nachhaltigen Stadtplanung konsequent anwenden, weiterentwickeln, vertiefen und
528 konkretisieren. So werden wir nachhaltige Konzepte und Maßnahmen für die acht im
529 ISTEK genannten Schwerpunkträume entwickeln.
- 530 ● Wir setzen ein Forschungsprojekt „Grüne Stadt der Zukunft“ auf, in dem wir
531 gemeinsam mit Expert*innen und den Bürger*innen Konzepte für eine
532 klimaresiliente Stadt entwickeln. Die Ergebnisse gehen in die Weiterentwicklung auf
533 allen Ebenen ein.
- 534 ● Wir werden die im ISTEK beschriebenen Leitprojekte (z.B. Frankfurter Bündnis für
535 das Wohnen; eine neue wohnungspolitische Konzeption für Frankfurt; die
536 Weiterentwicklung der Siedlungen aus den 1950er bis 1970er Jahren; Leitlinien für

537 die städtebauliche Weiterentwicklung der Quartiere; nachhaltiges
538 Flächenmanagementsystem; Freiflächen für mehr Lebensqualität sichern und
539 entwickeln; Stadtwerkstatt einrichten und etablieren) umsetzen.

- 540 • Wir werden das ISTEK in einem nächsten Schritt unter Beteiligung der Bürger*innen
541 auf die Stadtteile herunterbrechen und Stadtteilentwicklungskonzepte erstellen.
- 542 • Wir setzen die Beschlüsse der Klimaallianz um und entwickeln alle neuen Quartiere
543 klimaneutral - autoarm und mit moderner Mobilität, mit viel Grün und
544 klimaoptimierter Gestaltung, mit erneuerbaren Energien und emissionsfrei. Neue
545 Quartiere müssen gut an den ÖPNV angeschlossen sein und über ein Netz
546 zusammenhängender Fahrradwege, Platz für Schulen, Kindergärten und soziale
547 Infrastruktur sowie attraktive Begegnungs- und Grünflächen verfügen.
- 548 • Wir legen im Inneren neuer Wohnquartiere bezüglich Klima, Artenschutz und
549 Nutzbarkeit hochwertige Grünräume an und gestalten Innenhöfen und Vorgärten
550 auch im Bestand entsprechend um.
- 551 • In einem Freiflächenentwicklungsplan werden weitere für die Klimasituation vor Ort
552 relevante Grünflächen erfasst und entsprechend geschützt. Bestehende Grünflächen
553 sollen qualitativ aufgewertet und in die umliegende Bebauungsstruktur integriert
554 werden.
- 555 • Die Kühlmöglichkeiten von Wasser durch die Anlage von Fließgewässern und
556 Brunnen innerhalb einer dichten Bebauung werden wir insbesondere in der
557 Innenstadt, aber auch in den Stadtteilen, nutzen.
- 558 • Wir entwickeln eine Strategie zum ressourcenschonenden Bauen, die nicht nur die
559 Frage nach der klimagerechten und sozialen Planung, sondern auch eine
560 ökologische, ressourcenschonende Umsetzung während des Baus in den Blick
561 nimmt. Wir streben dabei auch eine möglichst umweltgerechte Baustellenlogistik
562 und innovative Lösungen zum Recycling von Abbruchmaterialien an.
- 563 • Wir prüfen die Fördermöglichkeiten für gemeinschaftliche Wohnformen im
564 geförderten Preisbereich und beseitigen eventuell vorhandene Hürden.
- 565 • Wir setzen bei neuen Nutzungen auf Umbau vor Abriss. Auch im Bau gilt:
566 Wiederverwendung ist besser als Recycling, Recycling ist besser als Wegwerfen.
- 567 • Wir entwickeln in Form eines Pilotprojekts einzelne Vorhaben in komplett
568 ökologischer Bauweise und verzichten dabei insbesondere so weit wie möglich auf
569 den CO₂-intensiven Beton und Zement sowie auf Dämmstoffe auf Basis fossiler
570 Rohstoffe wie Polysterol.

571 Eine neue Bodenpolitik etablieren

- 572 • Wir werden in Frankfurt ein „Bündnis für bezahlbaren Wohnraum“ ins Leben rufen,
573 das Stadtteilpolitik, Genossenschaften, Initiativen für gemeinschaftliches Wohnen,
574 Wohnungsgesellschaften, Stiftungen, Kirchen und Wirtschaftsunternehmen in das
575 Ziel einbindet, Flächen für preisgünstigen Wohnraum zur Verfügung zu stellen.
- 576 • Den Baulandbeschluss von 2020 setzen wir konsequent um und schreiben ihn fort.
577 Zukünftig soll es für öffentliche und private Träger verbindliche Quoten von 40 %
578 sozialen Wohnungsbaus (25 % für den 1. und 15 % für den 2. Förderweg), 15 % für
579 gemeinschaftliche und genossenschaftliche Wohnprojekte nach Konzeptverfahren,
580 15 % für frei finanzierten Mietwohnungsbau und 10 % für (preisreduzierte)
581 Eigentumswohnungen geben. Außerdem dehnen wir den Baulandbeschluss auch auf
582 kleinere Vorhaben unter 30 Wohneinheiten aus.
- 583 • Die Stadt verkauft in Zukunft keine Flächen mehr, sondern stellt sie nur noch im
584 Erbbaurecht zur Verfügung; die Höhe des Erbpachtzinses wollen wir dabei nicht nur
585 nach dem aktuellen Kapitalmarkt, sondern vermehrt auch gemeinwohlorientiert und
586 im Hinblick auf die künftigen Nutzungen strategisch ausrichten.
- 587 • Eigene Flächen der Stadt vergeben wir in Zukunft vorrangig im Konzeptverfahren, z.
588 B. für Wohnraum für besondere Gruppen, kulturelle und soziale Infrastruktur,
589 Versorgungsinfrastruktur oder Kleingewerbe.
- 590 • Die Stadt verstärkt den strategischen Ankauf von Flächen; stattdessen den
591 Liegenschaftsfonds besser aus und nutzt verstärkt das Vorkaufsrecht. Wir setzen uns
592 dafür ein, dieses Vorkaufsrecht zu einem Preis zu ermöglichen, der
593 Spekulationsgewinne ausschließt.
- 594 • Wir setzen uns für eine Reform des Bodenbewertungsrechts ein; mindestens beim
595 Wohnungsbau müssen wir bei der Grundstücksbewertung weg vom Prinzip der
596 Anlehnung an die Marktpreise; ggf. müssen die Bodenpreise in überhitzten Märkten
597 temporär eingefroren werden.
- 598 • Wir setzen uns dafür ein, dass künftig Liegenschaften von Bund und Land zu einem
599 Preis an die Kommunen verkauft werden, der die Schaffung von bezahlbarem
600 Wohnraum ermöglicht.
- 601 • Wir setzen uns dafür ein, dass gemeinnützige Stiftungen mit städtischem Patronat,
602 die in Frankfurt über Flächen verfügen, die Bereitstellung von bezahlbarem
603 Wohnraum als Stiftungszweck aufnehmen, damit auf ihren Flächen zu günstigen
604 Erbpachtzinsen Wohnraum geschaffen werden kann. Stiftungseigene und kirchliche

605 Gemeinbedarfsflächen wollen wir nicht privatisieren, sondern ggf. in öffentliches
606 Eigentum übernehmen.

607 **Die Potenziale in der Innenentwicklung verträglich** 608 **nutzen**

- 609 • Jede bauliche Verdichtung, jeder Neubau, Umbau und Straßenbau muss mit einer
610 deutlichen Verbesserung der Grün-Situation einhergehen, z.B. auch bei Schulen,
611 Schulhöfen, Kitas und Sportplätzen.
- 612 • Für Stadtteile mit klaren städtebaulichen Missständen wird koordiniert mit den
613 Menschen in den Stadtteilen noch stärker die Bund-Länder-Förderung
614 (Städtebauförderung) in Anspruch genommen und es werden Quartiersmanagements
615 eingesetzt.
- 616 • Wir nehmen eine systematische Prüfung der alten „Rahmenbebauungspläne“ der
617 Stadt Frankfurt vor. Geprüft werden sollen insbesondere die
618 Nachverdichtungspotenziale und die Möglichkeiten der Erhaltung wertvoller
619 Grünflächen und Bäume. Wir entwickeln so ein Nachverdichtungskataster, das über
620 den Baulückenatlas hinausgeht.
- 621 • Wir streben auch bei der Nachverdichtung städtebauliche Verträge an, um die
622 Begünstigten an den Allgemeinkosten zu beteiligen und zum Beispiel auf die
623 Preisgestaltung Einfluss nehmen zu können.
- 624 • Wir setzen uns bei Land und Bund dafür ein, Regelungen zu schaffen, mit denen ein
625 Anteil an sozialem Wohnungsbau einschließlich Infrastrukturfolgekosten auch bei
626 Bauvorhaben im unbeplanten Innenbereich (sog. „34er Gebiete“) über Festsetzungen
627 in einfachen Bebauungsplänen eingefordert werden und mit städtebaulichen
628 Verträgen abgesichert werden kann, so wie dies die Baulandkommission des Bundes
629 vorschlägt.
- 630 • Nachverdichtung kann nur mit der Nachbarschaft gelingen. Wir beteiligen die
631 Bürger*innen deshalb von Anfang an.
- 632 • Wir schonen existierende Freiflächen auch bei der Nachverdichtung. Wir erstellen
633 eine Freiflächengestaltungssatzung und erfassen solche Flächen systematisch. Neue
634 Versiegelung wird ortsnah ausgeglichen, zusätzlichen Flächenverbrauch für private
635 PKW werden wir minimieren.

636 **Bezahlbare Mieten erhalten**

- 637 • Für gemeinnützige Wohnungsbaugenossenschaften und Baugemeinschaften werden
638 wir mehr Bauflächen zu guten Bedingungen anbieten, für die sie sich in
639 Konzeptverfahren bewerben können, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.
- 640 • Städtische Wohnungsbaugesellschaften bzw. solche mit städtischer Beteiligung (z.B.
641 ABG, Nassauische Heimstätte) sollen Vorreiter für bezahlbaren Wohnungsneubau
642 bleiben. Sie sollen vorrangig Wohnraum für Bürger*innen mit niedrigem und
643 mittlerem Einkommen schaffen und instandhalten. Für die ABG wollen wir erreichen,
644 dass 50 % der neu errichteten Wohnungen im geförderten Sektor (darunter 30 %
645 Sozialwohnungen und 20 % im 2. Förderweg) entstehen.
- 646 • Wir werden in Kooperation mit dem Land und den Vermieter*innen auslaufende
647 Bindungen geförderter Wohnungen wo immer möglich verlängern und zusätzliche
648 Belegungsrechte aufkaufen, um kurzfristige Bedarfe decken zu können.
- 649 • Wir heben die aktuellen Zugangsbeschränkungen zum 2. Förderweg für
650 sozialwohnungsberechtigte Wohnungssuchende auf.
- 651 • Wir wollen die Vereinbarung mit der ABG und ihre Tochtergesellschaften sowie der
652 Nassauische Heimstätte zu einer Begrenzung der jährlichen Mietsteigerung
653 verlängern.
- 654 • Wir wollen Leerstand systematisch erfassen und so feststellen, aus welchen Gründen
655 Wohnungen oder Grundstücke ungenutzt bleiben. Wir wollen eine entschiedene
656 Bekämpfung von spekulativem Leerstand von Wohnungen und des
657 Brachliegenlassens von baureifen Grundstücken und setzen uns bei Land und Bund
658 für die entsprechenden Möglichkeiten bis hin zu Enteignungen als letztes Mittel ein.
- 659 • Wir prüfen nach dem Vorbild der Stadt Ulm ein generelles Vorkaufsrecht der Stadt
660 auf zum Verkauf stehende Grundstücke und die Einführung eines
661 Freistellungszeugnisses. Wir setzen uns dafür ein, dieses Vorkaufsrecht zu einem
662 Preis zu ermöglichen, der Spekulationsgewinne ausschließt.
- 663 • Wir prüfen, ob und in welcher Weise Bauvoranfragen und Baugenehmigungen
664 eingesetzt werden, um eine intensive Bebauung und künstliche Preissteigerungen zu
665 erzielen, und wie dem entgegengewirkt werden kann.
- 666 • Wir fördern weiter die Umwandlung von leerstehenden Büroflächen in Wohnungen,
667 sofern sinnvoll.
- 668 • Wir streben auch hinsichtlich der Wohnungsflächen eine verstärkte Orientierung am
669 Bedarf an. Flexible Wohnungsgrößen können die Nachfrage nach kleineren
670 Wohnungen befriedigen und zu einer effektiveren Nutzung des Wohnraums führen.

- 671 • Höhere Geschossigkeiten (bis 7 Geschosse), kleinere Zimmer in den Grundrissen,
672 weitestgehender Verzicht auf Tiefgaragen und die Kostenvorteile des modularen
673 Bauens können dazu beitragen, dass mehr bezahlbare Wohnungen entstehen.
- 674 • Wir werden den Milieuschutz räumlich erweitern und seine Durchsetzung
675 verbessern, die Mieter*innenvertreibung durch Luxusgebäudesanierung verhindern,
676 einen Kriterienkatalog für die Feststellung des Aufwertungs- und
677 Verdrängungsdrucks erarbeiten und das Vorkaufsrecht der Stadt häufiger ausüben.
- 678 • Wir werden die Umwandlung oder Neubau von als Wohnraum getarnten
679 Beherbergungsbetrieben („Residenzwohnen“, Ferienwohnungen etc.) mit
680 überteuerten Kurzzeitmietverträgen konsequent verfolgen und ahnden.
- 681 • Wir werden uns beim Bund dafür einsetzen, die „Mietpreisbremse“ effektiv zu
682 gestalten, Ausnahmen zu streichen, die mögliche Mietsteigerung bei
683 Wiedervermietung von 10 % auf 5 % zu senken und die maximale Mieterhöhung in
684 Gebieten mit angespannter Wohnsituation von bislang 15 % in 3 Jahren auf max. 5
685 % in 3 Jahren zu senken.
- 686 • Wir werden uns gegenüber dem Bund dafür einsetzen, dass im Mietspiegel auch die
687 bestehenden Mietverhältnisse erfasst werden und damit auf den Mietspiegel
688 dämpfend wirken können.
- 689 • Wir werden das existierende Programm zum Wohnungstausch attraktiver machen,
690 die Zugangsbegrenzungen reduzieren und eine attraktive Plattform schaffen.
- 691 • Wir planen in Kooperation mit dem Studierendenwerk Projekte zur Schaffung von
692 vielfältigen Angeboten beim studentischen Wohnen, wie z.B. Wohngemeinschaften.

693 **Das Verhältnis zur Region gesund gestalten**

- 694 • Wir unterstützen die Initiative der hessischen Landesregierung zum „Großen
695 Frankfurter Bogen“. Wir wollen über den Beitritt zu dieser Initiative hinaus weitere
696 Formen finden, wie wir das Projekt in direkter Zusammenarbeit mit den anderen
697 beteiligten Kommunen unterstützen können.
- 698 • Wir setzen uns für ein Anreizprogramm zur regionalen Zusammenarbeit ein. Ein
699 solches Programm muss auf Augenhöhe zwischen allen Beteiligten funktionieren
700 und daher gemeinsam mit der Region entwickelt werden.
- 701 • Wir suchen die Zusammenarbeit mit der Region bei der Sicherung von regionalen
702 Grünzügen und bei der Entwicklung eines Pendants zum GrünGürtel in der gesamten
703 Region.

- 704 • Wir streben gemeinsam mit der Region eine Überarbeitung des
705 Flächennutzungsplans zum Schutz kulturell bedeutsamer, landwirtschaftlicher
706 Flächen an.
- 707 • Wir setzen uns für die gemeinsame Vorbereitung einer Internationalen
708 Bauausstellung (IBA) für Impulse zur Entwicklung einer zukunftsfähigen und
709 klimasensiblen Metropolregion ein.

710 **Frankfurts Grünräume und Arten schützen und das Grün** 711 **weiter entwickeln**

- 712 • Wir schützen und entwickeln den GrünGürtel weiter und berücksichtigen dabei auch
713 die für das Stadtklima unverzichtbaren Flächen im Frankfurter Norden (Pfungstberg,
714 GrünGürtel-Park Nieder-Eschbach).
- 715 • Wir bauen wohnortnahe Grünverbindungen zum GrünGürtel und ins Umland weiter
716 aus; vernetzen innerstädtische Freiräume und treiben die regionale
717 Freiraumstrategien voran. Der Bestand klimarelevanter Grünflächen wird regelmäßig
718 evaluiert.
- 719 • Wir erarbeiten neben dem erweiterten GrünGürtel-Konzept inklusive der
720 Entwicklung von Strahlen und Speichen auch ein Konzept für das nicht an den
721 GrünGürtel angebundene Stadtgrün in Parks und auf Plätzen. Insbesondere
722 wertvolle Flächen mit alten Baumbeständen werden wir erhalten.
- 723 • Wir werden in der wachsenden Stadt neue große Parks entwickeln, die gleichzeitig
724 der Naherholung, dem Artenschutz und dem Klimaschutz dienen. Als Pilotprojekt
725 sollen die ehemaligen Gleisanlagen zwischen Römerhof, Europaviertel und Gallus in
726 einen Park umgewandelt werden.
- 727 • Wir evaluieren das bisherige System der Ausgleichsmaßnahmen mit dem Ziel, ihren
728 ökologischen Wert zu erhöhen und sie nachhaltig zu gestalten.
- 729 • Frankfurt tritt dem Biostädte-Netzwerk und dem Netzwerk gentechnikfreier
730 Regionen bei.
- 731 • Eine wichtige Zielvorgabe im Grünflächenamt - neben der Gestaltung der
732 Grünflächen für Menschen - ist der Schutz und die Förderung von Biodiversität. Wir
733 erarbeiten ein ehrgeiziges Arten- und Biotopschutzkonzept.
- 734 • Wir wollen "Wilde Orte": Wildwiesen, Blumenwiesen für Bienen und andere Insekten
735 sollen überall in Frankfurt blühen. Frankfurt*innen sollen über ihre "wilden Orte" in
736 der Stadt Bescheid wissen, Kinder sollen die "wilden Orte" erkunden können. Dazu

- 737 wird es Informationsmaterial geben. Geeignete Flächen werden mit dem
738 Grünflächenamt gesucht.
- 739 • Wir verhindern Vorgärten aus Stein und Kiesel durch Überarbeitung der
740 Vorgartensatzung und schließen das Schlupfloch der „gärtnerisch gestalteten
741 Steingärten“.
 - 742 • Wir bauen das Programm „Stadtgrün sucht Dich“ des Grünflächenamtes zur
743 Gewinnung von Pat*innen für Stadtbäume, Baumbeete und Blumenkübel aus und
744 fördern Urban Gardening.
 - 745 • Unsere Vision für Neubaugebiete in Frankfurt sind öffentliche Gartenanlagen, die
746 gemeinschaftlich genutzt werden können. Vereine wie “SoLawi Frankfurt” wollen wir
747 fördern. Wir wollen in jedem Neubaugebiet auch die Entstehung eines Biotops im
748 Sinne der Vorgaben des BUND vorschreiben.
 - 749 • Die Vorgaben für Kleingärten passen wir an - es soll nicht versiegelt werden,
750 Regulierungen, die eine „Verwilderung“ von Gärten und die Erhöhung der
751 biologischen Vielfalt verhindern, werden wir beseitigen. Wir entwickeln Kleingärten
752 zusammen mit den Pächter*innen zu Gemeinschaftsgärten weiter.
 - 753 • Wir setzen ein Förderprogramm der Stadt auf, um 10 % der landwirtschaftlichen
754 Fläche als Lebensraum für Artenvielfalt vorzuhalten und die Landwirt*innen dafür
755 mit ihrem durchschnittlichen Deckungsbeitrag zu entlohnen.
 - 756 • Wir streben Vereinbarungen mit öffentlichen Stiftungen mit erheblichem
757 verpachteten Landbesitz darüber an, diese Flächen in Zukunft in Konzeptvergabe
758 auch unter dem Aspekt der ökologischen Nachhaltigkeit zu vergeben und führen
759 eine solche Konzeptvergabe für städtische Flächen ein.
 - 760 • Alle Flächen in Frankfurt sollten Glyphosat-frei sein. Bei Verpachtungen und
761 Flächen, auf denen wir es beeinflussen können, sichern wir das über vertragliche
762 Vereinbarungen ab. Auf die Mehrzahl der Flächen haben wir keinen direkten
763 Einfluss, intensivieren aber die Verhandlungen mit den Nutzer*innen.
 - 764 • Das Land Hessen hat bereits ein Programm für Wälder aufgelegt. In Frankfurt wollen
765 wir damit den Stadtwald wiederaufforsten und an die Folgen des Klimawandels
766 anpassen. Dabei müssen vorhandene Mischwald-Strukturen gestärkt werden.
 - 767 • Wir wollen vorhandene Gewässer in Frankfurt weiterentwickeln und neue anlegen.
768 Die Ufer sollen als Biotope für unterschiedliche Tier- und Pflanzenarten dienen. Wir
769 stellen die Renaturierung der Nidda fertig.
 - 770 • Wir entwickeln ein Beleuchtungskonzept für Straßenlaternen und Werbetafeln und
771 setzen es um, um Insekten zu schützen.

- 772 • Der Zoo soll auf wissenschaftlicher Basis fortentwickelt und umgestaltet werden.
773 Wir setzen auf gezielte Artenerhaltungszucht, auf die Vermittlung des Werts und der
774 Voraussetzungen von Biodiversität und nutzen und verstärken dabei die
775 wissenschaftliche Expertise und Kooperationen.
- 776 • Im Zuge von Umbau oder Sanierung von Gebäuden sollen bestehende Nist- und
777 Bruthöhlen von geschützten Arten (z.B. Mauersegler oder Falken) erhalten und,
778 wenn möglich, zusätzliche Nist- und Bruthöhlen geschaffen werden. Wir setzen
779 gemeinsam mit BUND, NABU und anderen ein Projekt "Vogelfreundliche
780 Fassadengestaltung" auf und nehmen dabei sowohl den Neubau wie auch den
781 Bestand in den Blick, um wirksame Konzepte zur Vermeidung von Vogelkollisionen
782 zu entwickeln, umzusetzen und zu kommunizieren.

783 **Urban und Grün: Entsiegeln und begrünen**

- 784 • Wir stellen ein Entsiegelungskonzept auf, definieren Ziele und eine Liste möglicher
785 Flächen und beziehen die Bürger*innen bei der Begrünung mit ein.
- 786 • Wir setzen umfangreiche Entsiegelung und die Schaffung von Grünräumen und
787 Wasser auf öffentlichen und privaten Grundstücken inklusive Dach- und
788 Fassadenbegrünung um. Im unbeplanten Innenbereich richten wir entsprechende
789 bauaufsichtliche Beratung ein.
- 790 • Wir setzen die Vereinbarungen der Klimaallianz um und entsiegeln und begrünen
791 städtische Plätze, um die Aufenthaltsqualität insbesondere in Zeiten des
792 Klimawandels zu erhöhen.
- 793 • Wir setzen das erfolgreiche Programm „Frankfurt frischt auf“ fort, entwickeln es
794 hinsichtlich Ausstattung, Bewerbung und Beratungskapazitäten weiter und fördern
795 damit Begrünungs- und Klimawandelanpassungsmaßnahmen auch durch private
796 Eigentümer*innen.
- 797 • Wir setzen ein umfangreiches Baumpflanzungsprogramm mit (soweit möglich)
798 großkronigen Bäumen im Straßenraum und auf öffentlichen Plätzen auf, das die
799 Klimawandelanpassung durch Verschattung und Abkühlung unterstützt und den
800 Bestand an klimawandelfesten Bäumen erhöht.
- 801 • Wir streben bei der Entsiegelung auch einen starkregenangepassten Umbau
802 öffentlicher und privater Freiräume zur verbesserten Regenwassernutzung und -
803 speicherung („Schwammstadt“) an. Wir prüfen auch Möglichkeiten zur besseren
804 Versorgung von Stadtbäumen mit Regenwasser.

805 **Abfall vermeiden, Wiederverwendung und -verwertung** 806 **stärken, Trinkwasserressourcen schonen**

- 807 • Frankfurt tritt dem Netzwerk Zero-Waste-City bei, fördert mit geeigneten
808 Kampagnen einen müllreduzierten Lebensstil und erleichtert seinen Bürger*innen
809 den Einstieg in die Müllvermeidung. In einer Großwohnanlage wollen wir in einem
810 Modellprojekt erproben, mit welchen Instrumenten sich die Gesamtabfallmenge pro
811 Bewohner*in reduzieren lässt.
- 812 • Wir werden die Recyclingquote in Frankfurt deutlich erhöhen, unter anderem
813 untersuchen wir die Einführung einer Frankfurter Wertstofftonne, den Ausbau von
814 Recycling- und Reparaturstellen und die Einrichtung von Ablieferungsstellen für
815 Großplastik.
- 816 • Durch Vorgaben zum Öko-Design von Produkten und Verpackungen mit dem Fokus
817 auf Langlebigkeit, Reparierbarkeit und Wiederverwendung wollen wir die öffentliche
818 Beschaffung abfallvermeidender gestalten.
- 819 • Der wachsenden Vermüllung im öffentlichen Raum wollen wir mit einer Evaluation
820 und Weiterentwicklung des Projektes #cleanffm, mit mehr oder größeren
821 Abfalltonnen, mehr Sauberkeitsbotschafter*innen und in Zusammenarbeit der
822 städtischen Ämter begegnen.
- 823 • Feuerwerke sind Quelle von immensen Emissionen und Müll. Wir wollen städtische
824 Feuerwerke durch Lichtshows ersetzen und so attraktiv machen, dass sie private
825 Feuerwerke mehr und mehr ersetzen.
- 826 • Wir wollen, dass Lebensmittel von Frankfurter Wochenmärkten und der
827 Kleinmarkthalle künftig in Netzen oder Stoffbeuteln nach Hause getragen werden
828 und unterstützen die Händler*innen mit entsprechenden Kampagnen und bei der
829 Entwicklung umweltverträglicher Behältnisse.
- 830 • Wir freuen uns über das EU-weite Verbot von Einweg-Geschirr aus Plastik ab 2021.
831 Wir unterstützen die Frankfurter Vereine und Fest-Veranstalter*innen bei der
832 Entwicklung bezahl- und handhabbarer Alternativen, z.B. durch den Aufbau
833 dezentraler Poolsysteme und wollen nach dem Vorbild der Stadt Tübingen eine
834 kommunale Steuer auf Einweg-Verpackungen und Einweg-Geschirr einführen.
- 835 • Papier ist nach wie vor eine wichtige Ressource, die aber oft immer noch
836 gedankenlos verwendet wird. Wir wollen in Zukunft alle Drucker in der Verwaltung,
837 in den Schulen und in sonstigen städtischen Einrichtungen so konfigurieren, dass im
838 Normalfall doppelseitig gedruckt wird.

- 839 • Wir unterstützen Maßnahmen zur Verbesserung der Trinkwasserqualität und der
840 naturnahen Gewässerentwicklung. Wissenschaftliche Forschungsergebnisse zu
841 möglichen Vorgehensweisen bei der Spurenstoffelimination in den beiden
842 Frankfurter Kläranlagen, aktuelle Entwicklungen bei den technischen Verfahren und
843 die Ergebnisse der Pilotprojekte im hessischen Ried werden wir bewerten. Wenn es
844 ökologisch und ökonomisch effiziente Verfahren zur weiteren Verbesserung der
845 Trinkwasserqualität gibt, werden wir sie im Rahmen einer vierten Klärstufe
846 einführen.
- 847 • Um den Trinkwasserverbrauch deutlich zu senken, wollen wir Brauchwassersysteme
848 in Neubauten des öffentlichen Wohnungsbaus und im zweiten Schritt bei allen
849 städtebaulichen Verträgen und Baulandvergaben zum Standard machen. Dafür
850 werden wir in größeren Neubaugebieten Brauchwassersysteme erproben, die
851 insbesondere im geförderten Wohnungsbau Warmmieten-neutral sind, und daraus
852 Standards entwickeln.
- 853 • Wir klären im Rahmen eines Forschungsprojekts, mit welchen Techniken und für
854 welche Zwecke Mainwasser als Brauchwasser z.B. für die Bewässerung von Bäumen
855 und Grünanlagen genutzt werden kann.
- 856 • In den immer heißer werdenden Sommern müssen Menschen sich im öffentlichen
857 Raum kostenlos mit Trinkwasser versorgen können. Wir werden dafür, in Umsetzung
858 der Beschlüsse der Klimaallianz, Trinkbrunnen in Parks und Grünanlagen, aber auch
859 in Einkaufsstraßen und an Knotenpunkten des Öffentlichen Nahverkehrs aufstellen.

860 **Die Menschen an der Planung der Stadt beteiligen, den** 861 **Anteil von Frauen im Planungsbereich erhöhen**

- 862 • Wir erarbeiten mit der Verwaltung, mit den Bürger*innen und mit Expert*innen
863 kommunale Leitlinien für die Bürger*innenbeteiligung, die insbesondere
864 sicherstellen, dass Kinder und Jugendliche sowie bisher unterrepräsentierte Gruppen
865 in Zukunft einbezogen werden und ihre Kompetenzen und Interessen einbringen
866 können. In Form von Pilotprojekten wollen wir dabei auch die Beteiligung an bisher
867 für die Beteiligung nicht vorgesehenen Planungsschritten wie zum Beispiel
868 Wettbewerben ermöglichen.
- 869 • Insbesondere die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bauen wir aus und
870 verankern Kinderfreundlichkeit als ein Ziel der Stadtplanung.
- 871 • Wir stellen alle Strukturdaten zur Stadtplanung, zu Wohnraum und zur
872 Mietentwicklung in Zukunft auch digital öffentlich zur Verfügung.

- 873 • Wir achten gezielt auf die vermehrte Beteiligung von Frauen an Planungen, denn die
874 Bedarfe von Frauen unterscheiden sich auch im Planungsbereich von denen von
875 Männern.

876 MOBILITÄT FÜR MENSCHEN

877 Die Stadt der Zukunft wird nur funktionieren und gute Lebensbedingungen für ihre
878 Bewohner*innen bieten können, wenn Schnelligkeit, Sicherheit und Zuverlässigkeit der
879 Mobilität einher gehen mit hoher Wohn- und Aufenthaltsqualität in den städtischen
880 Räumen, Mobilität für alle Menschen angemessen verfügbar ist und den Erfordernissen
881 des Klimaschutzes gerecht wird.

882 Mit dem Radentscheid haben die Frankfurter*innen ein klares Bekenntnis zum
883 Radverkehr abgelegt und die Politik zu mehr Entschlossenheit gedrängt. Wir haben das
884 unterstützt und als Rückenwind für eine Verkehrswende begriffen. In den nächsten
885 Jahren muss die Verkehrswende nun strukturiert und konsequent umgesetzt werden - in
886 Kooperation mit den Menschen, aber vor allem mit aktiver Unterstützung aus der
887 Stadtpolitik. Und mit Konzepten!

888 „Vermeidbaren Verkehr zu reduzieren, bringt spürbare Vorteile: Eine höhere
889 Lebensqualität für die Anwohner ebenso wie eine bessere Erreichbarkeit von
890 Gewerbetreibenden und damit letztendlich eine steigende Attraktivität der Innenstadt.“
891 Klingt wie ein GRÜNES Wahlprogramm? Ja – und es ist ein Zitat aus der „STAU- UND
892 PENDLERSTUDIE 2018“ der IHK.

893 Die IHK fordert in der Studie ein durchdachtes Mobilitätskonzept für Frankfurt. Da sind
894 wir einer Meinung. Allerdings glauben wir, dass in diesem Mobilitätskonzept der ÖPNV,
895 der Rad- und der Fußverkehr ins Zentrum rücken müssen – und wissen uns dabei einig
896 mit vielen Frankfurter*innen. Denn wir alle erleben täglich: so wie es ist, ist es nicht gut.
897 Es braucht ein deutliches Umsteuern, und die Frankfurter*innen haben unter anderem
898 mit ihren rund 40.000 Unterschriften unter den Radentscheid belegt, dass sie es mit der
899 Verkehrswende ernst meinen und diese Ernsthaftigkeit auch von der Politik erwarten.

900 Für die Zukunft der Mobilität sind unsere Leitlinien: Wir brauchen im Hinblick auf den
901 Flächen- und Ressourcenverbrauch eine umwelt- und menschenfreundliche Mobilität.
902 Wir brauchen dazu deutlich mehr Fuß-, Rad- und öffentlichen Verkehr und deutlich
903 weniger motorisierten Individualverkehr. Wir brauchen bezahlbare und zuverlässige
904 öffentliche Verkehrsmittel, den schnellen Umstieg auf erneuerbare Energien als
905 Antriebsmittel und den Ausbau von flexiblen, bedarfsgerechten „Sharing“-Angeboten.
906 Fuß- und Radverkehr sollen künftig mehr, der ruhende Verkehr deutlich weniger Platz

907 beanspruchen. So können wir unser Ziel einer klimaneutralen Stadt erreichen und
908 gleichzeitig die Lebensqualität in der Stadt deutlich erhöhen.

909 **Mehr Platz für Menschen**

910 Unsere Stadt trägt nach wie vor sehr deutlich das Gesicht einer autogerechten
911 Entwicklung. Mindestens bis in die 70er Jahre wurde Stadtentwicklung „von der
912 Autostraße her gedacht“. Dieses Gesicht ist nicht das Gesicht der Zukunft. Unsere
913 Gesellschaft entwickelt sich weg von der individuellen Mobilität mit dem eigenen Auto,
914 hin zu einem flexibleren Mix aus verschiedenen Verkehrsmitteln und zu Nutzung statt
915 Besitz und dem Teilen auch von Fahrzeugen. War das eigene Auto früher Statussymbol
916 und der Inbegriff von Freiheit, so ist es jetzt oft genug eher Last und bestenfalls halt „eh
917 noch da“. Die Bekämpfung des Klimawandels verlangt ein grundsätzliches Umdenken
918 bei den Antrieben, aber das ist nicht unser einziger Beweggrund: Wir wollen auch mehr
919 Lebensqualität in der Stadt, bessere Luft und mehr Platz für ein entspannteres
920 Miteinander. Wir wollen Räume gewinnen, die derzeit noch dem Autoverkehr (und da
921 vor allem auch dem ruhenden Verkehr) gewidmet sind. Wir wollen Quartiere für die
922 Menschen.

923 Wir sind nicht die einzigen – die Verkehrswende ist in aller Munde. Es gibt auch viele
924 gute Ideen und viele gute Einzelbeispiele. In Frankfurt fehlen aber ein klares Bekenntnis
925 dazu und ein strukturiertes Vorgehen. Wir wollen das ändern und mit unserer Politik die
926 sich ändernden Prioritäten der Menschen aufgreifen.

927 Der Anteil der Menschen unter 25 Jahren, denen ein eigenes Auto „wichtig“ oder „sehr
928 wichtig“ ist, beträgt in den Städten in Deutschland nur noch 36 %. Die Zahl der pro
929 1.000 Einwohner*innen zugelassenen PKW ist von 629 in 2004 auf 541 in 2018
930 gesunken und die Zahl der insgesamt zugelassenen PKW ist annähernd konstant. Die
931 gesamte Länge der befestigten Straßen ist aber um rund 10 % gestiegen. Laut dem
932 Mobilitätsatlas 2019 der Heinrich-Böll-Stiftung belegt der motorisierte
933 Individualverkehr 39 % der Verkehrsflächen zum Fahren und weitere 19 % für das
934 Abstellen von Fahrzeugen – fast 60 % Flächenanteil bei einem Anteil am Verkehr von
935 30 %. Die gesellschaftlichen Kosten des Autoverkehrs liegen bei gut 10 Cent pro
936 gefahrenem Kilometer – das sind nur die Kosten, die die Fahrer*innen nicht selbst
937 tragen.

938 Wir wollen Alternativen für Frankfurter*innen und Pendler*innen schaffen, die
939 Vernetzung der verschiedenen Verkehrsmittel verbessern und Sharing-Angebote

940 fördern, und wir wollen den Platz neu verteilen. Für eine lebendige Innenstadt und
941 lebendige Quartiere, für ein grüneres Wohnumfeld und für mehr Bäume, für mehr
942 Sicherheit, Gesundheit und Freiheit für die Frankfurter*innen. Wir werden alle
943 Verkehrsplanungen auf ihre Zukunftsfähigkeit überprüfen, wir werden beim Bau von
944 neuen Quartieren von Anfang an auf eine zukunftsfähige Mobilitätsinfrastruktur achten
945 und wir werden den Verkehrsraum so verteilen, dass er der tatsächlichen Nutzung
946 gerecht wird. Wir wollen die Stadt auch für Kinder eroberbar machen. Spielende Kinder
947 vor dem Haus? Derzeit fast überall undenkbar, aber das können und wollen wir
948 gemeinsam ändern.

949 Wir haben für die Innenstadt und für Sachsenhausen mit der Idee der „Stadt am Main“
950 bereits im Sommer 2020 ein umfassendes Konzept vorgelegt: Eine
951 menschenfreundliche Innenstadt, anwohner*innenfreundliche Quartiere, gute
952 Verbindungen zu Fuß, mit dem Rad und mit dem öffentlichen Verkehr und attraktive
953 Bedingungen für den Einzelhandel, die Gastronomie, die Kultur und die Menschen. Wir
954 wollen dieses Konzept mit den Bürger*innen ausgestalten und umsetzen, und wir
955 wollen auch für andere Quartiere ähnliche Konzepte entwickeln. Wir wollen die
956 Verkehrswende nicht auf einzelnen Straßen, weil das nicht funktionieren kann. Wir
957 wollen sie überall in Frankfurt.

958 Wir wissen aber auch: Ganz ohne Autos geht es nicht. Wir können den Verkehr aber mit
959 neuen Antrieben, mit besserer Gestaltung und mit Tempobeschränkungen umwelt- und
960 menschenfreundlicher gestalten. Das werden wir in den nächsten Jahren tun, und die
961 Vorteile werden für alle spürbar sein: Mehr Platz, bessere Luft, mehr Grün, mehr Freiheit,
962 mehr Miteinander.

963 **Das Fahrzeug ist nur das Werkzeug: Chancen** 964 **der Vernetzung und Digitalisierung nutzen**

965 Um zu einer nachhaltigen und menschlichen Mobilität zu kommen, müssen wir die
966 Fixierung auf das Fahrzeug lösen. Bisher sind unsere Verkehrssysteme schlecht vernetzt.
967 Sie beantworten nicht die Frage „Wie komme ich von A nach B?“ sondern meist die
968 Frage, wie wir mit einem gegebenen Verkehrsmittel von A nach B kommen. Hier bieten
969 die Digitalisierung und die Entwicklung von „Sharing“-Konzepten große Chancen. Es
970 existieren heute bereits überzeugende Lösungen, um mit einer idealen Mischung der
971 Verkehrsmittel von A nach B zu kommen. Wir wollen die Vorteile dieser Lösungen
972 ausbauen.

973 Wir wollen Alternativen für Pendler*innen schaffen, die sowohl die Pendler*innen wie
974 auch die Anwohner*innen entlasten. Wir werden Park & Ride-Möglichkeiten ausbauen
975 und „Mobility-on-demand“-Systeme auch für Pendler*innen nutzbar machen.

976 Das gleiche gilt für die Bewohner*innen unserer Stadt. Wir wollen die richtigen
977 Antworten für die verschiedenen Lebenssituationen entwickeln und sichtbar machen.
978 Wir brauchen „Mobilitätsstationen“ an zentralen Stellen und müssen Knotenpunkte zum
979 Beispiel des Schienennetzes zu Knotenpunkten für vernetzte Mobilität entwickeln. Wir
980 setzen darauf, dass Konzerne, die sich lange nur einer Form der Mobilität verpflichtet
981 gesehen haben, sich zu umfassenden Mobilitätsanbietern weiterentwickeln.

982 Für viele Situationen existieren heute schon bessere Lösungen als das eigene Auto –
983 aber sie sind oft schwer aufzufinden. Wir werden die Daten der unterschiedlichen
984 Mobilitätsanbieter*innen wie dem RMV, der Deutschen Bahn und der Anbieter*innen
985 von Leihfahrzeugen aller Art vernetzen und zugänglich machen. Wir werden
986 Tarifsysteme vereinfachen und Lösungen schaffen, über die nicht nur Fahrkarten für
987 einzelne Angebote gekauft werden können, sondern die auch eine Lösung für den Weg
988 von A nach B und zurück anbieten. Wir führen die Mobilität gemeinsam mit den
989 Menschen ins nächste Jahrzehnt und werden damit alle Beteiligten entlasten.

990 **Fuß- und Radverkehr fördern**

991 Fast die Hälfte aller Haushalte in Frankfurt ist „autofrei“. Ein Drittel aller Wege in
992 Frankfurt werden zu Fuß zurückgelegt, 16 % mit dem Fahrrad (Mobilitätsstudie Hessen
993 2020). Wir wollen diese Nutzungen in der Politik angemessen berücksichtigen.

994 Mit dem Radentscheid haben die Frankfurter*innen große Fortschritte erreicht und die
995 Verkehrspolitik in Frankfurt in Bewegung gebracht. Diese Bewegung soll weitergehen,
996 und sie soll eine Bewegung sein, die von den Menschen getragen ist, die aber nicht
997 mehr gegen die Ignoranz und das Beharrungsvermögen der Politik ankämpfen muss,
998 sondern von ihr unterstützt wird.

999 Wir haben in Frankfurt große Erfolge mit dem Radfahrbüro erlebt. Diese Institution hat
1000 lange die Politik für das Fahrrad koordiniert und getrieben und war bei den
1001 Verhandlungen des Radentscheids sehr hilfreich. Wir werden das Radfahrbüro weiter
1002 stärken und analog dazu eine zentrale Ansprechstelle auch für den Fußverkehr in
1003 Frankfurt schaffen. Denn dort gibt es viel zu tun: Die Flächenkonkurrenz zwischen den
1004 verschiedenen Verkehrsmitteln wird im Alltag regelmäßig auf Kosten der Schwächsten

1005 gelöst. Wir wollen das beenden. Unsere Regel ist: Was auf der Straße fährt, sollte auch
1006 auf der Straße abgestellt werden. Zugeparkte oder von E-Scootern zugestellte Geh- und
1007 Radwege sind nicht nur ein Ärgernis, sondern oft auch gefährlich. Wir setzen hier auf
1008 bauliche Lösungen, aber auch auf verstärkte Überwachung.

1009 Eine bessere Begrünung des öffentlichen Raums macht automatisch auch das Zu-Fuß-
1010 gehen und das Radfahren attraktiver. Wir wollen diese Effekte nutzen. Und wir wollen
1011 auch weiter dem Rad sicheren Raum schaffen – mit der Umsetzung der Vereinbarungen
1012 des Radentscheids, aber auch mit weiteren Verbesserungen, die wir gemeinsam mit
1013 Initiativen und den Bürger*innen entwickeln wollen. Mittelfristig soll es statt der
1014 unterschiedlichen Markierungen und Formen von Radverkehrsflächen eine einheitliche
1015 Lösung geben. Das Ziel ist: Zu Fuß und auf dem Rad sollen die Menschen genau so
1016 sicher unterwegs sein wie mit jedem anderen Verkehrsmittel. „Vision zero“ steht für Null
1017 Verkehrstote – unabhängig vom genutzten Verkehrsmittel. Dieser Vision sehen wir uns
1018 verpflichtet.

1019 Das Radwegenetz muss dabei so entwickelt werden, dass das Fahrrad auch für Pendel-
1020 Distanzen zur Normalität werden kann. Dementsprechend werden wir sowohl
1021 durchgehende Ost-West-Verbindungen, wie auch vermehrt Verbindungen und
1022 Radwegenetze in die Region schaffen. Mit vielen unterschiedlichen Maßnahmen können
1023 der Komfort und die Attraktivität des Fahrradfahrens erhöht werden, ohne dass dies auf
1024 Kosten von anderen Verkehrsteilnehmer*innen geht. Wir wollen alle diese Maßnahmen
1025 umsetzen.

1026 **Den öffentlichen Verkehr leistungsfähiger und** 1027 **preisgünstiger machen**

1028 Der öffentliche Nahverkehr ist vor allem für längere Strecken das Rückgrat moderner
1029 Mobilität. Fast 250 Millionen Fahrgäste zählte der ÖPNV in Frankfurt 2018, sie legten
1030 1.000 Millionen Kilometer zurück – 1.300 mal die Strecke zum Mond und zurück. Hinzu
1031 kommen unzählige Kilometer durch die Pendler*innen in der Region – wobei hier nach
1032 wie vor rund 60 % der Menschen mit dem Auto unterwegs sind.

1033 Wir wollen die Pendler*innen auf die Schiene bringen, aber wir wollen auch noch mehr
1034 Frankfurter*innen vom öffentlichen Nahverkehr überzeugen. Wir sind mit dem aktuellen
1035 Wegeanteil des öffentlichen Nahverkehrs von 24 % bei den Bewohner*innen und 19 %
1036 bei der „Tagesbevölkerung“ (also Bewohner*innen und Pendler*innen) nicht zufrieden.

1037 Dafür müssen wir das Angebot des öffentlichen Verkehrs weiter verbessern und
1038 preisgünstiger zur Verfügung stellen. Das kostet viel Geld – daher werden wir uns für
1039 die Möglichkeit zur Einführung einer City-Maut stark machen, denn diese City-Maut
1040 würde sowohl einen Anreiz zum Umstieg bieten wie auch den hohen Anteil der Kosten
1041 des Autoverkehrs senken, die bisher auf die Gemeinschaft abgewälzt werden.

1042 Neben einem weiteren Ausbau von Schienen- und Busverbindungen geht es auch um
1043 den Umbau der Netze. Frankfurt leidet nach wie vor unter einem stark zentral
1044 orientierten Schienennetz. In den letzten Jahren sind viele Planungen auf den Weg
1045 gebracht worden, um das zu verändern. Die Entwicklungen im Schienenverkehr sind
1046 allerdings mit extrem langen Planungs- und Bauzeiten verbunden. Wir wollen deshalb
1047 neben den Planungen für die Schiene auch gezielt neue Busverbindungen schaffen und
1048 sowohl mit Expressbussen das Umland besser anbinden als auch mit Stadtteillinien
1049 weitere direkte Verbindungen zwischen den Quartieren schaffen.

1050 Wir werden es schwer haben, die Menschen vom Umstieg auf den öffentlichen
1051 Nahverkehr zu überzeugen, wenn er nicht zu allen Tag- und Nachtzeiten zuverlässig zur
1052 Verfügung steht. Wir brauchen also einen weiteren Ausbau der Fahrten insbesondere in
1053 den Nachtstunden - ebenso wie ein Beschleunigungsprogramm, das dem öffentlichen
1054 Verkehr zuverlässig Vorrang vor dem privaten Verkehr gewährt.

1055 Schließlich ist oft auch der Fahrpreis entscheidend für die Wahl des Verkehrsmittels. Wir
1056 wollen das in Hessen eingeführte 365 €-Ticket gemeinsam mit der Landesregierung
1057 weiteren Bevölkerungsgruppen zugänglich machen und streben dabei in einem ersten
1058 Schritt ein in Frankfurt gültiges und für alle zugängliches 365 €-Ticket an. Darüber
1059 hinaus wollen wir im Rahmen des Konzepts „Stadt am Main“ auf einzelnen Linien sowie
1060 für Senior*innen über 75 Jahren einen komplett kostenlosen Nahverkehr in Frankfurt
1061 anbieten. Außerdem ist das Jobticket in seiner Preisgestaltung inzwischen für viele
1062 Firmen unattraktiv. Hier wollen wir Angebote entwickeln, die weiter zur Entlastung der
1063 Straßen beitragen und die auch in Zeiten des vermehrten Home-Offices, das wir auch
1064 aus verkehrlicher Sicht sehr begrüßen, attraktiv sind.

1065 **Individuell und nachhaltig: Autos teilen und** 1066 **anders betreiben**

1067 Es ist erstaunlich, dass es kein gebräuchliches deutsches Wort für „Car-sharing“ gibt.
1068 Dabei ist diese Form der individuellen Mobilität ausgesprochen zukunftsträchtig. 50.000

1069 Frankfurter*innen nutzen schon Car-sharing, laut Einschätzungen eines Anbieters haben
1070 40 % der Kund*innen das eigene Auto abgeschafft. Die Forschung macht klar: Das
1071 stationsgebundene Car-sharing ist eine nachhaltig sinnvolle Form der Autonutzung. Sie
1072 reduziert den Platzbedarf und sie macht auch die Umstellung auf alternative Antriebe
1073 einfacher. Wir wollen Car-sharing in Frankfurt weiter fördern, insbesondere dann, wenn
1074 die Fahrzeuge mit erneuerbaren Energien betrieben werden.

1075 Autos sind nicht das einzige individuelle Verkehrsmittel, das Menschen sich teilen
1076 können. Auch die Sharing-Angebote von Fahrrädern (inklusive Lastenrädern) können zu
1077 mehr individueller Freiheit führen. Wir müssen sie allerdings bündeln, zugänglicher
1078 machen und vermeiden, dass insbesondere die Geh- und Radwege zum wilden Abstellen
1079 von Rädern, E-Scootern und ähnlichen Verkehrsmitteln genutzt werden. Dazu könnte
1080 insbesondere auch bei den E-Scootern ein stationsgebundenes Angebot beitragen, das
1081 sicherstellt, dass die Scooter an festen Orten abgestellt werden, wo sie zum Beispiel
1082 auch aufgeladen werden könnten. Wir wollen die ökologischen Wirkungen der
1083 verschiedenen Angebote prüfen und zusammen mit den Anbietern verbessern.

1084 Im Autoverkehr muss generell die Energiewende ebenso forciert werden wie bei allen
1085 anderen Nutzungen. Die Umstellung auf elektrifizierte Fahrzeuge kann nicht eins-zu-
1086 eins geschehen, aber sie muss deutlich beschleunigt werden. Die Ladeinfrastruktur in
1087 Frankfurt ist in einem vollkommen unzureichenden Zustand, wir wollen sie dringend
1088 ausbauen. Wir werden die Vereinbarungen der Klimaallianz auch in diesem Punkt
1089 forcieren. Auch hier gilt: ein Auto ist nur eine Form der Mobilität, und es ist nur dann
1090 mobil, wenn es nicht steht. Wir wollen auch in diesem Sinn das Car-sharing-Angebot
1091 attraktiver machen und Mobilitätsstationen etablieren.

1092 Unser Ziel der Klimaneutralität der städtischen Angebote bis 2030 wollen wir auch für
1093 Busse und andere städtische Fahrzeuge erreichen, die Flotten werden wir schnell
1094 umstellen.

1095 **Logistik im 21. Jahrhundert**

1096 Nicht nur Menschen sind mobil, auch Güter und Waren. Die Heinrich-Böll-Stiftung
1097 schätzt, dass sich der Güter- und Warenverkehr bis 2040 um rund 40 % steigern wird.
1098 Der Verkehrsmix beim Güter- und Warenverkehr ist noch völlig unzureichend, das
1099 stellen alle Menschen fest, die auf Autobahnen unterwegs sind. Über 70 % der
1100 Transportleistung wird noch über die Straßen abgewickelt.

1101 Neben der Industrie und dem Gewerbe spielt in Frankfurt die Auslieferung von Gütern
1102 an die Haushalte eine große Rolle. Auch hier gilt für uns: Zum Transport sollen jeweils
1103 die sinnvollsten Transportmittel verwendet werden. Viele Menschen transportieren
1104 Güter inzwischen mit dem Lastenfahrrad, viele Kurierdienste bieten entsprechende
1105 Leistungen an. Viele Unternehmen experimentieren mit Mobilitätsstationen und lokalen
1106 Verteilstellen. Es ist für niemanden ein Gewinn, wenn ein zunehmend leerer werdender
1107 LKW von Haus zu Haus fährt, um jeweils ein oder zwei Pakete abzugeben. Wir wollen
1108 hier gemeinsam mit den Unternehmen, aber auch mit der Wissenschaft Konzepte
1109 entwickeln und erproben, um über lokale Verteilinfrastrukturen Verkehr zu vermeiden
1110 oder umweltfreundlich abzuwickeln. Für große Mengen von Gütern sind multimodale
1111 Lösungen mit Schiff und Bahn die Modelle der Zukunft. In diesem Sinne ist zum Beispiel
1112 der Osthafen ein wichtiger Standort für die Logistik, der Ausbau der
1113 Schieneninfrastruktur ist auch ein wichtiger Faktor für die Entlastung der
1114 Bewohner*innen unserer Stadt.

1115 **Eine Zukunft für den Flughafen**

1116 Frankfurt und der Frankfurter Flughafen – das ist eine spannungsreiche Beziehung. Die
1117 Region leidet massiv unter dem Flugverkehr, viel zu viele Menschen jeden Tag und jede
1118 Nacht. Andere bemerken die drastischen Auswirkungen des Flugverkehrs spätestens
1119 dann, wenn er wie während der Corona-Pandemie oder während des Ausbruchs des
1120 Eyjafjallajökull ruht. Andererseits trägt der Flughafen zur Internationalität, zur
1121 Wirtschafts- und Innovationskraft unserer Stadt und der Region immens bei. Wir wollen
1122 den Flughafen verträglich entwickeln und ihm eine Zukunft sichern. Diese Zukunft kann
1123 aber nicht im immer weiter zunehmenden Luftverkehr liegen, schon gar nicht, wenn er
1124 auf fossilen Brennstoffen basiert.

1125 Wir brauchen die Fraport und den Flughafen in Zukunft als einen nachhaltigen Standort
1126 von Mobilität. Wir brauchen eine Verlagerung von Kurzstreckenflügen auf die Bahn,
1127 echte Nachtruhe und einen klimaneutralen Betrieb, in einem ersten Schritt zumindest
1128 der Infrastruktur. Wir brauchen Forschung und Entwicklung für klimaschonenden und
1129 lärmarmen Flugverkehr, denn die Vernetzung mit der Welt ist uns wichtig. Und wir
1130 brauchen ein Ende des Standortwettbewerbs zwischen den Flughäfen in Deutschland
1131 und Europa, einen Paradigmenwechsel hin zu einem kooperativen System, das Mobilität
1132 bietet ohne die Natur und die Anwohner*innen über das unvermeidbare Maß hinaus zu
1133 belasten. Keines dieser Ziele liegt direkt in der Hoheit der Kommunalpolitik. Aber die

1134 Stadt Frankfurt hat eine Stimme in der Bundesrepublik und sie ist Anteilseignerin der
1135 Fraport. Diese Einflussmöglichkeiten wollen wir besser nutzen.

1136 **Mobilität: Mit allen für alle**

1137 Beim Verkehr gilt genau wie in der Stadtplanung: Alle Menschen sind betroffen, aber
1138 nicht alle sind gleichermaßen an Entscheidungen beteiligt. Insbesondere bei komplexen
1139 Maßnahmen wie der Umsetzung unserer Vision der „Stadt am Main“ werden wir die
1140 Bürger*innen aktiv einbeziehen. Gleichzeitig wollen wir den Menschen vor Ort mehr
1141 Möglichkeiten zur Gestaltung ihres Umfelds geben, wo lokale Maßnahmen möglich sind,
1142 die die Nachbarbezirke nicht belasten.

1143 Wir wollen aber auch hier mehr: Auch in der Verkehrspolitik müssen wir wegkommen
1144 von der Haltung einer „Politik für ...“ und hin zu einer „Politik mit ...“ oder „Politik durch
1145 ...“. Der spezifische Blick von Frauen ist dabei unverzichtbar. Wir werden Gender
1146 Mainstreaming auch in der Verkehrspolitik etablieren und Frauen gezielt beruflich in
1147 Planung und Administration fördern. Gleiches gilt für das wichtige Feld der Inklusion
1148 und der Barrierefreiheit. Auch hier werden wir nicht nur die Belange der Betroffenen
1149 berücksichtigen, sondern mit ihnen und ihren Vertreter*innen aktiv ins Gespräch gehen
1150 und sie bei allen Planungen einbeziehen.

1151 **Für folgende Maßnahmen stehen wir:**

1152 **Den Stadtraum neu verteilen**

- 1153 • Wir setzen das Konzept der „Stadt am Main“ gemeinsam mit den Bürger*innen um
1154 und entwickeln entsprechende Konzepte auch für die Quartiere unserer Stadt:
 - 1155 ○ Wir reduzieren den frei zugänglichen Parkraum in der Innenstadt und schaffen so
1156 Platz für attraktivere Nutzungen.
 - 1157 ○ Wir schaffen weitgehend autofreie Zonen in den Quartieren und im Zentrum.
 - 1158 ○ Wir öffnen die gesamte Innenstadt und Sachsenhausen zum Main und beteiligen
1159 die Bürger*innen an der Gestaltung.
 - 1160 ○ Wir beruhigen den Verkehr in den Wohnvierteln konsequent und vermeiden reine
1161 Durchgangsverkehre so weit wie möglich.
 - 1162 ○ Wir bauen den öffentlichen Nahverkehr aus und erhalten damit die nötige
1163 Mobilität.
- 1164 • Wir schaffen mehr Sicherheit und Aufenthaltsqualität für Kinder im öffentlichen
1165 Raum und testen Projekte auf dem Weg zur “beispielbaren Stadt”.
- 1166 • Wir schaffen Klarheit über die wahren Kosten der verschiedenen Verkehrsarten und
1167 sorgen für eine gerechtere Verteilung dieser Kosten. Umweltfreundliche und
1168 günstige Verkehrsmittel werden bessergestellt, die bisher von der Allgemeinheit
1169 getragenen Kosten des übermäßigen Autoverkehrs werden sichtbar gemacht und
1170 verursachergerecht und damit sozial verträglich finanziert.
- 1171 • Wir führen flächendeckende Parkraumbewirtschaftung mit einer
1172 Anwohner*innenregelung ein. Kostenloses Parken wird es mittelfristig nur an
1173 Mobilitätsstationen am Stadtrand geben, um das Pendeln mit der Bahn zu
1174 vereinfachen.
- 1175 • Wir setzen uns für die Möglichkeit der Einführung einer City-Maut ein, um einen
1176 weiteren Anreiz zum Umstieg weg vom Auto zu geben und um den Ausbau und
1177 Preissenkungen beim öffentlichen Personenverkehr zu finanzieren.
- 1178 • Wir führen in einzelnen Quartieren autofreie Sonntage ein, an denen die Menschen
1179 den Straßenraum alternativ nutzen können.
- 1180 • Wir schaffen im Rahmen eines Modellprojekts die Möglichkeit für Frankfurter*innen
1181 ohne eigenen PKW, sich anstatt für Anwohner*innenparken für einen
1182 Anwohner*innengarten anzumelden. Die Teilnehmenden bekommen anstelle einer
1183 Anwohner*innen-Parkberechtigung eine Patenschaft für einen entsiegelten

1184 Parkplatz in ihrer Straße und können die Fläche mit Hilfe der Stadt gestalten und
1185 begrünen.

1186 Den Fuß- und Radverkehr ausbauen

- 1187 • Wir werden die Forderungen aus dem Radentscheid konsequent und wo möglich
1188 beschleunigt umsetzen und weitere Verbesserungen für den Radverkehr in einem
1189 integrierten Mobilitätskonzept für Frankfurt fortschreiben. Dabei werden
1190 Bürger*innen und Radfahr-Initiativen einbezogen.
- 1191 • Wir schaffen analog zum Radfahrbüro eine Ansprech- und Kompetenzstelle für den
1192 Fußverkehr.
- 1193 • Wir wollen mittelfristig das Flickwerk unterschiedlicher Markierungen und
1194 Ausweisungen von Radwegen und sogenannte Schutzstreifen zu echten
1195 Fahrradwegen, die physisch vom Autoverkehr und Gehwegbereich getrennt sind,
1196 umbauen bzw. diese neu anlegen.
- 1197 • Frankfurt ist eine kompakte Stadt in einer dicht besiedelten Region. Auf
1198 kreuzungsarmen Radschnellwegen könnten viele Schüler*innen und
1199 Berufspendler*innen ihren Zielort binnen 30-45 Minuten erreichen. Wir werden
1200 deshalb die Planung und Umsetzung von Radschnellwegen inner- wie außerörtlich
1201 vorantreiben.
- 1202 • Wir stellen durch den Lückenschluss von Ostend bis Osthafen mit einer
1203 Fahrradbrücke den nordmainischen Radweg von Höchst nach Hanau fertig.
- 1204 • Wir schaffen für das Zusammenwachsen der Region auch bei der Verkehrswende
1205 gemeinsam mit dem Umland ein dichteres Radwegenetz zwischen den Stadtteilen
1206 und in die Region, z.B. nach Bad Homburg und Bad Vilbel, und realisieren im Osten
1207 Frankfurts z.B. einen separaten Fuß-/Radweg von der Frankfurter Seite auf die Carl-
1208 Ulrich Brücke zum bereits vorhandenen Fuß-/Radweg auf Offenbacher Seite.
- 1209 • Wir unterbinden durch bauliche Maßnahmen, aber auch durch verschärfte
1210 Überwachung, konsequent das Parken auf und das Befahren von Fuß- und
1211 Radwegen, Grünflächen und Freizeitwegen sowie das verkehrsgefährdende Parken
1212 insbesondere in Kreuzungsbereichen und an Zebrastreifen.
- 1213 • Ampelschaltungen auf Hauptverkehrsstraßen werden nach den Bedürfnissen von
1214 Fußgänger*innen, Fahrradfahrer*innen und dem ÖPNV ausgerichtet.
- 1215 • Wir wenden den grünen „Rechtsabbiegepeil“ an ampelgesteuerten Kreuzungen an.

- 1216 • Wir setzen gemeinsam mit Radfahrinitiativen Maßnahmen um, die das Fahrradfahren
1217 sicherer, bequemer und angenehmer machen - z.B. Haltestangen an Ampeln,
1218 Park&Ride-Plätze an Radschnellwegen oder Fahrradvorfahrtsstraßen.
- 1219 • Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass die verpflichtende Einführung von
1220 Abbiegeassistenten für LKWs beschleunigt wird und rüsten die städtische LKW-
1221 Flotte so schnell wie möglich nach. Sollte die allgemeine Pflicht nicht schnell
1222 eingeführt werden, werden wir Kreuzungen so umgestalten, dass Unfälle beim
1223 Rechtsabbiegen von LKWs möglichst verhindert werden.
- 1224 • Wir reduzieren die Wartezeiten für Fußgänger*innen an Ampeln mit
1225 „Drückerfunktion“ und orientieren uns dabei an einer Sofortschaltung für
1226 Fußgänger*innen- oder Radfahrer*innen.
- 1227 • Wir erlauben das Gehwegparken im Regelfall nur noch dort, wo eine Gehwegbreite
1228 von mindestens 2,20 m garantiert ist.
- 1229 • Wir unterbinden die Nutzung der Gehwege als wilde Abstellfläche für E-Scooter oder
1230 Leihräder und schaffen Abstellmöglichkeiten in Parkbuchten und im Straßenraum.
1231 Wir wollen statt des derzeitigen „free floating“-Modells für E-Scooter ein
1232 stationsgebundenes Angebot mit Lademöglichkeit an der Station und deutlich
1233 reduzierter Störwirkung für insbesondere den Fuß- und Radverkehr prüfen.
- 1234 • Fahrradwege mit befahrbaren Photovoltaikmodulen könnten Strom z.B. für
1235 Beleuchtung und Lichtzeichenanlagen liefern. Wir wollen einen Beitrag zur
1236 Entwicklung und Erprobung der Praktikabilität und Wirtschaftlichkeit von
1237 Solarfahrradwegen leisten und installieren in Frankfurt ein Stück eines Radweges
1238 als Solarfahrradweg.

1239 **ÖPNV: Alle fahren mit**

- 1240 • Wir werden den Ausbau der Schienen- und Busnetze weiterführen, existierende
1241 Planungen umsetzen und darüber hinaus:
 - 1242 ○ die Verlängerung der U5 bis zum Frankfurter Berg umsetzen.
 - 1243 ○ den Lückenschluss zwischen Ginnheim und der Bockenheimer Warte
1244 vorantreiben.
 - 1245 ○ eine Verlängerung der U5 im Westen über Nied bis nach Höchst prüfen.
 - 1246 ○ Planung, Variantenuntersuchung und -entscheidung für die unbedingt nötige
1247 Regionaltangente Ost forcieren.
 - 1248 ○ die Anbindung des Flughafen-Terminal 3 über die S7 realisieren.

- 1249 ○ die Verlängerung der U7 und einen Anschluss an einen Mobilitätsknoten mit
- 1250 Park&Ride-Möglichkeit an der A5 erneut prüfen.
- 1251 ○ die Fertigstellung der Straßenbahnringlinie im bisherigen Planungsstand
- 1252 umsetzen und den Ausbau zu einem vollständigen Ring inklusive einer
- 1253 Straßenbahnverbindung zwischen Fechenheim und Oberrad über Offenbach
- 1254 planen.
- 1255 ○ die Straßenbahnverlängerungen nach Neu-Isenburg und Sprendlingen sowie die
- 1256 Weiterführung der Linie 18 nach Bad Vilbel vorantreiben.
- 1257 ○ die Straßenbahn im Gutleut bis zur Wurzelsiedlung verlängern.
- 1258 ○ Die Verlängerung der Straßenbahn zum Höchster Bahnhof vorantreiben und eine
- 1259 weitere Verlängerung Richtung Jahrhunderthalle prüfen.
- 1260 ○ eine Straßenbahn-Verbindung von Fechenheim über Enkheim nach Bergen zur
- 1261 Anbindung von Bergen und Fechenheim an die U-Bahnen U4/U7 in Enkheim
- 1262 sowie die Verlängerung der U4 nach Bergen prüfen. In beiden Fällen prüfen wir
- 1263 die Weiterführung nach Bad Vilbel.
- 1264 ○ eine neue Erschließung der Innenstadt mit einer Straßenbahn von der Schweizer
- 1265 Straße über die Friedensbrücke bis zum Campus Westend inklusive der Prüfung
- 1266 einer Weiterführung über Hansaallee zum Alleenring planen.
- 1267 ○ eine neue Schienenverbindung vom Süd-/Lokalbahnhof zur Sachsenhäuser Warte
- 1268 vorbereiten.
- 1269 ○ tangentielle Schnellbus-Linien zur Verbindung zwischen Frankfurt und den
- 1270 Nachbargemeinden mit Anbindung an existierende Linien und eine
- 1271 Taktverdichtung insbesondere in den nördlichen Außenbezirken realisieren.
- 1272 ● Wir bauen Park & Ride-Möglichkeiten aus und erproben "Mobility-on-demand"-
- 1273 Systeme auch für Pendler*innen.
- 1274 ● Mit einem Beschleunigungsprogramm senken wir die Fahrzeiten von Bussen und
- 1275 Bahnen. Hauptverkehrsstraßen, die von mindestens zwei Buslinien genutzt werden,
- 1276 erhalten eine Busspur; auf Hauptverkehrslinien fahren zusätzliche Express-Buslinien,
- 1277 die im Innenstadtbereich nur an Hauptverkehrsknotenpunkten wie S- und U-
- 1278 Bahnstationen halten.
- 1279 ● Wir richten weitere Querverbindungen von Stadtteil zu Stadtteil und zwischen
- 1280 weiter auseinander liegenden Stadtteilen ein. Zwischen peripheren Stadtteilen wird
- 1281 ein Ringschluss realisiert.
- 1282 ● Wir führen an sieben Tagen in der Woche einen kompletten Nachtverkehr ein und
- 1283 verkürzen die zu langen Taktabstände in den Abendstunden und am Wochenende.

- 1284 Das Ziel ist: der Frankfurter ÖPNV steht 24 Stunden am Tag an 365 Tagen im Jahr
1285 zur Verfügung.
- 1286 • Wir wollen die Kapazitäten der stark belasteten Hauptstrecken von S-, U- und
1287 Straßenbahn wo möglich durch eine dichtere Taktung erhöhen. Wir unterstützen
1288 Projekte für halbautomatische oder autonom fahrende Züge.
 - 1289 • Bei ausgelasteten S-Bahn-Strecken wie z.B. der S3 und S4 zwischen Eschborn und
1290 Frankfurt oder der S8 und S9 bei Spielen von Eintracht Frankfurt und anderen Events
1291 im Stadion ist zu prüfen, ob durch längere Bahnen und Verstärkerzüge die
1292 Kapazitäten erweitert werden können.
 - 1293 • Der Einsatz von Doppelstocktriebwagen auf den S-Bahn-Linien könnte die
1294 Kapazitäten im Nadelöhr Frankfurter S-Bahn-Tunnel drastisch erhöhen. Die Pariser
1295 S-Bahn RER nutzt solche Fahrzeuge - wir wollen erprobt haben, ob diese Fahrzeuge
1296 oder Doppelstockzüge anderer Hersteller für den Einsatz in Frankfurt geeignet
1297 wären. Im U-Bahnnetz wollen wir Triebwagen mit längs angeordneter Bestuhlung
1298 und dadurch mehr Stehplätzen testen.
 - 1299 • Wir unterstützen den Vorschlag des RMV an die Deutsche Bahn, am überlasteten
1300 Frankfurter Hauptbahnhof das ehemalige Gleis 25 zu reaktivieren und wollen
1301 geprüft haben, ob im Hauptbahnhof durch Umbauten im Bestand weitere
1302 Kapazitäten geschaffen werden können.
 - 1303 • Wir unterstützen den Fernbahntunnel, der Kapazitätsausbau ist dringend nötig.
1304 Genauso nötig ist allerdings die Akzeptanz. Daher müssen alle Planungen
1305 transparent, öffentlich und nachvollziehbar sein, alle Fragen müssen beantwortet
1306 und insbesondere die Umweltauswirkungen sorgfältig geprüft werden. Außerdem
1307 darf der Fernbahntunnel nicht andere wichtige Projekte, die bereits in der Planung
1308 oder Umsetzung sind, verzögern.
 - 1309 • Innovative Transportsysteme, wie zum Beispiel Seilbahnen, wollen wir auf ihren
1310 Nutzen für Frankfurt prüfen und ggf. in Form von Pilotprojekten umsetzen.
 - 1311 • Senior*innen über 75 Jahren wollen wir die kostenfreie Nutzung des ÖPNV in
1312 Frankfurt ermöglichen. Im Rahmen des Konzepts „Stadt am Main“ werden wir
1313 einzelne Linien komplett kostenfrei machen. Kurz- bis mittelfristig wollen wir in
1314 Frankfurt ein 365 €-Ticket für alle Nutzer*innen realisieren.
 - 1315 • Das Jobticket des RMV ist wegen seines Preismodells aktuell nicht mehr attraktiv.
1316 Wir werden gemeinsam mit dem RMV ein Modell entwickeln, das den Umstieg von
1317 weiteren Pendler*innen auf die Schiene beschleunigt, für alle Unternehmen und

- 1318 Beschäftigten attraktiv ist und auch Teilzeit- und Home-Office-Modelle
1319 berücksichtigt.
- 1320 • Neufrankfurter*innen sollen die Qualitäten der ÖPNV-Nutzung rasch kennenlernen.
1321 Wir wollen sie deshalb mit einem ÖPNV-Info-Paket und einem kostenlosen
1322 Monatsticket begrüßen. Eltern soll der Umstieg auf die ÖPNV-Nutzung mit
1323 Nachwuchs durch ein kostenloses Eltern-Ticket für das erste Lebensjahr erleichtert
1324 werden.
- 1325 • Wir wollen die viel genutzte RMV-App kund*innenfreundlich weiterentwickeln,
1326 indem wir eine schnellere Handhabung ermöglichen, das Design modernisieren und
1327 für die Informationssysteme standardisierte Schnittstellen zu häufig genutzten
1328 Navigationssystemen anbieten. Außerdem wollen wir alle öffentlichen
1329 Mobilitätsangebote über eine App erreichbar machen und insgesamt den Zugang zu
1330 Mobilitäts-Diensten über alle digitalen Kanäle einfacher machen.
- 1331 • Alle Haltestellen der Straßenbahnen und der neuen Metrobuslinien sowie die
1332 Fahrkartenautomaten wollen wir mit Anzeigetafeln zur digitalen
1333 Fahrgastinformation (auch über Störungen) ausstatten.
- 1334 • Wir setzen die Vereinbarungen der Klimaallianz um und begrünen Haltestellen
1335 sowie Gleisflächen des öffentlichen Verkehrsnetzes. Wir begrünen weitere
1336 Verkehrsflächen wie Verkehrsinseln, Brückenpfeiler, Lärmschutz- und andere
1337 Straßenbauwerke.

1338 **Das Auto in der Stadt: nachhaltige Bewegung**

- 1339 • Wir gestalten den Busverkehr und alle anderen städtischen Fahrzeuge bis 2030 CO₂-
1340 neutral. Wir setzen beim Fuhrpark der Stadt Frankfurt und ihrer Beteiligungen auf
1341 klimaneutrale, innovative Konzepte.
- 1342 • Wir bauen die momentan völlig unzureichende Ladeinfrastruktur für E-Autos in
1343 Umsetzung der Klimaallianz bedarfsgerecht aus und fördern auch die Errichtung von
1344 Lademöglichkeiten durch Privatpersonen.
- 1345 • Wir prüfen in Umsetzung der Klimaallianz die Möglichkeiten zur Unterstützung der
1346 Umstellung des Antriebs bei Taxi- und Lieferverkehr.
- 1347 • Wir streben weitere Wasserstofftankstellen in der Stadt an und suchen dafür
1348 geeignete Partner*innen.
- 1349 • Wir setzen uns für ein Tempolimit von 80 km/h auf innerstädtischen Autobahnen
1350 und für ein Limit von 40 km/h auf Grundnetzstraßen ein. An dicht bewohnten
1351 Grundnetzstraßen machen wir Tempo 30 zur Regelgeschwindigkeit in den

1352 Nachtstunden. In autoarm geplanten Gebieten setzen wir auf Tempo 20 als
1353 Regelgeschwindigkeit, um die störungsfreie Vermischung von Auto- und Radverkehr
1354 zu ermöglichen – den Anfang machen wir im Rahmen der Umsetzung unseres „Stadt
1355 am Main“-Konzepts mit einem Modellversuch. Den Schilderwald in den
1356 Wohngebieten wollen wir lichten und eine generelle Höchstgeschwindigkeit von 30
1357 km/h für ganze Zonen mit wenigen Schildern festsetzen.

1358 • Wir lehnen den weiteren Ausbau von Autobahnen in Frankfurt ab und wollen die
1359 Chancen prüfen, die sich durch eine Umwidmung von Autobahnflächen zum Beispiel
1360 an der Messe, der Miquelallee oder der Sachsenhäuser Warte zu Park & Ride-Plätzen
1361 ergeben.

1362 • Wir bauen die Kapazitäten zur Überwachung des fließenden und ruhenden Verkehrs
1363 zum Beispiel bei der Einhaltung von Tempolimits und Parkverboten aus.

1364 • Wir stellen eine systematische Lärmbelastungskarte auf und ergreifen an
1365 Lärmschwerpunkten geeignete Maßnahmen nicht nur beim Auto-, sondern zum
1366 Beispiel auch beim Schienenverkehr.

1367 • Wir erhöhen die Sicherheit auf dem Schulweg, indem wir die Verkehrsregelungen
1368 vor Schulen anpassen und gemeinsam mit den Schulen Schüler*innen und Eltern für
1369 das Thema sensibilisieren.

1370 • Wir fördern stationsgebundenes Car-Sharing, indem wir zum Beispiel Car-Sharing-
1371 Fahrzeuge auf Anwohner*innenparkplätzen und in Quartiersparkhäusern zulassen.

1372 • Wir fördern die Nutzung von Fahrradleih- und anderen Sharing-Systemen in
1373 Frankfurt durch die Einrichtung ansprechend und markant gestalteter städtischer
1374 Sharing-Mobility-Flächen/-Stationen/ Mobilitätsstationen, insbesondere an
1375 Haltestellen des ÖPNV. Wir wollen prüfen, ob die Flächen für verschiedene Sharing-
1376 Mobility-Arten (Rad, Lastenrad, E-Scooter, Car-Sharing) zusammengefasst werden
1377 können.

1378 **Güter- und Warenverkehr neu denken**

1379 • Wir entwickeln und erproben gemeinsam mit Wirtschaft und Wissenschaft Konzepte
1380 für eine Verteilstellen-Infrastruktur, die eine umweltfreundliche Güterverteilung
1381 ermöglicht und von Haus zu Haus fahrende LKWs ersetzt.

1382 • Wir streben die komplette Vermeidung von fossil betriebenen Fahrzeugen auf der
1383 “letzten Meile” der Güter- und Warenverteilung an.

- 1384 • Wir unterstützen SoLaWis, Kooperativen und andere regionale ökologisch
1385 wirtschaftende Betriebe bei der Suche nach Warendepots für die Versorgung der
1386 regionalen Kunden.
- 1387 • Wir unterstützen in Umsetzung der Klimaallianz den innerstädtischen Lieferverkehr
1388 mit Lastenrädern und legen ein Förderprogramm für privat genutzte Lastenräder auf.
- 1389 • Wir fördern multimodale Konzepte, die Verkehr und Schadstoffe reduzieren und
1390 sicherstellen, dass Massengüter möglichst kurze Wege auf der Straße und weite
1391 Strecken auf der Schiene oder mit dem Schiff zurücklegen.

1392 **Eine Zukunft für den Flughafen**

- 1393 • Wir unterstützen die Fraport dabei, den Weg von einer Anbieterin von Flugverkehr
1394 hin zu einem nachhaltigen Mobilitätsunternehmen zu gehen. Der Flughafen soll
1395 durch Ausweitung der Nachtruhe, die Verlagerung von Kurzstreckenflügen auf die
1396 Bahn, eine bessere Verzahnung mit dem öffentlichen Nahverkehr und durch einen
1397 klimaneutralen Betrieb der eigenen Infrastruktur zu einem modernen,
1398 zukunftsfähigen Standort werden.
- 1399 • Wir werden gemeinsam mit der Fraport einen Plan erarbeiten, wie der Frankfurter
1400 Flughafen möglichst schnell klimaneutral werden kann. Für die Infrastruktur
1401 (Gebäude und Logistik) wollen wir die Klimaneutralität 2035 erreichen.
- 1402 • Wir unterstützen gemeinsam mit der Wirtschaft, der Landesregierung und der
1403 Wissenschaft die Forschung rund um den nachhaltigen Luftverkehr mit
1404 erneuerbaren, regional produzierbaren Treibstoffen sowie klimaschonenden und
1405 lärmärmeren Flugzeugen und Verfahren. Das HOLM bietet hierfür einen
1406 hervorragenden Nukleus.
- 1407 • Frankfurt setzt sich gemeinsam mit anderen Flughafenstandorten konsequent für die
1408 nötigen Änderungen von bundesgesetzlichen Grundlagen und von Europarecht ein,
1409 um weg von einer Konkurrenzsituation der Standorte und hin zu einer Kooperation
1410 für nachhaltige Mobilität zu kommen.

1411 **Mit allen für alle**

- 1412 • Wir erarbeiten für komplexe Maßnahmen Konzepte gemeinsam mit den
1413 Frankfurter*innen und mit Expert*innen. Gleichzeitig wollen wir den Menschen vor
1414 Ort mehr Möglichkeiten zur Gestaltung ihres Umfelds geben, wo keine
1415 übergreifenden Belange berührt sind.

- 1416 • Wir führen eine Erhebung und Berichterstattung zu geschlechtsspezifischem
1417 Verhalten im Verkehr durch und implementieren Gender Mainstreaming
1418 systematisch bereits in der Planung sowie im Bau von Straßen, Wegen und Plätzen,
1419 um zu einer gleichberechtigten Stadt auch bei der Mobilität werden zu können. Wir
1420 stärken gezielt den Anteil von Frauen in der Verkehrsplanung und Administration.
- 1421 • Wir binden über Veranstaltungen und partizipative Formate, aber auch über die
1422 Kooperation mit Verbänden und Interessenvertreter*innen aktiv insbesondere
1423 mobilitätseingeschränkte Menschen in die Gestaltung und Umsetzung von
1424 Verkehrspolitik in Frankfurt ein.

UNSER WIR MEINT: WIR ALLE!

1425

1426 Knapp 760.000 Menschen lebten laut der letzten offiziellen Einwohner*innenzahl in
1427 unserer Stadt. 760.000 Menschen – das sind 760.000 Individuen, mit Hoffnungen und
1428 Sorgen, mit Träumen und Nöten, alle unterschiedlich. Und das ist „nur“ die offizielle
1429 Zahl. In Wirklichkeit sind es viel mehr Menschen, die unsere Stadt ausmachen. Es gibt
1430 keine zuverlässigen Aussagen über die Zahl von Menschen ohne offiziellen
1431 Aufenthaltstitel, ohne Papiere und ohne einen Eintrag in den offiziellen Registern, die
1432 dennoch in unserer Stadt leben. Die letzten Schätzungen stammen aus 2006 und
1433 belaufen sich auf 25.000 bis 40.000 Menschen ohne Papiere. Wir können davon
1434 ausgehen, dass diese Zahl deutlich zugenommen hat – aufgrund der Krisen überall auf
1435 der Welt und nicht zuletzt aufgrund der Corona-Krise, die insbesondere Menschen ohne
1436 Papiere in die Städte zwingt, wenn sie überhaupt eine Chance auf ein Auskommen
1437 haben wollen.

1438 Alle diese Menschen meinen wir, wenn wir von „wir“ sprechen. Alle diese Menschen sind
1439 Frankfurter*innen, alle diese Menschen sind Frankfurt.

1440 Unsere Stadt und unsere Stadtgesellschaft ist in jeder Hinsicht ungewöhnlich vielfältig
1441 – Herkunft, kulturelle Identität, sexuelle Identität und Orientierung, Bildungsstand,
1442 Familienstand und ökonomischer Status. Den typischen Frankfurter oder die typische
1443 Frankfurterin gibt es nicht. Dennoch eint uns alle: Wir leben in dieser Stadt zusammen.

1444 Unser GRÜNES Ziel ist es, Politik für alle (und idealerweise mit allen) Frankfurter*innen
1445 zu machen. Denn alle diese Menschen sind gleich an Würde und gleich an
1446 grundsätzlichen Rechten, alle diese Menschen sollen die gleichen Chancen und die
1447 gleichen Teilhabemöglichkeiten haben, alle diese Menschen sollen willkommen sein,
1448 das Leben miteinander gestalten und sich auf Augenhöhe begegnen.

1449 Unser „Wir“ meint: Wir alle! Das ist der Anspruch, und an dem wollen wir uns messen
1450 lassen.

1451 **Frankfurt – Stadt der vielen Herkünfte:**

1452 **Zusammen stehen**

1453 Im Merian über Frankfurt steht „Gewöhnlich lebt man in Frankfurt zunächst nicht aus
1454 Überzeugung, sondern aus Notwehr. Die meisten verschlägt der Beruf an den Main und

1455 nicht die Aussicht, sich in einer der lebenswertesten Städte Deutschlands
1456 niederzulassen. Als genau das jedoch entpuppt sich Frankfurt für seine Einwohner.“
1457 Abgesehen davon, dass wir ergänzen würden: „Einwohner*innen!“ und darauf hinweisen,
1458 dass es nicht nur der Beruf ist, sondern manchmal auch die Flucht vor existenzieller Not
1459 oder zum Glück manchmal auch die Liebe, können wir uns kein besseres Kompliment
1460 für unsere Stadt vorstellen. Und so kommt es, dass in unserer Stadt Menschen aus 180
1461 Nationen leben – und alle Frankfurter*innen sind. Frankfurt ist die Stadt der vielen
1462 Herkünfte: Frankfurt oder Offenbach, Kairo oder London, Wir sind froh darum und
1463 empfinden diese Vielfalt als Bereicherung. Klar ist aber auch: Diese Integrationsleistung
1464 unserer Stadt ist eine Leistung, die von allen Frankfurter*innen und auch von Politik und
1465 Verwaltung, von Firmen und Behörden in Frankfurt erbracht werden muss. Wir sind die
1466 Stadt in Deutschland, die als erstes ein Integrationsdezernat und ein Amt für
1467 multikulturelle Angelegenheiten gegründet hat. Wir halten an diesen Strukturen fest,
1468 denn diese Aufgabe ist nie erledigt. Sie ist auch kein Selbstläufer, sondern sie bedarf der
1469 ständigen Aufmerksamkeit, und das Thema Integration und Integrationspolitik muss in
1470 der Stadt Frankfurt wieder mehr Gewicht bekommen. Dazu gehört auch ein
1471 hauptamtliches und deutlich sichtbares Integrationsdezernat. Die derzeitigen
1472 Dezernatzuschnitte sind der wichtigen Aufgabe nicht angemessen.

1473 Es ist eine erschütternde Entwicklung, dass Vielfalt derzeit in der Öffentlichkeit vor
1474 allem im Zusammenhang mit wachsendem Rassismus, mit rechtsextremen
1475 Terroranschlägen, Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit diskutiert wird. Es ist aber
1476 eine Entwicklung, die eine lange Geschichte hat. Viele von uns kennen diese Haltungen
1477 aus eigener Erfahrung als Opfer von verbalen oder gar körperlichen Übergriffen. Unser
1478 aller Aufgabe, gerade als Frankfurter*innen, ist: Zusammenstehen, Hinsehen,
1479 Einschreiten. Es reicht nicht, kein*e Rassist*in zu sein. Wir müssen als Stadt, als
1480 Gesellschaft, als Individuen Antirassist*innen sein. Gerade in Frankfurt. Es geht um
1481 unsere gemeinsame Zukunft.

1482 Wir haben 2020 gemeinsam mit der Koalition im Römer einen umfangreichen
1483 Aktionsplan gegen Rassismus verhandelt und verabschiedet. Er enthält wichtige
1484 Elemente wie eine verstärkte Sichtbarkeit und Zusammenarbeit der verschiedenen
1485 Religionen in Frankfurt, Anlaufstellen für Opfer von Hass und Gewalt, Kampagnen zur
1486 Sensibilisierung für und Stärkung gegen Rassismus, Extremismus und
1487 menschenverachtendes Verhalten. Er stärkt die Zusammenarbeit und die Expertise in
1488 Stadtpolitik und Stadtverwaltung im Kampf gegen Rassismus und für die Beteiligung

1489 aller Frankfurter*innen. Und er formuliert klar: Rassismus ist eine Gefahr für den
1490 gesellschaftlichen Frieden und die Bekämpfung von Rassismus zählt zu den besonders
1491 wichtigen öffentlichen Aufgaben.

1492 Wir werden diesen Aktionsplan in den kommenden Jahren konsequent umsetzen, wo
1493 nötig auch entsprechende Mittel und Ressourcen ausweiten. Bei der Umsetzung ist es
1494 uns wichtig, alle Schritte gemeinsam mit den Betroffenen, mit der Kommunalen
1495 Ausländer*innenvertretung und mit Initiativen und Verbänden zu besprechen. Denn
1496 gerade im Bereich Antirassismus gilt: Nicht ÜBER die, sondern MIT den Betroffenen
1497 sprechen und ihnen zuhören. Rassismus bekämpfen geht nur gemeinsam.

1498 Darauf aufbauend ist und bleibt unser Ziel: Die Vielfalt als Chance nutzen, die Vielfalt
1499 als Gelegenheit verstehen, die Vielfalt als Teil Frankfurts erhalten und pflegen – alle
1500 zusammen. Wir werden Integration als Aufgabe wieder deutlicher in den Mittelpunkt
1501 rücken, gerade jetzt, für alle. Frankfurt ist und bleibt eine offene Stadt, die sich der
1502 Tatsache bewusst ist, dass sie von Vielfalt und Austausch profitiert und dass sie
1503 humanitäre Möglichkeiten nutzen und ihren Verpflichtungen nachkommen muss. Ein
1504 offener, lebendiger, sicherer Hafen – in der Vergangenheit und in der Zukunft.

1505 **Jede*r ist, wie jede*r ist**

1506 Nicht nur Menschen, die nicht als Deutsch gelesen werden, sind Anfeindungen und
1507 Zurücksetzungen ausgesetzt. Auch wenn das Recht sich in vieler Hinsicht an die Vielfalt
1508 der geschlechtlichen Identitäten und der sexuellen Orientierungen angepasst hat und
1509 das Individuum in den Mittelpunkt stellt, so bleibt Akzeptanz von Vielfalt der Lebens-
1510 und Liebesmodelle eine Forderung und ist noch lange nicht erreicht. „LSBT*IQ“ wird
1511 nach wie vor von viel zu vielen Menschen als eine Zumutung empfunden – auch wenn
1512 sich das gerade in der jungen Generation zum Glück verändert. Wir stellen uns
1513 entschieden gegen diese ablehnende, menschenfeindliche Haltung.

1514 Auch hier gilt: Frankfurt und die Frankfurter*innen sind vielfältig. Städte – gerade
1515 Frankfurt – bieten Communities, aber auch Anonymität, Geborgenheit und
1516 Hilfsangebote. Wir empfinden auch diese Angebote als unverzichtbaren Teil der
1517 Frankfurter Identität. Toleranz als Haltung reicht uns dabei nicht: Es gilt, jede*n
1518 Menschen als Individuum zu akzeptieren. Es gilt, sich Anfeindungen gemeinsam
1519 entgegen zu stellen. Und es gilt, die besonderen Bedarfe zu berücksichtigen.

1520 Frankfurt hat eine gute Geschichte der Akzeptanz und von Angeboten für LSBT*IQ-
1521 Menschen. Wir haben früh Angebote insbesondere für lesbische und schwule Menschen
1522 gemacht, wir haben eine gute Tradition von Angeboten für Inter*- und Trans*-
1523 Menschen. Das ist allerdings kein Grund, sich auszuruhen. Auch hier gilt: Die Akzeptanz
1524 ist kein Zustand, der schon erreicht ist, und wäre sie es, so wäre das leider keine
1525 Selbstverständlichkeit. Wir werden die Angebote regelmäßig zusammen mit den
1526 Betroffenen und ihren Institutionen evaluieren und bei Bedarf anpassen, und wir
1527 werden bei allen Frankfurter*innen einfordern, dass sie diesen Geist unserer Stadt
1528 mittragen. Das ist und bleibt – ebenso wie die Akzeptanz der kulturellen Vielfalt – Teil
1529 unseres Frankfurter Gesellschaftsvertrags.

1530 **Kinder, Jugendliche und Familien in Frankfurt**

1531 Die Voraussetzungen für Teilhabe, Chancen und ein selbstständiges Leben in unserer
1532 Gesellschaft sind bereits vor der Geburt angelegt. Es ist leider immer noch eine
1533 Tatsache: Kinder aus finanzschwachen Familien haben schlechtere Bildungschancen
1534 und damit auch schlechtere Chancen auf eine Verbesserung ihrer Situation aus eigener
1535 Kraft. Insbesondere Alleinerziehende und ihre Kinder sind strukturell enorm
1536 benachteiligt. Diese Ungerechtigkeiten haben viele Ursachen, und die meisten Ursachen
1537 sind nicht allein durch Politik vor Ort aufzufangen. Aber ohne entsprechende Angebote
1538 vor Ort ist dieser Teufelskreis auch nicht zu durchbrechen.

1539 **Chancen für alle Kinder und Familien**

1540 Frankfurt ist eine soziale Stadt, und das soll so bleiben. Wir halten an dem Anspruch
1541 fest, diejenigen zuverlässig zu unterstützen, die Unterstützung benötigen. Das gilt in
1542 besonderem Maße für Kinder und Menschen mit Kindern.

1543 Die Betreuungsangebote in Frankfurt müssen mit dem Wachstum der Stadt mithalten
1544 und wir müssen und werden sie entsprechend quantitativ weiter ausbauen. Wir müssen
1545 und werden sie aber auch qualitativ verbessern, insbesondere da, wo Eltern nicht aus
1546 eigener Kraft in der Lage sind, ihren Kindern zur ihnen zustehenden gesellschaftlichen
1547 Teilhabe zu verhelfen. Wir halten an Programmen wie dem Frankfurt-Pass fest und
1548 werden sie weiterentwickeln. Wir werden alle Möglichkeiten nutzen, Bundes- und
1549 Landesprogramme zur Stärkung von Teilhabe den Menschen in unserer Stadt
1550 zugänglich zu machen. Wir unterstützen Kinder und Familien in schwierigen

1551 Verhältnissen und bestehen auf Institutionen, die alle Menschen nach ihren jeweiligen
1552 Bedürfnissen optimal fördern.

1553 Wir haben in der Corona-Krise erlebt, was die Einschränkung der Zugänglichkeit von
1554 Bildungs- und Betreuungsangeboten für Kinder und Familien bedeutet. Wir müssen aus
1555 dieser Krise lernen und die gesellschaftlich relevanten Bereiche besser ausstatten. Die
1556 Jugendämter müssen in der Lage sein, schwierige Situationen zu erkennen und Hilfe zu
1557 leisten. Die Infrastruktur hierfür muss in der Fläche weiter bereitgestellt werden, und
1558 die Mitarbeiter*innen müssen ausreichend qualifiziert und ausgestattet und
1559 angemessen bezahlt werden. Das gilt für die Bildungs- und Betreuungseinrichtungen
1560 ebenso wie für die Gesundheitseinrichtungen. Programme wie die „Frühen Hilfen“
1561 haben sich bewährt und wir werden sie weiterentwickeln.

1562 **Betreuungseinrichtungen und Schulen in Frankfurt:** 1563 **Verlässlich und modern**

1564 Gerade in Zeiten erhöhter Aufmerksamkeit für Hygiene gilt: Unsere Infrastruktur muss
1565 ständig auf Höhe der Anforderungen gehalten werden. Das ist leichter gesagt als getan,
1566 das wissen alle Mitarbeitenden, Schüler*innen, Eltern und alle Verantwortlichen in
1567 Frankfurt. Aber diese Aufgabe ist die Basis für ein funktionierendes Bildungs- und
1568 Betreuungsangebot. Wir müssen die Sanierung und den Neubau von
1569 Betreuungseinrichtungen und Schulen mit allen Anstrengungen und ohne
1570 Reibungsverluste zwischen den unterschiedlichen politischen Zuständigkeiten und
1571 Verwaltungseinheiten organisieren. Die Stadt ist hier nach wie vor nicht gut genug.

1572 Ausreichende Plätze und funktionierende Ausstattung bei der Versorgung zum Beispiel
1573 mit Mittagsangeboten ist allerdings nur die Basis für ein modernes und verlässliches
1574 Bildungssystem. Spätestens Corona hat klar gemacht: Die Digitalisierung insbesondere
1575 der Schulen ist eine der größten Baustellen in unserem Land. Das haben inzwischen alle
1576 politischen Ebenen erkannt, aber auch hier hat Frankfurt dringende Hausaufgaben zu
1577 erledigen. Wir brauchen nicht nur Computer in jedem Klassenraum, wir brauchen eine
1578 funktionierende Ausstattung mit WLAN, mit Endgeräten, mit Fachkräften und mit
1579 pädagogischen Angeboten. Wir müssen hier in Zusammenarbeit mit dem Land deutlich
1580 besser werden – bei allen Schultypen und in allen Schulformen.

1581 Die Bildungspolitik ist ein ausgesprochen komplexes Politikfeld, denn nicht nur die
1582 Bedarfe sind vielfältig, sondern auch die Kompetenzen und Zuständigkeiten sind über
1583 alle Ebenen verteilt, und es gibt Bildungsangebote in ganz unterschiedlicher Form und

1584 mit ganz unterschiedlichen Trägern. Wir brauchen also einen kooperativen Ansatz
1585 zwischen Stadt, Land und Bund und zwischen den verschiedenen Trägern von Bildungs-
1586 und Betreuungseinrichtungen. Wir werden diesen Ansatz vorantreiben und die
1587 Bildungslandschaft in Frankfurt mit hohem Druck modernisieren – mit allen Beteiligten
1588 und inklusive der nötigen Investitionen.

1589 **Gemeinsam gestalten**

1590 Kinder und Jugendliche sind nicht nur Gegenstand von Politik, sondern wir wollen sie an
1591 der Gestaltung der Gesellschaft beteiligen. Kinder haben Rechte, diese Rechte wollen
1592 und werden wir durchsetzen. Jugendliche haben spezielle Bedürfnisse, und wir werden
1593 sie nicht nur im Sinne von „Politik für Jugendliche“ berücksichtigen, sondern wir werden
1594 Jugendliche gezielt und vermehrt an Politik beteiligen. Nicht erst seit „Fridays for
1595 Future“ fordern Jugendliche vermehrt Teilhabe ein. Wir werden den laufenden Prozess
1596 zur Etablierung eines Jugendparlaments fortsetzen und zu einem erfolgreichen
1597 Abschluss bringen – mit echter Beteiligung und Relevanz. Das gilt ebenso für die
1598 Beteiligung von Schüler*innen an der Ausgestaltung der Bildungsangebote und für die
1599 Beteiligung und Sichtbarkeit von Jugendlichen im Alltag unserer gemeinsamen Stadt.
1600 Auch hier gilt für uns immer: Alle Angebote müssen für alle zugänglich sein – und mit
1601 allen gemeinsam gestaltet.

1602 **Sportstadt – auch im Alltag**

1603 Frankfurt betrachtet sich gerne als Sportstadt. Viele Sportverbände haben in unserer
1604 Stadt ihren Sitz, mit Eintracht Frankfurt hat unsere Stadt einen europaweit bekannten
1605 Fußballverein, inzwischen auch im Frauenfußball – und mit der Eintracht, den Skyliners,
1606 den Löwen und vielen weiteren Vereinen ist Frankfurt auch in anderen Sportarten
1607 Standort für Spitzensport. Das ist gut und soll so bleiben.

1608 Aber Sport ist nicht nur etwas zum Zuschauen, Sport ist etwas zum selbst machen. Sport
1609 muss nicht unbedingt in Vereinen stattfinden, Sport kann auch eine ganz individuelle
1610 Tätigkeit sein. Und Sport ist nicht immer mit körperlichen Aktivitäten verbunden – auch
1611 Schach und eSport ist Sport und erfüllt die Menschen mit Befriedigung. Wir wollen
1612 diese Aktivitäten in Spitze und Breite weiter unterstützen. Auch hier wird Politik nicht
1613 sinnvoll allein tätig werden. Wir sind auf die Expertise und die Beteiligung der Vereine
1614 und Institutionen sowie der vielen ehrenamtlich engagierten Menschen angewiesen und
1615 wollen die Bedarfe gemeinsam mit ihnen erfassen und decken. Ziel unserer Politik ist

1616 auch hier die Unterstützung von Engagement, die Bereitstellung von Infrastruktur und
1617 Zugängen und die gemeinsame Verbesserung von Angeboten. Und auch im Sport gilt:
1618 Sport muss für alle Menschen zugänglich sein, Sport darf nicht diskriminieren und Sport
1619 soll seine verbindende Wirkung entfalten können. Hierbei werden wir unterstützen,
1620 dazu werden wir anregen, für Menschen in allen Lebenslagen.

1621 **Sozial- und Gesundheitsangebote: verlässlich,** 1622 **zielgenau und diskriminierungsfrei**

1623 Frankfurt ist eine soziale Stadt. Das gilt nicht nur für Kinder, Jugendliche und Familien.
1624 Das gilt für alle Menschen in unserer Stadt. Die meisten Menschen in Frankfurt sind
1625 glücklicherweise nicht regelmäßig auf Unterstützung angewiesen. Aber diejenigen, die
1626 es sind, müssen sich auf diese Unterstützung verlassen können.

1627 Das gilt für Menschen mit punktuellm oder vorübergehendem Unterstützungsbedarf
1628 ebenso wie für Menschen mit dauerhaften Problemen, und es muss für alle Menschen in
1629 Frankfurt unabhängig von Alter, Herkunft oder Status gelten.

1630 Der Frankfurt-Pass ist das Frankfurter Modell für eine diskriminierungsfreie und
1631 zielgenaue Unterstützung von Menschen in schwierigen ökonomischen Verhältnissen.
1632 Wir werden ihn erhalten und ausbauen. Ziel ist dabei Teilhabe im umfassenden Sinne –
1633 das schließt Zugang zu kulturellen, sportlichen und anderen öffentlichen Angeboten
1634 ebenso ein wie die Möglichkeit zur vergünstigten Nutzung von öffentlichen
1635 Mobilitätsangeboten.

1636 Inklusion von Menschen mit Behinderungen ist eine Pflichtaufgabe, die Angebote in der
1637 Stadt müssen wir stetig weiter verbessern. Längst nicht alle öffentlichen Angebote sind
1638 barrierefrei, oft fehlen den Verantwortlichen die Kompetenzen, um diese Probleme zu
1639 vermeiden. Wir wollen insbesondere in der Fläche prüfen, wie sich die Herstellung von
1640 Barrierefreiheit erleichtern lässt und wie bei neu geplanten Angeboten Barrierefreiheit
1641 von Anfang an passgenau mitberücksichtigt werden kann. Auch hier gilt: Wir müssen
1642 und werden die Betroffenen als Expert*innen einbeziehen und den Austausch mit
1643 Verbänden und Institutionen, mit Selbsthilfegruppen und Selbstvertreter*innen
1644 intensivieren.

1645 Altern in Frankfurt ist für viele Menschen eine Herausforderung. Gerade in Städten
1646 fehlen dann die sozialen Netze und die Hilfe aus der Familie, die ökonomischen
1647 Möglichkeiten lassen nach und die Anonymität der Großstadt wird zum Problem. Wir

1648 wollen die Menschen durch entsprechende Stadtplanung und -gestaltung sowie durch
1649 Hilfsangebote vor Ort so lange wie möglich und gewünscht dazu befähigen, in ihrem
1650 angestammten Umfeld zu bleiben. Wir wollen aber auch qualitative, würdevolle und
1651 befriedigende Möglichkeiten für ein Altern in Pflege- oder anderen speziellen
1652 Einrichtungen schaffen –gemeinsam mit den Expert*innen und Anbieter*innen.

1653 Schließlich gilt in der Gesundheitspolitik: Corona hat gezeigt, dass der öffentliche
1654 Gesundheitsdienst und Angebote in öffentlicher Trägerschaft unverzichtbar sind. Wir
1655 werden entsprechend agieren und diese Angebote stärken. Das Klinikum Frankfurt-
1656 Main-Taunus mit seinen Standorten Höchst, Bad Soden und Hofheim bleibt als
1657 Krankenhausverbund mit Maximalversorgungs-Angebot in öffentlicher Hand. Die
1658 weiteren Neubauabschnitte in Höchst einschließlich einer baulich und konzeptionell
1659 neuen psychiatrischen Klinik werden wir realisieren.

1660 **Drogenpolitik: Der Frankfurter Weg bleibt** 1661 **richtig**

1662 Ein weiteres Konzept aus Frankfurt, das sich inzwischen bundesweit und auch über
1663 Deutschland hinaus durchgesetzt hat und das angepasst und weiterentwickelt wurde, ist
1664 der Frankfurter Weg in der Drogenpolitik. Wir halten an diesem Weg fest: Wir stellen die
1665 Menschen in den Mittelpunkt unserer Drogenpolitik. Schwerst Suchtkranke sind
1666 Menschen mit multiplem Hilfebedarf. Keine*r von ihnen hat sich ein Leben mit
1667 Suchterkrankung gewünscht. Alle wollen aus der Situation heraus, werden aber durch
1668 persönliche Barrieren gehalten. Wir wollen ihnen auch weiterhin mit geeigneten
1669 differenzierten Hilfsangeboten die notwendige Versorgung und Unterstützung zur
1670 Verfügung stellen. Und wir wollen den regulierten, sicheren Rahmen für die
1671 kontrollierte Vergabe psychoaktiver Substanzen erweitern und damit verhindern, dass
1672 Konsument*innen immer weiter in Elend und Kriminalität abdriften.

1673 Allerdings hat sich die Drogenszene verändert – sowohl in ihrer Zusammensetzung als
1674 auch hinsichtlich der Substanzen, die genutzt werden. Dadurch wird gerade in Frankfurt
1675 deutlich, dass trotz eines differenzierten Hilfsangebotes unter den gegenwärtigen
1676 bundesgesetzlichen Rahmenbedingungen die am schwersten an Sucht erkrankten
1677 Menschen nicht die jeweils passgenaue Hilfe bekommen können, die sie benötigen. Den
1678 Kommunen muss die Möglichkeit eröffnet werde, den Drogenkonsum umfassend zu
1679 regulieren. Dazu müssen unter Frankfurter Führung die kommunalen Spielräume für
1680 eine Vielzahl von neuen Modellprojekten herbeigeführt werden - beginnend mit der

1681 kontrollierten Vergabe von Crack an Schwerstabhängige. Solche Angebote einer
1682 regulierten Vergabe psychoaktiver Substanzen jenseits von medizinischem Cannabis
1683 sind nötig, denn nur so durchbrechen wir die Angewiesenheit von suchtkranken
1684 Menschen auf den Drogen-Schwarzmarkt. So wie andere kranke Menschen ihre
1685 Therapien und Medikamente von Ärzt*innen und aus Apotheken erhalten, müssen die
1686 psychoaktiven Substanzen, ohne die manche suchtkranke Menschen es nicht schaffen
1687 zu (über-)leben, innerhalb eines humanen Gesundheitssystems reguliert zugänglich
1688 gemacht werden. Das ermöglicht den Konsument*innen den Ausstieg aus dem ewigen
1689 Kreislauf von Geld- und Drogenbeschaffung, öffnet ihnen Räume für die Verbesserung
1690 ihrer Lebenssituation und holt sie aus der Illegalität heraus. Es trocknet gleichzeitig den
1691 Drogen-Schwarzmarkt aus und reduziert drastisch Beschaffungskriminalität und die
1692 Belastungen, die eine offene Dealer- und Drogenszene im öffentlichen Raum für
1693 Anwohner*innen, Pendler*innen und Geschäftsleute mit sich bringt.

1694 Das Frankfurter Bahnhofsviertel ist geprägt von der Vielfalt der Menschen, die dort
1695 leben, arbeiten oder ihre Freizeit verbringen. Den Raum für alle diesen Menschen gilt es
1696 zu schützen, damit für alle Lebensraum erhalten bleibt und niemand verdrängt wird.
1697 Dazu wollen wir einen Prozess und Strukturen für eine Quartiersentwicklung
1698 implementieren, die alle Akteur*innen im Viertel nicht nur mitdenkt, sondern aktiv
1699 beteiligt.

1700 Nicht nur die Konsument*innen, auch die Stadt kann hier von einem neuen Anlauf
1701 profitieren. Wir benötigen dazu Unterstützung und veränderte Rahmenbedingung von
1702 Landes- und Bundespolitik, aber im Sinne einer Politik für alle Menschen und in allen
1703 Lebenslagen ist dies der richtige Weg, und wir sind entschlossen, ihn zu gehen.

1704 **Für folgende Maßnahmen stehen wir:**

1705 **Kulturelle Vielfalt als Chance, konsequent gegen**
1706 **Rassismus**

1707 • Wir werden dem Thema Integration in der Stadt Frankfurt wieder mehr Gewicht
1708 geben, die Kapazitäten für die Schaffung und Umsetzung von Konzepten gegen
1709 Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Antiziganismus und anderer Formen
1710 gruppenspezifischer Menschenfeindlichkeit mit allen Beteiligten ausbauen sowie die
1711 Integrationsberichterstattung zeitnah fortsetzen und verstetigen.

- 1712 • Wir setzen uns weiterhin auf allen Ebenen dafür ein, allen Menschen, die in unserer
1713 Stadt leben, zumindest das kommunale Wahlrecht zu gewähren.
- 1714 • Wir werden die besonderen Auswirkungen der Corona-Krise auf Menschen mit
1715 Migrationsgeschichte untersuchen und gegensteuern.
- 1716 • Wir setzen den beschlossenen Aktionsplan gegen Rassismus konsequent um und
1717 werden darüber hinaus:
- 1718 ○ neben der für städtische Bedienstete zuständigen Stabsstelle
1719 „Antidiskriminierung“ eine unabhängige Antidiskriminierungsstelle für alle
1720 Bürger*innen einrichten.
 - 1721 ○ Fortbildungsangebote zu interkultureller Kompetenz und Sensibilisierung für
1722 Rassismus für städtische Bedienstete ausbauen und in die Ausbildungspläne
1723 aufnehmen.
 - 1724 ○ uns beim Land Hessen dafür einsetzen, die Themen Rassismus und
1725 Diskriminierung in der Polizeiausbildung zu stärken, entsprechende Schulungen
1726 für alle Polizist*innen verpflichtend zu machen und den Anteil der Menschen mit
1727 sogenanntem Migrationshintergrund bei der Polizei zu erhöhen.
 - 1728 ○ den jährlichen Integrationspreis um eine Kategorie erweitern, in der Aktivitäten
1729 und Engagement gegen Diskriminierung, Rassismus, Antisemitismus und
1730 Islamophobie ausgezeichnet werden.
 - 1731 ○ gemeinsam mit den Einrichtungen Konzepte entwickeln, um
1732 Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen bei der Prävention gegen
1733 Rechtsextremismus und anderen menschenfeindlichen Haltungen zu
1734 unterstützen.
 - 1735 ○ die Beratungsstelle „No More Hate, No More Violence“ gegen Hass und Gewalt
1736 im Netz stärken. (Siehe auch das Kapitel zu Frauenpolitik)
 - 1737 ○ die Kommunale Ausländer*innenvertretung stärken und ihre*r Vorsitzenden bei
1738 den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung einen Platz auf der
1739 Magistratsbank schaffen.
- 1740 • Die Ausländerbehörde muss sich zu einer Willkommensbehörde entwickeln. Wir
1741 wollen außerdem Außenstellen an Universitäten und eine unabhängige
1742 Schlichtungsstelle für Konflikte einrichten.
- 1743 • Wir werden ein Pilotprojekt für ein anonymes Bewerbungsverfahren bei städtischen
1744 Stellenausschreibungen durchführen und auswerten.
- 1745 • Wir werden insbesondere für ältere Menschen mehrsprachige Beratungsangebote
1746 und Schulungen zur Stärkung digitaler Kompetenz schaffen.

- 1747 • Wir werden die Integrationsarbeit in Kitas und Schulen ausbauen, Zugangshürden
- 1748 abbauen, Bildungsgerechtigkeit erhöhen und Sprachförderung stärken.
- 1749 • Wir werden die interkulturelle Stadtteilarbeit stärken, Präventions- und
- 1750 Mediationsarbeit in den Stadtteilen unterstützen, und um digitale Angebote und
- 1751 einen jährlichen „Dialogtag“ der Stadt Frankfurt erweitern.
- 1752 • Wir wollen eine Koordinierungsstelle für ehrenamtlichen „Behörden-Lots*innen“
- 1753 einführen.
- 1754 • Wir setzen uns dafür ein, dass die kritische Auseinandersetzung mit der
- 1755 Kolonialgeschichte Deutschlands angemessenen Raum im Lehrplan an hessischen
- 1756 Schulen bekommt und werden uns auch an geeigneten relevanten Orten in der Stadt
- 1757 mit dieser Geschichte auseinandersetzen.

1758 **Geflüchtete Menschen brauchen Hilfe, keine**

1759 **Zurückweisung**

- 1760 • Wir wollen, dass die Stadt Frankfurt sich ohne Einschränkungen zum Sicherem Hafen
- 1761 erklärt und dem Bündnis Sicherer Hafenstädte sowie dem europäischen Forum
- 1762 „Solidarity Cities“ beiträgt und werden uns auch auf Bundesebene dafür einsetzen,
- 1763 dass solche Erklärungen nicht weiter folgenlos bleiben.
- 1764 • Wir setzen uns auf Landesebene für die schnelle Umsetzung eines
- 1765 Aufnahmeprogramms für Schutzsuchende ein.
- 1766 • Wir wollen die Unterbringung und Integration Geflüchteter evaluieren und die
- 1767 kommunalen Standards überarbeiten. Besonderer Schutz für geflüchtete Frauen,
- 1768 Kinder und LSBT*IQ-Menschen sowie die Integration in Bildung und Arbeit und Hilfe
- 1769 bei der Wohnungssuche werden unabhängig vom Grund des Zuzugs gestärkt,
- 1770 entsprechende Projekte wie „Rainbow Refugees“ werden bedarfsgerecht ausgebaut.
- 1771 • Wir werden Zugangsbarrieren für geflüchtete Frauen zu Deutschkursen und
- 1772 berufsbezogenen Programmen abbauen, die Anerkennungsberatung und Projekte
- 1773 der Migrant*innenökonomie weiter ausbauen.

1774 **LSBT*IQ: Gegen Hass, Diskriminierung und**

1775 **Ausgrenzung, für Akzeptanz und Sichtbarkeit von Vielfalt**

- 1776 • Wir unterstützen die Umsetzung des Hessischen Aktionsplans für Akzeptanz und
- 1777 Vielfalt und werden unter Beteiligung der LSBT*IQ-Communities einen ergänzenden
- 1778 Frankfurter Aktionsplan erarbeiten.

- 1779 • In Frankfurt, dem Zentrum des queeren Lebens in Hessen, soll die
- 1780 Koordinierungsstelle für die Belange von LSBT*IQs im AmkA mehr Maßnahmen
- 1781 umsetzen – z.B. Kampagnen für ein vielfältiges Demokratieverständnis, für die
- 1782 aktive Zivilgesellschaft oder zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit für LSBT*IQ-
- 1783 feindliche Straftaten. Die Beratungs-, Bildungs- und Antidiskriminierungsarbeit
- 1784 existierender Initiativen wollen wir bedarfsgerecht ausstatten und dauerhaft fördern.
- 1785 • Den Internationalen Tag gegen Homo-, Bi-, Inter*- und Trans*feindlichkeit
- 1786 (IDAHOBIT) sowie den Christopher-Street-Day werden wir als zentrale
- 1787 Veranstaltungen für Vielfalt und gegen Hass weiter aktiv unterstützen.
- 1788 • Um lesbische Frauen und Mädchen sichtbarer zu machen, werden das Frauenreferat
- 1789 und die Koordinierungsstelle im AmkA einen partizipativen Prozess zur Entwicklung
- 1790 geeigneter Maßnahmen auflegen. Wir werden einen Preis für lesbische Sichtbarkeit
- 1791 ausloben und die Erforschung der Verfolgung lesbischer Mütter in Frankfurt durch
- 1792 den Entzug des Sorgerechts weiter vorantreiben.
- 1793 • Die Lesben-Informations- und Beratungszentrum (LIBs) und das Kompetenzzentrum
- 1794 MainCheck werden wir dem gestiegenen Bedarf entsprechend ausbauen. Für
- 1795 Regenbogenfamilien wollen wir Familienberatung und Begegnungsmöglichkeiten
- 1796 einrichten.
- 1797 • Wir wollen Alten- und Pflegehilfe und Senior*innenberatungen für die besondere
- 1798 Situation von LSBITQ*s sensibilisieren und in Kooperation mit dem
- 1799 Senior*innenbeirat die besonderen Bedarfe älterer LSBT*IQs ermitteln. Den Bedarf
- 1800 für ein queeres Senior*innenheim oder gemeinschaftliche queere Wohnprojekte
- 1801 wollen wir prüfen.
- 1802 • Wir werden Mittel im Rahmen der Sportförderung mit dem Schwerpunkt Prävention
- 1803 sexualisierter, homo- und transphober Gewalt bei Sportgroßveranstaltungen
- 1804 beantragen.

1805 Gleichstellung für Inter*/diverse Menschen

- 1806 • Wir stellen sicher, dass städtische Formulare „divers“ als dritte Geschlechtsoption
- 1807 beinhalten und in Statistiken und Dokumentationen die Personenstands-Option
- 1808 „divers“ eingeführt wird und erarbeiten Richtlinien dafür, wie in Veröffentlichungen
- 1809 der Stadt der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt z.B. mit dem Genderstern*
- 1810 adäquat sprachlich Ausdruck verliehen werden kann.
- 1811 • Das Thema sexuelle und geschlechtliche Vielfalt und ein informierter und
- 1812 sensibilisierter Umgang mit Anliegen von LSBT*IQs soll in die städtische

- 1813 Verwaltungsausbildung aufgenommen und in städtischen Führungskräfte- und
1814 Beschäftigtenfortbildungen zu Diversity behandelt werden.
- 1815 • Bei Neu- und Umbauten von öffentlichen Gebäuden, Schulen und Sportanlagen
1816 sollen Toiletten und Umkleieräume diskriminierungsfrei z.B. als Unisex- oder
1817 Divers-Räume gestaltet werden.
- 1818 • Wir wollen eine Anlaufstelle für Inter*- und Trans*Kinder unter 14 Jahren schaffen.
1819 Sie sollen Gleichaltrige treffen und – ebenso wie ihre Eltern - qualifizierte Beratung
1820 in Anspruch nehmen können.

1821 **Jungen Frankfurter*innen Gehör verschaffen und eine** 1822 **gute Zukunft sichern**

- 1823 • Den Ausbau eines flächendeckenden Netzes von Begegnungsmöglichkeiten und
1824 offenen Räumen für Kinder und Jugendliche werden wir bei der Planung von
1825 Neubauquartieren konsequent weiterverfolgen.
- 1826 • Den Prozess zur Implementierung eines Jugendparlamentes werden wir zusammen
1827 mit Stadtschüler*innenrat und Jugendring weiter fortsetzen und fördern. Wir wollen
1828 dem Jugendparlament eine wichtige Rolle geben und eine hohe Wahlbeteiligung
1829 auch bei gesellschaftlich benachteiligten Gruppen erreichen.
- 1830 • Wir streben eine Überprüfung und Erhöhung der Mittel, aber auch der Satzung
1831 hinsichtlich der Mitgliedschaft und Mittelverteilung durch den Ring politischer
1832 Jugendorganisationen (RPJ) an. Wir unterstützen das politische Engagement von
1833 Jugendlichen, wollen aber sichergestellt wissen, dass im RPJ faire und sachgerechte
1834 Entscheidungsstrukturen herrschen.
- 1835 • Der städtische Internetauftritt soll künftig auch das „junge Frankfurt“ abbilden.
- 1836 • Mit einem Modellprojekt von Schulen und Polizei wollen wir Hass, Hetze und Cyber-
1837 Mobbing im Netz bekämpfen und werden beim Land Hessen eine Schulkampagne
1838 für die Meldeplattform „Hessen gegen Hetze“ und einen Runden Tisch unter
1839 Einbeziehung von Medienexpert*innen anregen.
- 1840 • Zur Förderung der Teilhabe und der Sichtbarkeit von Jugendlichen werden wir in
1841 Zusammenarbeit mit existierenden Institutionen z.B. Literatur-, Musik-, Rhetorik- u.ä.
1842 Wettbewerbe speziell für junge Menschen ins Leben rufen.
- 1843 • Wir werden endlich die Position eine*s Nachtbürgermeister*in schaffen, die Mittel
1844 dafür sind bereits eingestellt.

1845 **Gute Bildung und Betreuung: Basis für eine gerechte**
1846 **Gesellschaft**

1847 **Infrastruktur ausbauen und modernisieren**

- 1848 • Wir bauen die Schulen und die Betreuungseinrichtungen weiter bedarfsgerecht,
1849 zuverlässig, transparent und in Zusammenarbeit mit Schüler*innen und Eltern aus.
- 1850 • Wir unterstützen Grundschulen dabei, sich für den „Pakt für den Nachmittag“ zu
1851 bewerben. Dabei werden die Schulen insbesondere bei der Suche nach Räumen und
1852 Möglichkeiten zum Mittagessen unterstützt. In Ortsbezirken mit bisher schlechten
1853 Versorgungszahlen werden Runde Tische gegründet, die schnelle, kurzfristige
1854 Lösungen suchen.
- 1855 • Alle bereits angestoßenen Schulprojekte (Neubau und Sanierung) werden schnell
1856 und transparent umgesetzt, das betrifft insbesondere auch Sanierung und Ausbau
1857 von weiterführenden Schulen und Oberstufen. Wir wollen darüber hinaus Potenziale
1858 im Frankfurter Norden, in Fechenheim und an der Mainzer Landstraße untersuchen.
- 1859 • Wir schaffen einen konkreten, transparenten Plan für die Toilettensanierung an
1860 Frankfurter Schulen und setzen mit Konzepten, wie die Hygiene verbessert werden
1861 kann, die Erfahrungen aus der Corona-Krise um. (Siehe auch den Abschnitt zur
1862 Gleichstellung von Inter*- und Trans*-Menschen)
- 1863 • Wir müssen die Frankfurter Schulen dringend digitalisieren: Lernmaterialien müssen
1864 sukzessive digitalisiert werden, Software für verschiedene Lerninhalte soll
1865 schulübergreifend zur Verfügung gestellt werden und Lehrende müssen darin
1866 geschult werden.
- 1867 • Die im Koalitionsstreit untergegangene Ausstattung der Schulen mit
1868 leistungsfähigem WLAN werden wir endlich forcieren – für alle Schultypen.
- 1869 • Wir setzen uns dafür ein, dass Schulentwicklung auf Basis des Hessischen
1870 Referenzrahmens für Schulqualität und der KMK-Strategie "Bildung in der Digitalen
1871 Welt" betrieben wird.
- 1872 • Für die Schulumenschen wollen wir in Zusammenarbeit mit dem Ernährungsbeirat
1873 Frankfurt Konzepte für gesunde Ernährung erarbeiten, Schulen mit entsprechendem
1874 Interesse sollen zum Beispiel bei der Anlage von Gemüsegärten unterstützt werden.
- 1875 • Wir wollen an jeder Schule in ihrem Schulhof ein „Grünes Klassenzimmer“
1876 realisieren und legen dafür ein Förderprogramm auf. Wir werden außerdem prüfen,
1877 ob im Bürgerpark Süd die Möglichkeit zur Schaffung einer Kinder- und Jugendfarm
1878 im Sinne eines Angebots der offenen Bildungsarbeit existiert.

1879 **Motiviert und beteiligt: Lehrer*innen und Erzieher*innen, Eltern,**
1880 **Schüler*innen, Kinder und Jugendliche**

- 1881 • Wir nutzen in den städtischen Einrichtungen alle tarifrechtlichen Möglichkeiten und
1882 setzen uns generell für eine bessere Bezahlung von Erzieher*innen ein.
- 1883 • Wir prüfen gemeinsam mit dem Personalrat und dem Land Hessen neue
1884 Möglichkeiten der beruflichen Weiterentwicklung.
- 1885 • Wir beziehen die Stadtschüler*innenvertretung und den Stadelternbeirat in
1886 bildungspolitischen Fragen stärker ein.
- 1887 • Das Schuldezernat erhebt jährlich, umfassend und digital, welche Art von
1888 Grundschulplätzen sich die Eltern der zukünftigen Grundschulkindern wünschen. Auf
1889 dieser Grundlage wird der Ausbau von Ganztagsplätzen an Grundschulen
1890 entsprechend am Bedarf der Familien ausgerichtet.
- 1891 • Wir loben einen Frankfurter Schulpreis aus, um der wichtigen Arbeit an Schulen
1892 mehr Sichtbarkeit und Wertschätzung entgegen zu bringen.

1893 **Rechte sichern, Teilhabe ermöglichen**

- 1894 • Wir wollen das erfolgreiche Konzept der Kinder- und Familienzentren auch auf
1895 Grundschulen übertragen.
- 1896 • Wir werden eine erneute Informationskampagne auflegen, damit Mittel aus dem
1897 Bildungs- und Teilhabe-Programm der Bundesregierung stärker abgerufen werden.
- 1898 • Zur Umsetzung der Kinderrechte wird eine Frankfurter Ombudsstelle im Frankfurter
1899 Kinderbüro eingerichtet. Diese Ombudsstelle muss bei allen Belangen, die Kinder
1900 betreffen, gehört werden. Das Kinderbüro entwickelt ein Fortbildungskonzept zur
1901 Umsetzung von Kinderrechten in Kinder- und Jugendeinrichtungen.
- 1902 • Wir werden kommunale Förderung insbesondere an Brennpunktschulen
1903 bereitstellen, um flexibel auf den Bedarf der Kinder reagieren zu können. Neben der
1904 Vermittlung von fundierten Deutschkenntnissen für alle Kinder als Grundstein der
1905 weiteren Schullaufbahn sollen insbesondere weitere Angebote zum Spracherwerb
1906 an allen Grundschulen möglich sein.
- 1907 • Wir werden Betreuungseinrichtungen und Schulen dabei unterstützen, gezielt mit
1908 den Fördermitteln des Präventionsgesetzes Gesundheitsförderung in ihren Bildungs-
1909 und Betreuungsalltag zu integrieren.
- 1910 • Wir werden Betreuungseinrichtungen und Schulen dabei unterstützen, den aktiven
1911 Austausch mit Kulturinstitutionen in Frankfurt zu pflegen, um kulturelle Bildung von

1912 den Institutionen in die Einrichtungen und aus den Einrichtungen mit den
1913 Institutionen zu vernetzen.

1914 **Sport: Vielfältig, zugänglich, mit allen**

- 1915 • Wir werden gemeinsam mit Vereinen, Sportkreis, Vertreter*innen aus den Bereichen
1916 Gesundheit und Bildung und weiteren Akteur*innen eine Bedarfsanalyse und daran
1917 anschließend einen Sportentwicklungsplan erarbeiten, um alle Aspekte des Vereins-
1918 und Breitensports angemessen zu berücksichtigen. Dabei werden wir speziell auch
1919 im Bereich Sport die Gleichstellung der Geschlechter und eine aktive Förderung der
1920 Teilhabe von Frauen und Mädchen sowie Akzeptanz von Vielfalt fördern.
- 1921 • Wir werden in der Stadtplanung und bei der Gestaltung von Wegen und Grünanlagen
1922 den nicht vereinsgebundenen Sport berücksichtigen und entsprechende Nutzungen
1923 vorsehen und fördern. Alle Bürger*innen sollen die Möglichkeiten haben, diese
1924 Gelegenheit zu nutzen.
- 1925 • Wir schaffen vermehrt Sportanlagen im Freien bzw. Sportplätze, die
1926 vereinsungebunden, niedrighschwellig und kostenfrei zur Verfügung stehen.
- 1927 • Wir prüfen den Bedarf und das aktuelle Angebot an Nutzungs- und Belegzeiten für
1928 Turnhallen und für weitere sporttaugliche Räume. Wir erstellen eine Übersicht über
1929 alle in Frage kommenden kommunalen, privaten und vereinseigenen Räumlichkeiten
1930 und entwickeln transparente Kriterien für die Vergabe. Die Vergabe aller städtischen
1931 Sportstätten und -anlagen wird an zentraler Stelle gebündelt und im Sinne der
1932 Sportvereine und der Sporttreibenden geregelt.
- 1933 • Jedes Kind aus einer Familie mit Frankfurt-Pass bekommt zum Beginn des letzten
1934 Kita-Jahres einen zeitlich befristeten Gutschein für die Teilnahme an einem
1935 kostenlosen Schwimmkurs in einem der Hallenbäder der Stadt.
- 1936 • Die Stadt Frankfurt bewirbt sich für das "Host-Town-Programm 180 Nationen - 180
1937 inklusive Kommunen" im Rahmen der Special Olympics 2023 und weitet das schon
1938 bestehende Netzwerk „Aktiv bis 100“ für spezielle Kurse für Demenzerkrankte aus.
- 1939 • Wir prüfen gemeinsam mit Vereinen und Initiativen die Schaffung von besonderen
1940 Sportangeboten für LSBT*IQ -Kinder und Jugendliche, die auch Schutzräume vor
1941 Diskriminierung und Stigmatisierung bieten können.
- 1942 • Wir prüfen eine erweiterte Unterstützung von engagierten Ehrenamtlichen aus dem
1943 Förderprogramm „Sport und Flüchtlinge“ durch zusätzliche
1944 Aufwandsentschädigungen und die Finanzierung von Sachmitteln und Ausbildungs-
1945 und Qualifizierungsmaßnahmen.

- 1946 • Wir prüfen gemeinsam mit dem Sportkreis, entsprechenden Vereinen und anderen
- 1947 Expert*innen die aktuellen Erfahrungen von und mit eSport-Aktiven. Im Rahmen von
- 1948 Pilotprojekten wollen wir klären, wie eSport in Zukunft gefördert werden kann und
- 1949 uns auch auf Landes- und Bundesebene für unbürokratische Strukturen, vergleichbar
- 1950 mit denen für andere Sportvereine, einsetzen.
- 1951 • Wir prüfen im Rahmen der fair trade-Aktivitäten der Stadt, inwieweit auch im Sport
- 1952 Potenziale für mehr fair hergestellte und gehandelte Produkte vorhanden sind und
- 1953 wie entsprechende Initiativen unterstützt werden können.

1954 **Soziale Stadt: Zuverlässig, zielgenau, diskriminierungsfrei**

1955 **Kinderarmut gefährdet die Zukunft**

- 1956 • Zu Kindern und Jugendlichen, die in der offenen Jugendarbeit betreut werden, sollen
- 1957 die Mitarbeiter*innen künftig auch Pandemie-Situationen mit
- 1958 Kontaktbeschränkungen aktiv Kontakt halten und bei Bedarf Unterstützung einleiten
- 1959 können (Essens-Versorgung, Familien-Hilfe bei innerfamiliären Konflikten und Lern-
- 1960 Begleitung). Dafür werden wir mit den Trägern der Kinder- und Jugendhilfe
- 1961 geeignete Konzepte entwickeln.
- 1962 • Die Infrastruktur der offenen Kinder- und Jugendarbeit werden wir parallel mit der
- 1963 wachsenden Stadt ausbauen. In jedem neuen Stadtteil soll es künftig von Beginn an
- 1964 die nötigen Angebote geben.
- 1965 • Aufgrund bürokratischer Hürden wurden in Frankfurt zuletzt nur 50 % der
- 1966 Leistungen, die bedürftigen Kindern und Jugendlichen nach dem Bildungs- und
- 1967 Teilhabepaket der Bundesregierung zustehen (Nachhilfe, Musik, Sport und Spiel in
- 1968 Vereinen u.a.), abgerufen. Wir wollen, dass sich die Frankfurter Quote deutlich
- 1969 erhöht.
- 1970 • Kinder und Jugendliche aus Familien mit Frankfurt-Pass sollen mindestens einmal
- 1971 jährlich kostenlos an einer Ferienfreizeit teilnehmen können.
- 1972 • Wir werden den derzeit in mehr als 40 Einrichtungen angebotenen "Pädagogischen
- 1973 Mittagstisch" deutlich ausbauen.

1974 **Erfolgsmodell Frankfurt-Pass**

- 1975 • Die Einkommensgrenzen des Frankfurt Passes werden wir regelmäßig an die
- 1976 Entwicklung der Durchschnittseinkommen und Renten anpassen und den Frankfurt-
- 1977 Pass zu einem flexiblen Instrument entwickeln, das an aktuellen sozialpolitischen
- 1978 Entwicklungen ausgerichtet werden kann.

- 1979 • Frankfurt-Pass-Inhaber*innen sollen freien Eintritt in städtische Einrichtungen wie
- 1980 Museen, Palmengarten, Zoo und Schwimmbäder erhalten.
- 1981 • Perspektivisch wollen wir Frankfurt-Pass-Inhaber*innen die kostenlose Nutzung des
- 1982 ÖPNV in Frankfurt ermöglichen.
- 1983 • Wir wollen mit der Mainova einen Modellversuch zum Umgang mit Energieschulden
- 1984 und zur Vermeidung von Energiesperren auf Grundlage der Vorschläge, die die
- 1985 Nationale Armutskonferenz dazu 2018 erarbeitet hat, auflegen.

1986 **Inklusion: Erleichtern**

- 1987 • Wir werden die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention auf kommunaler
- 1988 Ebene weiter vorantreiben, u.a. durch generell barrierefreie Kommunikation und
- 1989 Information auf allen Internetseiten der Stadt, möglichst barrierefreie Angebote bei
- 1990 allen öffentlichen Leistungen und durch die Weiterentwicklung der Stadt als
- 1991 inklusive Arbeitgeberin.
- 1992 • Wir werden in Kooperation mit der Stabsstelle Inklusion und unter Einbeziehung der
- 1993 bestehenden unabhängigen Inklusionsberatungsstelle in Sozialrathäusern
- 1994 ganzheitliche Kompetenzstellen ausbilden, bei denen betroffene Eltern oder
- 1995 behinderte Menschen selbst Hilfe aus einer Hand finden, anstatt sich zu jedem
- 1996 Thema mit einem anderen Amt oder Verein in Verbindung setzen zu müssen.
- 1997 • Wir prüfen die Einführung von Inklusionsbeauftragten auch in den Stadtteilen, um
- 1998 eine begleitende und bewussteinbildende Funktion bei der Schaffung von
- 1999 inklusiven Angeboten zu übernehmen. Sie können die Interessen der Betroffenen in
- 2000 Ortsbeiräten und gegenüber der Stadtverwaltung vertreten und auf Bedarfe
- 2001 aufmerksam machen.
- 2002 • Für und mit Frauen mit Behinderungen werden wir ein spezifisches
- 2003 Beratungsangebot schaffen, ein Gewaltschutz-Programm entwickeln und
- 2004 Treffpunkte einrichten.
- 2005 • Wir werden in der ambulanten Jugendhilfe ein sektorenübergreifendes Projekt mit
- 2006 spezifischen Hilfsangeboten für Kinder und Jugendliche, deren Eltern oder ein
- 2007 Elternteil chronisch erkrankt oder pflegebedürftig sind, entwickeln - mit
- 2008 altersgerechter Begleitung, Beratung sowie praktischer, psychologischer und sozialer
- 2009 Unterstützung durch das Jugend- und Sozialamt und/oder das Gesundheitsamt. Ziel
- 2010 ist dabei, die Kinder und Jugendlichen zu entlasten und die Familie für
- 2011 kontinuierliche Hilfe durch externe Fachkräfte zu öffnen.

2012 **Altern: Unterstützt, in Würde und in Gemeinschaft**

- 2013 • Alten Menschen wollen wir durch die Entwicklung von Quartierskonzepten ein
2014 lebenswertes Umfeld bis ins hohe Alter erhalten. Dazu gehören wohnortnahe
2015 Einkaufsmöglichkeiten, öffentliche Toiletten, Bänke und Sitzgelegenheiten auch
2016 entlang von Einkaufsstraßen, neue Wohnformen, geförderte
2017 Senior*innenwohnungen, kultursensible ambulante Pflege, aufsuchende
2018 Suchtberatung und Nachbarschaftshilfe im vertrauten Umfeld.
- 2019 • Die Mittel für das "Frankfurter Programm Würde im Alter" werden stufenweise
2020 ausgeweitet. Zum Ende der Wahlperiode sollen alle Einrichtungen daran teilnehmen
2021 können. Mit den Verbänden der Wohlfahrtspflege werden wir die Situation in den
2022 Frankfurter Altenheimen auf ihre Bedarfe überprüfen und die Angebote
2023 weiterentwickeln.
- 2024 • Die Stadt Frankfurt gründet nach Hamburger Beispiel eine "Allianz für Care-Berufe",
2025 um das Image von Care-Berufen nachhaltig zu steigern, die Rhein-Main-
2026 Metropolregion als attraktiven Standort für Care-Angebote zu festigen, gemeinsame
2027 Standards und gute Arbeitsbedingungen in Care-Berufen zu sichern,
2028 Ausbildungsplätze in Care-Berufen massiv auszubauen, den Anteil von Männern in
2029 Care-Berufen zu steigern und ausländische Fachkräfte zu integrieren.
- 2030 • In einem Frankfurter Pflegeheim werden wir in einem wissenschaftlich begleiteten,
2031 mehrjährigen Modellversuch erforschen, wie sich Zufriedenheit, Gesundheit,
2032 Lebensqualität und Leistungsfähigkeit der Mitarbeiter*innen bei einer 4-Tage-
2033 Woche mit 32 Stunden Arbeitszeit und bei gleichem Gehalt verändern und welche
2034 Auswirkungen auf die Wirtschaftlichkeit und Pflegequalität des Heimes sich
2035 ergeben.

2036 **Angebote für besondere Bedarfe ausbauen und zuverlässig**
2037 **aufrechterhalten**

- 2038 • Wir wollen für obdachlose oder wohnungslose Menschen, die akut erkrankt sind
2039 oder nach einem Krankenhausaufenthalt wieder zu Kräften kommen wollen, eine
2040 Pflegewohnung bereitstellen, in der sie medizinisch und pflegerisch versorgt und
2041 psychosozial betreut werden können.
- 2042 • Die vielfältigen, in den vergangenen Jahren aufgebauten Angebote für Menschen
2043 ohne Krankenversicherung bzw. ohne gesicherten Aufenthaltsstatus werden
2044 fortgeführt und ausgeweitet. Die Stadt Frankfurt beteiligt sich an einem
2045 Modellprojekt des Landes Hessen für einen anonymen Krankenschein.

- 2046 • Das Modellprojekt Checkpoint Frankfurt wird dauerhaft etabliert und
2047 bedarfsdeckend ausgebaut.
2048 • Das erfolgreiche Angebot der Frühen Hilfen werden wir insbesondere für Kinder von
2049 psychisch oder abhängigkeiterkrankten Eltern ausbauen.

2050 **Gesundheit: Umfassend denken, zuverlässig umsetzen**

2051 **Aus Corona lernen, öffentliche Angebote stärken**

- 2052 • Den Öffentlichen Gesundheitsdienst, dessen Bedeutung gerade in der aktuellen
2053 Corona-Krise deutlich geworden ist, werden wir unter Berücksichtigung der
2054 Erfahrungen personell und finanziell stärken. Wir werden die vorhandenen
2055 Pandemiepläne weiterentwickeln und sichtbar gewordene Defizite abbauen (wie z.B.
2056 im Zusammenwirken der verschiedenen Hilfe- und Versorgungssysteme). Zur
2057 Stärkung werden wir insbesondere auch die Chancen der Digitalisierung nutzen.
- 2058 • Hunderte von Unternehmen mit hunderttausenden von Mitarbeiter*innen haben in
2059 Frankfurt ihren Sitz. Deren Gesundheit zu erhalten ist auch Aufgabe des
2060 betrieblichen Gesundheitsmanagements. Wir wollen es gemeinsam mit den
2061 Krankenkassen, den Unternehmerverbänden und der IHK vorantreiben.
- 2062 • Die eingeleiteten Aktivitäten zur Behebung von Mangelsituationen im
2063 Gesundheitswesen werden wir fortsetzen und weitere Maßnahmen, insbesondere im
2064 Hinblick auf die gesundheitliche Versorgung vor Ort, durch ein
2065 sektorenübergreifendes Zusammenwirken auf den Weg bringen.
- 2066 • Das Konzept einer gemeindenahen und sozialpsychiatrischen Versorgung der
2067 Frankfurter Bevölkerung wird unter Einbeziehung aller Akteur*innen
2068 weiterentwickelt. Dabei werden die Empfehlungen aufgenommen, die in dem
2069 Gutachten zur Aufarbeitung der durch den Team-Wallraff-Bericht deutlich
2070 gewordenen Missstände formuliert wurden.
- 2071 • Die Erfahrungen aus den Modellprojekten zur Suizidprävention (Frans und Frappee)
2072 wollen wir weiterführen.
- 2073 • Die vielfältigen Angebote gesundheitlicher Selbsthilfe werden als Ergänzung und in
2074 Kooperation mit den professionellen Versorgungsangeboten weiter unterstützt.
- 2075 • Das Modellprojektes „Gut Geht’s“ mit seinen stadtteilbezogenen
2076 Gesundheitskonferenzen und Präventionsprojekten werden wir fortführen und
2077 ausweiten.
- 2078 • Notaufnahmen von Krankenhäusern werden vermehrt mit relativ leichten
2079 Beschwerden aufgesucht. Das führt zu Mehrbelastungen und im schlimmsten Fall

2080 zur Verlangsamung der Behandlung tatsächlicher Notfälle. In Kooperation mit der
2081 Kassenärztlichen Vereinigung werden wir deshalb das erfolgreiche Modellprojekt
2082 des Klinikums Höchst "Schneller Erstkontakt" zur qualifizierten
2083 Patient*innensteuerung auf andere Frankfurter Krankenhäuser ausweiten und
2084 sektorenübergreifende Angebote der gesundheitlichen Versorgung, insbesondere im
2085 Bereich der Notfallversorgung, unterstützen.

2086 **Ernährung: Entscheidender Baustein für gesundes Leben**

- 2087 • Die Stadt fördert den Ernährungsrat institutionell und bei seinen Projekten und
2088 entwickelt in Zusammenarbeit mit dem Ernährungsrat eine kommunale
2089 Ernährungsstrategie.
- 2090 • Für das Thema Ernährung wird eine Anlaufstelle eingerichtet, die die bisherigen
2091 Ansätze aus Energiereferat, Bildung und Gesundheit koordiniert und für Initiativen,
2092 Institutionen und Bürger*innen ansprechbar ist.
- 2093 • In einem zu gründenden „House of Food“ werden u.a. Schulungen zur gesunden
2094 regionalen Ernährung für Schüler*innen, Köch*innen und andere, die an der
2095 Gemeinschaftsverpflegung mitwirken, angeboten. Auch die Gastronomie kann sich
2096 dort weiterbilden.
- 2097 • Die Stadt legt künftig einen Mindestanteil an regional produzierten Bioprodukten
2098 bei allen Ausschreibungen für Verpflegung in städtischen und stadtnahen
2099 Einrichtungen fest.
- 2100 • Vegetarische und vegane Optionen sollen in der städtischen und von der Stadt
2101 geförderten Gemeinschaftsverpflegung immer Teil des Angebotes sein.
- 2102 • Die Leitlinien für Leistungsanbieter werden ergänzt um Vorgaben für gesunde
2103 Lebensmittel aus der Region und die Zuschlagskriterien um das Kriterium niedrige
2104 CO₂-Emissionen, auch in der Lieferkette.

2105 **Drogenpolitik: Den Frankfurter Weg fortentwickeln**

- 2106 • Wir stehen entschieden für die Fortentwicklung des Frankfurter Wegs in der
2107 Drogenpolitik: Abhängigkeit ist eine Krankheit, Drogennutzer*innen brauchen
2108 Hilfsangebote.
- 2109 • Wir werden ein Konzept zur Eindämmung von Konflikten im öffentlichen Raum
2110 insbesondere im Zusammenhang mit Drogenabhängigkeit einführen. Alle an
2111 Konflikten beteiligten Gruppen werden in die Konfliktlösung miteinbezogen. Diese
2112 schafft Sicherheit für alle und macht Vertreibungsstrategien überflüssig.

- 2113 • Wir schlagen Brücken aus dem Bahnhofsviertel, indem wir Drogenhilfeangebote
2114 außerhalb der Innenstadt gezielt durch ganzheitliche und umfassende Angebote für
2115 die Abhängigen stärken.
- 2116 • Die Konsumräume setzen ihre wichtige Arbeit fort, der Konsumraum im
2117 Krisenzentrum Eastside im Osthafengebiet wird künftig rund um die Uhr an sieben
2118 Tagen die Woche geöffnet sein. Außerhalb des Bahnhofsviertels werden wir zudem
2119 ein niedrigschwelliges variables Angebot für riskant und hochfrequent Crack
2120 konsumierende Frauen schaffen.
- 2121 • Wir prüfen, Kleinhandel mit Drogen künftig in bestimmten Drogenhilfeeinrichtungen
2122 im Bahnhofsviertel zu dulden, um Konsument*innen von der Straße zu holen.
- 2123 • Wir wollen Modellprojekte für die kontrollierte Vergabe von Crack an
2124 schwerstabhängige Konsument*innen und für ihre Behandlung mit medizinischem
2125 Cannabis auf den Weg bringen.
- 2126 • Wir wollen das Angebot an niedrigschwelliger Substitution und Heroinevergabe in
2127 geeigneter Weise gezielt und bedarfsgerecht erweitern und entwickeln ein Projekt,
2128 das Hilfen für akut drogenkonsumierende Suchtkranke und psychiatrische
2129 Versorgung integriert und Abstinenz nicht zur Voraussetzung macht.
- 2130 • Wir stärken die aufsuchende Sozialarbeit auf Straßen, Plätzen, B-Ebenen des
2131 Bahnhofsviertels und machen sie sichtbarer, um das Sicherheitsgefühl der
2132 Bewohner*innen und Passant*innen zu erhöhen.
- 2133 • Wir legen ein Modellprojekt zur besseren Verzahnung von Justiz und Sozialsystem
2134 auf, das haftentlassene Drogennutzer*innen mittels vernetzter medizinischer und
2135 sozialer Hilfen direkt auffängt.
- 2136 • Wir starten mit umliegenden Kommunen und Kreisen eine Initiative für einen
2137 „Drogenhilfeplan Rhein-Main“ für dezentrale Drogenhilfeangebote.
- 2138 • Wir ergreifen und moderieren die Initiative für ein städteübergreifendes Cannabis-
2139 Modellprojekt mit bundesweiter Wirkung und wollen damit Verbraucher*innenschutz
2140 und einen regulierten Zugang für Erwachsene erreichen.
- 2141 • Kriminalisierung von Drogenkonsum behindert die Arbeit der Drogenhilfe, daher
2142 müssen ordnungspolitische und gesetzliche Rahmenbedingungen auf Bundesebene
2143 geändert werden. Dafür werden wir uns einsetzen.
- 2144 • Zur Quartiersentwicklung im Bahnhofsviertel mit dem Ansatz “Stadt für alle” werden
2145 wir eine innovative und produktive Form der Beteiligung von Bürger*innen
2146 umsetzen. Für die Konzeptentwicklung und Implementierung werden wir ein
2147 städtisches Koordinationsbüro etablieren.

GLEICH BERECHTIGT!

2148

2149 „Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche
2150 Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die
2151 Beseitigung bestehender Nachteile hin.“

2152 So formuliert es gleich der dritte Artikel unseres Grundgesetzes, das im Jahr 2019
2153 seinen 70sten Geburtstag gefeiert hat. Dieser Artikel ist Bekenntnis und Auftrag, er
2154 formuliert einen Zustand, der aber nach wie vor nicht erreicht ist. Für uns GRÜNE ist die
2155 Frauenbewegung eine unserer Wurzeln, wir haben als erste Partei eine konsequente
2156 Frauenquote von 50 % eingeführt und halten an diesem Erfolgsmodell fest. Aber wir
2157 sind natürlich angetreten, nicht nur unsere Partei gleichberechtigt zu gestalten, sondern
2158 auch den Auftrag des Grundgesetzes umzusetzen.

2159 Im Sinne des ersten Satzes des Zitats oben finden sich in allen Kapiteln dieses
2160 Programms alle Geschlechter gleichberechtigt wieder. Wer also nach gleichberechtigter
2161 Politik sucht, wird bei uns natürlich nicht nur in der Frauenpolitik fündig.

2162 Aber im Sinne des zweiten Satzes des Zitats ist es Auftrag, aktiv etwas für tatsächliche
2163 Gleichberechtigung zu tun. Im Sinne dieses Auftrags gibt es auch in einem grundsätzlich
2164 gleich berechtigten Programm ein Kapitel, das sich ausdrücklich der Frauenpolitik
2165 widmet. Das Grundgesetz sieht vor allem den Staat in dieser Verantwortung. Wir
2166 erweitern das und nehmen auch die Gesellschaft und ihre Akteur*innen in die Pflicht.
2167 Denn am Ende ist eine gleichberechtigte Gesellschaft nicht nur ein Gebot und eine
2168 moralische Selbstverständlichkeit, sondern sie ist auch stabiler und erfolgreicher als
2169 andere Modelle.

2170 Wie weit wir nach wie vor von tatsächlicher Gleichstellung entfernt sind, hat uns auch
2171 die Corona-Krise wieder vor Augen geführt. Wieder waren es in erster Linie Frauen, die
2172 die „Care-Arbeit“ zu übernehmen hatten. Wieder standen in erster Linie Frauen unter
2173 Druck, ihre Berufstätigkeit zu reduzieren, um die Betreuung von Kindern oder
2174 Angehörigen sicherzustellen. Und wieder drängten auch in der Politik Männer
2175 breitbeinig in den Vordergrund, die sich als Retter der Nation aufspielten – aber im
2176 Gegensatz dazu sind die Staaten, in denen der Einfluss von Frauen auf die Politik hoch
2177 ist, besser durch die Krise gekommen als Staaten, in denen Testosteron Teil der
2178 offiziellen Staatsräson zu sein scheint.

2179 **Gleichberechtigung überall**

2180 Gleichberechtigung muss überall der Maßstab sein – in allen Lebenslagen und auf allen
2181 Ebenen. Und Gleichberechtigung beginnt vor Ort. Frankfurt hat bereits 2012 die
2182 Europäische Charta der Gleichstellung auf lokaler Ebene unterzeichnet und wir werden
2183 deren Umsetzung weiter fortsetzen. Gleichberechtigung hat auch institutionelle
2184 Voraussetzungen. Solange Familie und Beruf schlecht vereinbar sind, haben meist
2185 Frauen das berufliche Nachsehen. Das führt für sie nicht nur zu Unterbrechungen von
2186 beruflichen Karrieren, sondern zu nachhaltigen und andauernden vor allem finanziellen
2187 Nachteilen. Wir wollen weiter daran arbeiten, dass Familie und Beruf gut vereinbar sind.
2188 Und wir wollen auch weiter sowohl die Männer als auch die Arbeitgeber*innen davon
2189 überzeugen, dass Familienzeit auf Kosten des beruflichen Engagements nicht
2190 automatisch eine Sache von Frauen sein muss – und dass sich eine solche Entscheidung
2191 nicht auf die gesamte berufliche Laufbahn und damit auf die Altersversorgung
2192 auswirken darf. Das alles gilt für alle möglichen Familien-Modelle: von Mutter-Vater-
2193 Kind über Alleinerziehende und Patchwork- und Regenbogenfamilien bis hin zur
2194 erweiterten Familie im Sinne von Sorgen für nahe Angehörige wie die eigenen Eltern.

2195 Gleichberechtigung ist nicht selbstverständlich, deshalb fordert ihre Umsetzung
2196 Aufmerksamkeit. Die verlangen wir auch allen Arbeitgeber*innen und Unternehmen ab.
2197 Die Stadt als Arbeitgeberin hat hier neben privaten Arbeitgeber*innen besonderes zu
2198 leisten. Wir werden weiter darauf achten, dass auch Führungspositionen
2199 gleichberechtigt vergeben werden – bei der Stadt, in den Gesellschaften, auf die die
2200 Stadt Einfluss hat, aber auch in Frankfurter Unternehmen. Und nicht zuletzt setzen wir
2201 die Bemühungen fort, sowohl Mädchen und Frauen für mathematisch-
2202 naturwissenschaftlich-technische oder Ingenieursberufe (die sogenannten MINT-Berufe)
2203 zu begeistern, als auch Jungen für die sogenannten Care-Berufe im sozialen,
2204 pflegerischen, hauswirtschaftlichen und Gesundheits-Bereich. Von der gleich
2205 berechtigten Besetzung profitieren in beiden Fällen nicht nur die Arbeitnehmer*innen,
2206 sondern auch die Kund*innen und die Produkte und damit die Unternehmen.

2207 Schließlich ist Gleichberechtigung und finanzielle Eigenständigkeit auch eine Frage der
2208 richtigen Information und der Planung. Nach wie vor ist vielen Mädchen und Frauen zu
2209 wenig bewusst, welche langfristigen Auswirkungen manche berufliche und
2210 familienplanerische Entscheidung hat. Auch das trägt zur Altersarmut von Frauen bei.
2211 Wir werden die Kompetenzen und das Selbstbewusstsein von Mädchen und Frauen auch
2212 in dieser Hinsicht stärken.

2213 **Bewusst machen: Alle Leistungen würdigen,**
2214 **alle Perspektiven berücksichtigen**

2215 Oft genug sind Frauen in den gleichen Berufen tätig wie Männer, sind aber dennoch
2216 weniger präsent und werden weniger wahrgenommen. Wir wollen das ändern. Wir
2217 wollen im Gegenteil auch in solchen Fällen deutlich machen: Frauen können das. Das
2218 ist eine Nachricht nicht nur an die Männer, die nach wie vor überrascht sind, sondern
2219 vor allem auch an Mädchen und andere Frauen, die Vorbilder brauchen. Denn die
2220 Rollenbilder prägen die Rollen, und trotz Kanzlerin haben es Frauen nach wie vor nicht
2221 nur in der Politik schwerer, als selbstverständlich wahrgenommen zu werden. Frauen
2222 sind Komponistinnen, schreiben Theaterstücke ebenso wie wissenschaftliche Artikel,
2223 sind Bildhauerinnen und Malerinnen, bauen Brücken und Kraftwerke, fahren
2224 Rennwagen, Busse, U-Bahnen und Müllwagen und kommandieren Schiffe. Wir wollen an
2225 solche Frauen stärker erinnern, wir wollen, dass das alle Menschen wissen. Und wir
2226 wollen, dass es selbstverständlich wird.

2227 Nicht nur die nach wie vor existierenden unterschiedlichen Tendenzen bei der
2228 Berufswahl tragen zu Ungleichheit zwischen den Geschlechtern bei, sondern auch die
2229 unterschiedliche Wahrnehmung von Leistungen auch jenseits der „offiziellen“
2230 Arbeitswelt. Große Teile der individuell und gesellschaftlich absolut unabdingbaren
2231 Arbeit der Kontaktpflege und der Unterstützung im Alltag werden nicht nur nicht
2232 entlohnt, sondern sie sind auch nicht sichtbar, werden nicht als Leistung erfasst. Das
2233 trägt viel zur immer noch vorhandenen strukturellen Diskriminierung bei, und wir
2234 werden zu selbstverständlicher Gleichberechtigung nur kommen, wenn diese
2235 strukturelle Diskriminierung aufhört. Wir wollen alle Leistungen würdigen und alle
2236 Perspektiven berücksichtigen.

2237 **Sexismus, Hass und Gewalt bekämpfen**

2238 Sexismus, geschlechtsspezifischer Hass und Gewalt gegenüber Frauen sind Angriffe
2239 nicht nur auf die betroffenen Individuen, sondern es sind Angriffe auf die
2240 Menschenwürde und eine Herausforderung für uns alle. Mit der Istanbul-Konvention hat
2241 sich auch Deutschland zur Hilfe bei geschlechtsspezifischer Gewalt gegenüber Frauen
2242 und Mädchen verpflichtet. Wir werden sicherstellen, dass die Strukturen sowohl für die
2243 akute Hilfe in Notlagen, als auch für die Nachsorge und die Vorsorge gesichert und
2244 ausgebaut werden und diese Leistungen als gesellschaftliche Pflichtaufgaben verortet

2245 werden. Hierbei ist es uns wichtig, dass diese Strukturen auch für besonders vulnerable
2246 Gruppen wie geflüchtete Frauen und Mädchen, behinderte Frauen und Mädchen und für
2247 Kinder aus sozial benachteiligten Familien zugänglich und sensibel sind.

2248 Ein weites Feld für sexualisierten Hass ist das Internet. Hier werden Frauen, aber auch
2249 Angehörige von LSBT*IQ- und anderen Gruppen bevorzugt angegriffen. Wir begrüßen
2250 ausdrücklich die Initiativen, die das Land Hessen und insbesondere das GRÜN geführte
2251 Sozialministerium ergriffen haben, um Betroffenen Unterstützung zugänglich zu
2252 machen und Täter zu verfolgen. Wir werden in Frankfurt bedarfsgerechte Unterstützung
2253 etablieren und dafür sorgen, dass Mitarbeiter*innen aller Anlaufstellen zu diesen stark
2254 zunehmenden Phänomenen geschult sind und entsprechend reagieren können.

2255 **My body, my choice: Reproduktive** 2256 **Selbstbestimmung gewährleisten**

2257 Eines der elementaren Menschenrechte ist die reproduktive Selbstbestimmung. Wir
2258 haben in Frankfurt erlebt, wie selbsternannte Lebensschützer*innen betroffenen Frauen
2259 (und Männern) den Zugang zu Beratungsstellen erschwert haben. Wir GRÜNE haben
2260 gemeinsam mit vielen engagierten Menschen und unterschiedlichen Institutionen das
2261 Bündnis „Frankfurt für Frauen*rechte“ ins Leben gerufen und mit Demonstrationen,
2262 Petitionen und über politischen Druck am Ende erreichen können, dass der
2263 ungehinderte Zugang zur Sexual- und Schwangerenkonfliktberatung gewahrt bleibt. Die
2264 hessische Landesregierung hat auch hier am Ende mit Hinweisen zur Rechtslage und
2265 zur Auslegung durch die Genehmigungsbehörden entscheidend mitgewirkt. Wir werden
2266 weiter darauf achten, dass diese Rechte in Anspruch genommen werden können.

2267 **Gleichberechtigung, jetzt!**

2268 Wir stehen für Gleichberechtigung, jetzt. Wir stehen damit zum Grundgesetz und zu den
2269 Menschenrechten. Und wir wissen zugleich: Diese Selbstverständlichkeit ist nicht
2270 selbstverständlich, sie bedarf des fortwährenden Engagements. Wir begreifen dieses
2271 Engagement als eine Aufgabe nicht nur der betroffenen Frauen und Mädchen, sondern
2272 als eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft und ihrer Institutionen. Es ist ein
2273 gesellschaftlicher Kampf, der uns alle betrifft. Und es wird auch in Zukunft nötig sein,
2274 nicht nur gleichberechtigte Wahlprogramme zu schreiben, sondern auch im Rahmen von
2275 Mädchen- und Frauenpolitik dafür zu sorgen, dass Gleichberechtigung vorankommt und
2276 für die Angebote auch die nötigen Mittel und Ressourcen bereitgestellt werden.

2277 **Für folgende Maßnahmen stehen wir:**

2278 **Gleichstellung im Beruf erreichen**

- 2279 • Wir werden die Umsetzung der Europäischen Charta der Gleichstellung auf lokaler
2280 Ebene als dauerhaften, partizipativen Prozess mit den notwendigen personellen und
2281 finanziellen Ressourcen im Frauenreferat fortsetzen. Ausgehend vom ersten
2282 Aktionsplan „Frankfurt wird gerechter - Woman in work“ werden weitere
2283 Aktionspläne entwickelt und umgesetzt, insbesondere mit dem Themenschwerpunkt
2284 stereotype Rollenbilder.
- 2285 • Zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie muss sich die Situation
2286 der städtischen Kitas verbessern: Mehr Plätze, mehr Erzieher*innen und eine bessere
2287 Informationspolitik sind nötig.
- 2288 • Wir wollen Transparenz darüber erreichen, wie in Unternehmen die
2289 Führungspositionen zwischen Männern und Frauen verteilt sind und wie die
2290 Vereinbarkeit von Beruf und Familie sichergestellt wird. Daraus wollen wir weitere
2291 Strategien und Maßnahmen ableiten.
- 2292 • Wir werden Anreizsysteme für Unternehmen prüfen, sich für Gleichstellung zu
2293 engagieren - durch Preise oder andere Möglichkeiten, positive Beispiele sichtbar zu
2294 machen.
- 2295 • Um Mädchen für MINT-Berufe zu begeistern, werden wir Kooperationsmöglichkeiten
2296 wie "Komm, mach MINT" prüfen und eigene Aktionen der Stadt anstoßen
2297 (Wettbewerbe, Infotage, Mentor*innenprogramme, Kooperationen mit Firmen).
2298 Parallel dazu wollen wir bislang eher klassische Frauenberufe für Jungs attraktiver
2299 machen.
- 2300 • Wir wollen gezielte Informations- und Bildungsbausteine zu Fragen der Berufs- und
2301 Lebensplanung, Berufsbildern, Einkommensperspektiven, Interessengebieten und
2302 Selbständigkeit/Gründung etablieren.
- 2303 • Wir werden Angebote etablieren, um die Finanzkompetenz insbesondere von
2304 Mädchen und Frauen zu stärken und damit der Altersarmut von Frauen
2305 entgegenzuwirken. Entsprechende Angebote wird es auch für die Mitarbeiterinnen in
2306 der Stadtverwaltung und bei städtischen Gesellschaften geben.

2307 Frauen sichtbar machen und beteiligen: In allen

2308 Lebensbereichen

- 2309 • Kommunale Museen und Bühnen sollen, ähnlich wie die Tate Modern, die 2019 ein
2310 Jahr lang nur Werke von Frauen ausstellte, mit entsprechenden Projekten
2311 Leuchttürme für Gleichstellung werden. Zudem sollen sie Maßnahmen entwickeln,
2312 um Gleichstellung dauerhaft zu fördern.
- 2313 • In die städtische Vorschlagsliste für die Benennung von Straßen und Plätzen werden
2314 nur noch Frauennamen aufgenommen, bis diese 50 % der Vorschläge umfassen. Wir
2315 setzen uns in den Ortsbeiräten dafür ein, dass diese eine solche Quotierung auch bei
2316 der Ausübung ihres Rechtes auf die Benennung von Straßen und Plätzen konsequent
2317 umsetzen. Auch bei der Benennung von Parks und Schulen sollen Frauen
2318 konsequent Berücksichtigung finden.
- 2319 • Wir werden darauf hinwirken, dass bei städtischen Veranstaltungen Podien
2320 grundsätzlich zur Hälfte mit Frauen besetzt werden. Veranstaltungen, auf denen
2321 ausschließlich Männer als Experten sprechen, sollen künftig vermieden werden.
- 2322 • Wir wollen in einer wissenschaftlich begleiteten, partizipativ und diversitätssensibel
2323 durchgeführten Pilotstudie Gewalt- und Lebensverhältnisse und Bedarfe von
2324 Mädchen und jungen Frauen erforschen. Anhand der Ergebnisse werden wir im
2325 Sinne geschlechtergerechter Jugendhilfeplanung Angebote konzipieren.
- 2326 • Wir wollen mit geschlechterspezifischer Datentransparenz die aktuell bestehende
2327 Daten- und Wissenslücke schließen, die systematisch zur Diskriminierung von
2328 Frauen führt. In den städtischen Strukturen und Verantwortungsbereichen soll dazu
2329 ein methodisches Vorgehen etabliert werden, mit dem systematisch
2330 geschlechtsspezifische Daten sowie die Perspektiven von Frauen erfasst und
2331 ausgewertet werden.
- 2332 • Wir werden die aktuellen Darstellungsweisen von Wirtschaftsleistungen und
2333 Wertschöpfung geschlechtergerecht gestalten und um neue Kennzahlen,
2334 regelmäßige Statistiken und Analysen erweitern, die die Leistungen von Frauen
2335 transparent machen. Hierzu zählen beispielsweise unbezahlte Haushaltstätigkeiten,
2336 Care-Arbeit und auch sogenannte „unsichtbare Aufgaben“ (mental load).
- 2337 • Wir achten auf die aktive Beteiligung von Frauen in der Verkehrs- und Stadtplanung.
2338 Wir wollen nicht nur „für“, sondern „mit“ und „durch“ Frauen planen. (Siehe auch die
2339 entsprechenden Kapitel in diesem Programm.)

- 2340 • Auch die Sichtbarkeit lesbischer Mädchen und Frauen wollen wir weiter fördern –
2341 sie leiden oft unter doppelter Diskriminierung. (Siehe auch das entsprechende
2342 Kapitel in diesem Programm.)

2343 **Sexismus, Hass und Gewalt bekämpfen**

- 2344 • Zur Umsetzung der Istanbul-Konvention wird das Frauenreferat einen Fachbeirat
2345 einrichten, der die kontinuierliche Zusammenarbeit der beteiligten Dezernate,
2346 Ämter, Institutionen, NGOs, Polizei und Justiz gewährleistet und die
2347 Verantwortlichkeiten für konkrete Vorhaben regelt.
- 2348 • Die Koordinierungsstelle nach der Istanbul-Konvention wird dauerhaft beim
2349 Frauenreferat etabliert und personell und sachlich adäquat ausgestattet. Alle
2350 Einrichtungen, die der Prävention und dem Schutz vor geschlechtsspezifischer
2351 Gewalt dienen, erhalten bedarfsgerechte institutionelle Förderung.
- 2352 • Alle Frauen in Frankfurt sollen die Möglichkeiten, die das Gewaltschutzgesetz ihnen
2353 eröffnet, kennen. Die Stadt Frankfurt wird dafür geeignete öffentlichkeitswirksame
2354 Kampagnen auflegen.
- 2355 • Modellverfahren, die zu besserer Versorgung führen, wie die medizinische
2356 Akutversorgung nach Vergewaltigung, und neue Angebote, die geänderte
2357 gesellschaftliche Bedingungen und Gewaltformen, wie z.B. digitale Gewalt, Gewalt
2358 im Netz aufgreifen und bekämpfen, begrüßen und unterstützen wir.
- 2359 • Wir wollen Täter stärker in die Verantwortung nehmen und dazu die Täterarbeit
2360 ausbauen. Im Sinne einer wirkungsvollen Prävention werden wir mehr
2361 Beratungsangebote und Anti-Gewalt-Programme für Täter häuslicher und sexueller
2362 Gewalt mit dem Ziel der Verhaltensänderung fördern.
- 2363 • Die Umsetzung des Prinzips „Wer schlägt, geht“ wird in Zusammenarbeit mit der
2364 Polizei nachgehalten. Wegweisungen müssen die erste Wahl bleiben, um den
2365 Verbleib der Familie in der gewohnten Umgebung zu sichern.
- 2366 • Geschlechtsspezifische Gewalt wird systematisch Thema in allen
2367 Jugendeinrichtungen und Behinderteneinrichtungen, es werden Vertrauenspersonen
2368 installiert. Die Leistungsverträge mit den Trägern müssen verbindliche Vorgaben
2369 und Berichtspflichten dazu enthalten. Maßnahmen zur Stärkung des
2370 Selbstbewusstseins und der Selbstermächtigung von Mädchen und Frauen werden
2371 ebenso breit wie zielgruppengerecht angeboten und gefördert.

- 2372 • Frankfurt wird Landesregierung und Städtetag auffordern, geflüchtete Frauen, die
2373 von Gewalt bedroht sind, rechtlich so abzusichern, dass sie ihre Ehemänner
2374 verlassen können, ohne abgeschoben zu werden.
- 2375 • Alle Ausgaben für geschlechtsspezifische Gewaltprävention werden aus dem
2376 Haushalt für Zuwendungen in einen eigenständigen Pflichtteil überführt und
2377 dauerhaft gesichert.
- 2378 • Wir wollen von digitaler Gewalt, Hass und Hetze betroffenen Menschen und ihren
2379 Angehörigen, Eltern, Lehrkräften und Betreuer*innen Beratung und Unterstützung
2380 anbieten und dafür eine kommunale, interdisziplinär ausgestattete Informations-,
2381 Präventions- und Beratungsstelle einrichten. Sie soll Kinder, Jugendliche, Frauen,
2382 LSBT*IQs und anderen, die von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit betroffen
2383 sind, formatgerecht ansprechen und qualifiziert beraten - von Traumatherapie bis
2384 Rechtsberatung. Sie soll in Fortbildungen Handlungsstrategien und Konzepte zum
2385 Schutz vor Gewalt im digitalen Raum vermitteln, mit den Strafverfolgungsbehörden
2386 zusammenarbeiten und sich mit relevanten Institutionen und Organisationen z.B. im
2387 Kinderschutz und im Schutz von Mädchen und Frauen vor Gewalt vernetzen.
- 2388 • Wir werden eine zentrale Anlaufstelle einrichten, an die sich Mädchen und Frauen
2389 wenden können, die Sexismus durch städtische Mitarbeitende erfahren haben. Wir
2390 wollen evaluieren, in welcher Form und welchem Umfang solche Vorfälle eintreten,
2391 und aus den Ergebnissen präventive Maßnahmen ableiten.

2392 **Reproduktive Rechte sicherstellen**

- 2393 • Die Stadt verfolgt weiter ihre Initiativen, die Hebammenversorgung dauerhaft
2394 sicherzustellen. Sie unterstützt Beratungsstellen, die Frauen und Mädchen bei der
2395 Verwirklichung der reproduktiven Rechte Hilfe leisten und stellt durch Schutzzonen
2396 den freien, unbeeinträchtigten Zugang zu Sexualberatungsstellen und
2397 Schwangerenkonfliktberatung sicher. Sie garantiert den Zugang und die Übernahme
2398 der Kosten ärztlich verordneter empfängnisverhütender Mittel und der Kosten für
2399 die „Pille danach“ für Frauen und Mädchen, die damit wirtschaftlich überfordert sind.

KULTUR - NEUGIERIG WIE DAS LEBEN SELBST

2400

2401

2402 *„Die Aufgabe des Kompetenzzentrums ist es, die Kultur- und Kreativwirtschaft sichtbar zu*
2403 *machen, ihre disziplinübergreifenden Potenziale für Wirtschaft, Gesellschaft und Politik zu*
2404 *vermitteln und gemeinsam mit den Akteuren Lösungsansätze für branchenbetreffende*
2405 *Herausforderungen zu entwickeln. Es ist unser Ziel, Entwicklungen frühzeitig zu*
2406 *identifizieren, die Innovationsdynamik insbesondere im Bereich der nicht-technischen*
2407 *Innovation zu steigern und gemeinsam mit dem Netzwerk Lösungsoptionen für*
2408 *Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft aufzuzeigen.“*

2409 Sind Sie noch bei uns? Hoffentlich. Das Zitat stammt von der Webseite des
2410 „Kompetenzzentrums Kultur- und Kreativwirtschaft des Bundes“. Es ist ein Beispiel
2411 dafür, wie die aktuelle Bundespolitik zur Kunst und Kultur steht – und zeigt das
2412 Kernproblem: Kultur und Kreativität wird gerne von der Politik vereinnahmt und in eine
2413 Logik von – finanziellen, gesellschaftlichen oder sozialen – Herausforderungen,
2414 Potenzialen und Profiten eingeordnet. Das ist ebenso naheliegend wie falsch, denn
2415 Kunst und Kultur brauchen Freiheit und können nicht funktionieren, wenn sie sich
2416 politischen Zwecken unterordnen müssen.

2417 Wir haben eine andere Herangehensweise: Kunst und Kultur sind direkter Ausdruck der
2418 Menschlichkeit, sie schärfen die Sinne und den Blick, sie öffnen das Hirn und das Herz.
2419 Kultur soll nichts und erlaubt ist fast alles – solange es die Menschenwürde nicht
2420 verletzt.

2421 Die Frankfurter Kulturszene ist vielfältig, bunt, kreativ und erfolgreich. Von der Oper
2422 und dem Schauspiel Frankfurt als bundesweit beachtete Häuser über das Künstlerhaus
2423 Mousonturm bis hin zum Straßentheater von Antagon und anderen Ensembles mit
2424 internationalem Engagement, von kleinen Galerien und freien Ateliers über das Städel
2425 und die Schirn bis hin zu Street-Art-Macher*innen, von Klassik in der Alten Oper über
2426 Jazz bis hin zu Techno und Rappern, vom Programm kino über das Filmfest bis zum
2427 großen Lichtspielhaus bietet Frankfurt Raum und findet Kultur Publikum. Und Kultur
2428 beeinflusst selbstverständlich die Gesellschaft, stößt Glaubenssätze um und Gedanken
2429 an. Wir können das nicht bestellen, aber wir müssen es ermöglichen.

2430 Die Kulturpolitik in Frankfurt muss in jeder Hinsicht Raum geben. Kulturschaffende
2431 werden ihn nutzen, und Kultur wird ihn prägen.

2432 **Kultur ist nicht „nice-to-have“**

2433 Gerade in der Corona-Krise hat sich gezeigt, wie prekär die Lage von Kunst- und
2434 Kulturschaffenden oftmals ist. Den Bekenntnissen von Politik und Gesellschaft steht
2435 eine frappierende Unkenntnis über die Verhältnisse gegenüber, in denen Kunst und
2436 Kultur entsteht. Und alle Kulturkonsument*innen haben gemerkt, was fehlt. Ein Leben
2437 ohne Kunst und Kultur ist möglich, aber es kann nicht die Normalität sein. Wir wollen
2438 und werden uns nicht daran gewöhnen, wir müssen aus den Erfahrungen lernen und der
2439 Kunst und Kultur die gesellschaftliche und politische Wertschätzung und Unterstützung
2440 gewähren, die ihrer Relevanz entspricht.

2441 Kunst und Kultur zu ermöglichen ist gesellschaftliche Pflichtaufgabe. Dabei gilt immer:
2442 Kunst und Kultur kann nur funktionieren, wenn sie größtmögliche Freiheiten hat. „Wer
2443 bezahlt, bestellt“ ist der völlig falsche Ansatz. Die Freiheit von Kunst und Kultur und das
2444 Recht auf freie Meinungsäußerung als fundamentale Voraussetzungen für Kunst und
2445 Kultur stehen unter Druck. Existenznot und gezieltes Agenda-Setting durch
2446 Populist*innen schaffen ein Klima der Verunsicherung bei den Kulturschaffenden und
2447 ihren Institutionen. Dem stellen wir uns entschieden entgegen. Wir sichern die Freiheit
2448 von Kunst und Kultur, begreifen die Kulturförderung als Pflichtaufgabe der Kommune
2449 und setzen uns dafür ein, dass sie auch so behandelt wird.

2450 Wir treten daher entschieden für die Beibehaltung der Förderung von Kunst und Kultur
2451 auch in finanziell angespannten Zeiten ein. Wir müssen den Ausnahmezustand und das
2452 damit einhergehende „Luftanhalten“ beenden und wieder den Mut zum freien Atmen
2453 fassen.

2454 **Kunst und Kultur in der Breite Raum bieten**

2455 Kunst und Kultur braucht Raum – im übertragenden wie im wörtlichen Sinn.

2456 Frankfurt hat eine lebendige Szene, aber Frankfurt hat nicht nur zu wenig Platz für Grün
2457 und Wohnen, sondern auch zu wenig Raum für Kunst und Kultur. Das zwingt die
2458 Künstler*innen und Kulturschaffenden zu einer Kreativität und Flexibilität, die sie zum
2459 Glück auch oft aufbringen. Aber es kostet Zeit und Kraft und schränkt die Möglichkeiten
2460 ein. Wir alle könnten von einer besseren Unterstützung profitieren. Wir werden die
2461 Unterstützung bei der Suche nach bezahlbaren Räumen weiter ausbauen. Wir brauchen
2462 dazu auch die Kooperation von Unternehmen und Immobilienbesitzer*innen, wir suchen

2463 nach Zwischennutzungen und Möglichkeiten für Kunst und Kultur im öffentlichen oder
2464 privaten Raum. Aber auch die Stadt selbst muss hier wieder aktiver werden.

2465 Bei der Weiterentwicklung der kulturellen Infrastruktur wollen wir sicherstellen, dass
2466 die Institutionen langfristig planen und in nachhaltige Lösungen investieren können.
2467 Wir verlangen uns als Stadt und der Gesellschaft mit den Maßnahmen zur Bekämpfung
2468 der Klimakatastrophe viel ab. Das gilt auch für die Kulturinstitutionen. Jede*r, der/die
2469 schon mal die Finanzierung von langfristigen Strukturen mit Projektfördermitteln
2470 organisiert hat, kenn den Eiertanz, der damit einhergeht: Kann ich aus den
2471 Projektmitteln energieeffiziente Beleuchtung finanzieren? Obwohl es um die
2472 Finanzierung eines Kindertheater-Projekts geht? Wir werden die Einrichtungen bei den
2473 entsprechenden Investitionen unterstützen – unabhängig von konkreten künstlerischen
2474 Projekten.

2475 Kulturpolitik ist keine Kunst und keine Kultur, Kulturpolitik soll Kunst und Kultur
2476 ermöglichen. Diesen Unterschied wollen wir immer wieder klar machen. Das bedeutet
2477 auch: Die Stadt ist kein unmittelbarer Akteur in Kunst und Kultur. Die Stadt ist Partnerin
2478 und Ermöglicherin für Kunst- und Kulturschaffende, nicht Konkurrentin. Für dieses
2479 Verständnis von Kulturpolitik stehen wir, und wollen im Rahmen einer breiten
2480 Beteiligung der Kunst- und Kulturschaffenden und ihrer Institutionen, aber auch der
2481 kulturinteressierten Öffentlichkeit zu einer Vereinbarung im Rahmen eines
2482 Kulturentwicklungsplans kommen. Kulturförderung muss transparent und fachorientiert
2483 sein. Und sie muss zugänglich sein für Künstler*innen und Kulturschaffende, in der
2484 Vielfalt, die die Stadt ausmacht. Damit Kunst und Kultur weiterwachsen können.

2485 **Die Knoten lösen – Städtische Bühnen und** 2486 **Kulturcampus**

2487 In der städtischen Kulturpolitik hat sich an einigen großen Baustellen vieles
2488 angesammelt, aber es ist nicht viel vorangekommen.

2489 Natürlich braucht es über große Investitionen auch eine breite Verständigung. Natürlich
2490 wird niemand leichtfertig Entscheidungen über Investitionen von einigen hundert
2491 Millionen Euro treffen. Aber der Wille und die Fähigkeit zu einer Diskussion und einer
2492 Entscheidung sollten schon vorhanden und erkennbar sein. Wir wollen schnell zu einer
2493 Entscheidung über die Städtischen Bühnen kommen. Für uns steht fest: Der Willy-
2494 Brand-Platz ist der Standort der Städtischen Bühnen und soll es auch bleiben. Neue

2495 Gebäude müssen dabei die Geschichte des Ortes und der Kultur an diesem Ort
2496 respektieren. Der Willy-Brand-Platz steht für erstklassiges Theater und erstklassige
2497 Oper, für politische und gesellschaftlich engagierte Inszenierungen und Provokationen,
2498 für die Freiheit von Kunst und Kultur – und für viele Frankfurter*innen und Menschen
2499 aus dem Umland und der ganzen Welt für Erinnerungen. Das Wolkenfoyer und die klare,
2500 transparente Architektur der Städtischen Bühnen stehen auch für eine Haltung, an der
2501 wir festhalten wollen. Wir wollen eine Lösung für die Städtischen Bühnen, die diese
2502 Tradition in die Zukunft führt.

2503 Mit dem Kulturcampus hat die Stadt gemeinsam mit vielen Kunst- und
2504 Kulturschaffenden und ihren Institutionen einen Plan für die Nutzung des Campus
2505 Bockenheim entwickelt, der ausdrücklich nicht nur städtebaulich gemeint ist. Auch hier
2506 droht aber der Anteil für die Kultur unter die Räder zu kommen. Wir stehen dafür, dass
2507 Stadt und Land am Kulturcampus zusammenarbeiten und mit den Institutionen aus
2508 Kunst und Kultur tatsächlich einen KULTURcampus realisieren. Wir geben uns nicht mit
2509 einer städtebaulichen Entwicklung zufrieden, sondern wollen auch hier endlich den
2510 Knoten lösen und der Kultur – von der freien Kultur mit dem Offenen Haus der Kulturen
2511 bis zu öffentlichen Einrichtungen wie der Hochschule für Musik und Darstellende Kunst
2512 – Raum schaffen.

2513 **Kulturelle Bildung stärken – Zugänge** 2514 **ermöglichen**

2515 Kultur schafft – ganz ohne die Vereinnahmung und Instrumentalisierung durch die
2516 Politik, die Wirtschaft oder andere Interessierte - Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.
2517 Sie erweitert die Lebenswirklichkeit, stärkt Mündigkeit und Urteilskraft, ermöglicht die
2518 Beteiligung an gesellschaftlichen Entwicklungen und eröffnet neue Einsichten und
2519 Blickwinkel. Kultur fördert den Austausch und stärkt den Zusammenhalt.

2520 Aber: Kultur braucht Zugang zu den Menschen und die Menschen brauchen Zugang zu
2521 Kultur. Diese Zugänge entstehen nicht von allein, und sie entstehen auch nicht
2522 automatisch im Rahmen von kostenfreiem Eintritt. Wir wollen sowohl in den
2523 Kinderbetreuungseinrichtungen und in den Schulen Ansprechpartner*innen für
2524 Initiativen zur Beschäftigung mit Kunst und Kultur etablieren und die Zusammenarbeit
2525 mit den Kultureinrichtungen fördern wie auch gemeinsam mit dem Kunst- und
2526 Kulturschaffenden Konzepte evaluieren, entwickeln und unterstützen, die tatsächlich
2527 alle Menschen erreichen.

2528 Das betrifft auch einen wirklich inklusiven Ansatz in Kunst und Kultur. Inklusion ist eine
2529 Herausforderung, und der Anspruch von Kunst und Kultur ist nicht, mit jedem Werk alle
2530 Menschen gleichermaßen anzusprechen. Aber der Anspruch von und an Kunst und
2531 Kultur und vor allem an die Vermittler*innen von Kunst und Kultur ist, niemanden
2532 strukturell auszuschließen.

2533 **Erinnerungskultur prägt die Zukunft**

2534 Ein spezieller Bereich der Kultur ist die Erinnerungskultur. Sie prägt in besonderem
2535 Maße unsere Wahrnehmung der Gegenwart und damit auch unsere Achtsamkeit für
2536 aktuelle Entwicklungen und für die Zukunft. Gerade in Deutschland mit seiner
2537 Geschichte ist Erinnerungskultur ein hohes Gut. In unserem Land wurden Taten
2538 vollbracht, die sich auf keinen Fall wiederholen dürfen. Wir haben daraus gelernt, aber
2539 dieser Lernprozess ist nie abgeschlossen und muss für alle Menschen in unserem Land
2540 auch immer wieder stattfinden. Wer in Deutschland lebt, wer in Frankfurt lebt, muss
2541 verstehen, wo diese Gesellschaft herkommt.

2542 Gerade auch diesen Bereich der Kultur gilt es, gegen Revanchismus, gegen
2543 Geschichtsvergessenheit und gegen Rechtspopulismus zu verteidigen. Denn wir
2544 verdanken dieser aktiven Erinnerung und der Auseinandersetzung mit der
2545 Vergangenheit auch unsere Freiheit. Wir verdanken ihr eine Gegenwart, die ein
2546 Miteinander ermöglicht. „Niemals vergessen, nie wieder!“ gehört zusammen und gehört
2547 zu unserem Land und unserer Stadt. Wir werden die Erinnerungskultur in die Zukunft
2548 führen, gerade in den kommenden Jahren, in denen die letzten Zeitzeug*innen immer
2549 weniger werden Zeugnis ablegen können. Das gilt für alle Opfergruppen und alle Arten
2550 von Verfolgung. Auch diese Kultur macht uns stark und ist unverzichtbar.

2551 **Für folgende Maßnahmen stehen wir:**

2552 **Kultur durch Krisen helfen**

- 2553 • Wir treffen für zukünftige Krisen in Abstimmung mit Bund und Land Vorkehrungen,
2554 die Kulturschaffenden, Veranstalter*innen und im Bereich Veranstaltungen
2555 Beschäftigten finanzielle Existenzsicherheit garantieren.
- 2556 • Wir werden in der aktuellen und auch in zukünftigen Krisen zumindest eine
2557 existenzsichernde Basisförderung auch für die Institutionen gewährleisten, um nach
2558 dem Ende von akuten Krisen nicht strukturell bei null beginnen zu müssen. Zur
2559 Finanzierung werden wir unter anderem die Einführung eines Krisenfonds prüfen,
2560 der aus Ticketverkäufen in öffentlich geförderten Institutionen gefüllt wird.
- 2561 • Wir führen in den Bereichen, in denen die Stadt mittelbar oder unmittelbar aktiv ist,
2562 Mindesthonorare für Kulturschaffende ein und setzen uns insgesamt für faire
2563 Bezahlung von Kunst und Kultur ein. Wenn Veranstaltungen aus nicht durch die
2564 beteiligten Künstler*innen und Kulturschaffenden zu vertretenden Gründen
2565 ausfallen, zahlen wir Ausfallhonorare, die den für die Vorbereitungen angefallenen
2566 Aufwand angemessen vergüten.

2567 **Die Relevanz von Kultur deutlich machen**

- 2568 • Wir begreifen die Kulturförderung als Pflichtaufgabe der Kommune und setzen uns
2569 dafür ein, dass sie auch so behandelt wird. Die Freiheit von Kunst und Kultur steht
2570 nicht nur in unserer Verfassung, sondern sie muss auch praktisch gelebt und
2571 unterstützt werden. Das gilt auch für die Sicherstellung der ökonomischen
2572 Möglichkeiten der Kunst- und Kulturschaffenden.
- 2573 • Wir werden unter Beteiligung der Kunst- und Kulturschaffenden, aber auch der
2574 Bürger*innen, die strategische Ausrichtung der städtischen Kulturpolitik festlegen.
2575 Das Instrument dafür ist ein Kulturentwicklungsplan, der die Relevanz von Kultur
2576 festhält, eine Verabredung über die konkreten Ausgestaltungen von Kulturförderung
2577 durch die Kommune erarbeitet und Maßnahmen definiert. Ein solcher Plan gibt den
2578 Akteur*innen die nötige Planungssicherheit, aber auch die Freiräume, die Kunst und
2579 Kultur erst möglich machen. Bei dieser Planung muss es auch unser Ziel sein, die
2580 Vielfalt der Stadtgesellschaft auch bei den kulturellen Angeboten zu berücksichtigen
2581 und die interkulturellen und cross-over-Chancen und Reibungen kreativ zu nutzen.
- 2582 • Wir unterstützen die Vernetzung innerhalb der freien Szene und zwischen der freien
2583 Szene und den etablierten Kulturinstitutionen. Neben der Klärung von Konflikten

2584 durch das existierende Konkurrenzverhältnis wollen wir vor allem das gemeinsame
2585 Interesse an einer Stärkung der Rolle von Kunst und Kultur fördern und
2586 Möglichkeiten für die Zusammenarbeit eröffnen.

- 2587 • Wir unterstützen die Digitalisierung auch im Bereich der Kunst und Kultur. Das
2588 Programm „HESSEN KULTURELL NEU ERÖFFNEN“ der hessischen Landesregierung
2589 bietet hier Chancen. Wir suchen gemeinsam mit den Kunst- und Kulturschaffenden
2590 nach sinnvollen Möglichkeiten zur Unterstützung beim entsprechenden
2591 Kompetenzaufbau, bei der Umsetzung und der Sichtbarmachung von
2592 entsprechenden Initiativen.

2593 **Kultur Freiräume geben und Freiräume lassen**

- 2594 • Wir schaffen mehr Flächen und Möglichkeiten für Kunst und Kultur, fördern
2595 Zwischennutzungen und bauen die Unterstützung bei der Suche nach Raum und
2596 Räumen zur Produktion und Präsentation für alle Sparten weiter aus.
- 2597 • Wir fördern Kunst im öffentlichen Raum, auch als Bestandteil von Ausschreibungen,
2598 Wettbewerben und Stadtentwicklungsmaßnahmen.
- 2599 • Wir erschließen weitere Orte in Frankfurt, an denen Kulturveranstaltungen im
2600 öffentlichen Raum möglich sind. Die Weseler Werft ist ein gut funktionierender Ort,
2601 aber der Bedarf nach solchen Orten ist hoch und steigt weiter.
- 2602 • Die Stadt ist derzeit oftmals selbst als Veranstalterin aktiv und macht damit den
2603 Kunst- und Kulturschaffenden Konkurrenz. Wir wollen die Rolle der Stadt als
2604 Veranstalterin reduzieren und die Rolle als Ermöglicherin stärken. Zum
2605 “Ermöglichen” gehört für uns auch die Wiedereinführung der “Frankfurter Bühne” auf
2606 dem Museumsuferfest in der finanziellen Verantwortung der Stadt.
- 2607 • Wir haben in Frankfurt einen Mangel an Räumlichkeiten für alle Arten von
2608 Nutzungen. Wir wollen aber gemeinsam mit politischen und zivilgesellschaftlichen
2609 Initiativen und Frankfurter Künstler*innen Vorschläge und Konzepte dafür
2610 entwickeln, wie wir offenere Zwischennutzungen anbieten, existierende Angebote
2611 weiter öffnen und sonstige Potenziale für offene Raumkonzepte nutzen können.

2612 **Freie Szene und Sozio-Kulturelle Zentren**

- 2613 • Wir unterstützen weiterhin die Initiative für das selbstverwaltete Offene Haus der
2614 Kulturen am Campus Bockenheim. Das Offene Haus der Kulturen ist ein
2615 Kernbestandteil der Vision des Kulturcampus und eine wichtige Unterstützung für
2616 die offene und vielfältige freie Kunstszene.

- 2617 • Wir werden gemeinsam mit den Akteur*innen ein Konzept für ein Haus für die freie
2618 Szene für Tanz, Performance und Theater erarbeiten und mögliche Standorte und
2619 Finanzierungspartner*innen identifizieren.
- 2620 • Wir halten an existierenden sozio-kulturellen Zentren fest und sichern ihre
2621 Freiräume. Auch diese Zentren können von der Förderung von
2622 Klimaschutzmaßnahmen profitieren, wir sichern die institutionelle Förderung und
2623 weiten sie bei Bedarf so aus, dass sie existenzsichernd ist.

2624 **Film**

- 2625 • Wir werden das Pupille Kino als Ort für nicht kommerzielles Kino sichern und
2626 unterstützen.
- 2627 • Wir wollen die nicht kommerziellen Festivals und Filmveranstaltungen in der Stadt
2628 sowie das Filmhaus Frankfurt erhalten und unterstützen und gemeinsam mit den
2629 Veranstalter*innen und anderen Initiativen prüfen, wie das - gegebenenfalls auch in
2630 Partnerschaft mit kommerziellen Veranstalter*innen - sinnvoll möglich ist.

2631 **Musik**

- 2632 • Wir unterstützen Musiker*innen bei der Suche nach geeigneten Proberäumen zu
2633 bezahlbaren Preisen.
- 2634 • Wir wollen Räume in Schulen im erweiterten Umfang für Musikunterricht zur
2635 Verfügung stellen und prüfen die entsprechenden Möglichkeiten.

2636 **Clubkultur**

- 2637 • Wir werden wie in vielen Städten auch für Frankfurt eine*n Nachtbürgermeister*in
2638 etablieren, der/die als Ansprechpartner*in für die Gastronomie und die Clubszene bei
2639 der Stadt fungiert und Konflikte moderiert und löst. (Siehe auch den Abschnitt zu
2640 Jugendpolitik)
- 2641 • Wir fördern nichtkommerzielle, jugendkulturelle Angebote, um Kreativität und
2642 Ausprobieren zu ermöglichen und um auch Menschen, die bei kommerziellen Clubs
2643 "an der Tür" oder an den Preisen scheitern, einen Zugang zur Clubkultur zu
2644 gewähren.

2645 **Kultur für alle zugänglich machen**

- 2646 • Wir wollen, dass „Kultur für alle“ stärker gelebt und belebt wird und keine
2647 Seitengasse bleibt. Kultur zugänglich machen ist kein Gnadentakt, sondern eine
2648 Herausforderung für alle Beteiligten, da es um Augenhöhe geht. Das betrifft auch
2649 den allgemeingültigen Anspruch auf Inklusion. Wir wollen gemeinsam mit den

2650 Kulturschaffenden und den Institutionen die bisherigen, erfolgreichen Konzepte von
2651 pädagogischen Angeboten über bauliche Maßnahmen bis zu partizipativen Projekten
2652 stärken, ausbauen und neue Impulse setzen für eine offensive, vorangehende
2653 Kulturpolitik.

2654 **Große Kulturorte, große Herausforderungen**

- 2655 • Wir machen uns für den Erhalt der Städtischen Bühnen möglichst unter
2656 Beibehaltung des Wolkenfoyers am Willy-Brandt-Platz, für eine Lösung unter
2657 Berücksichtigung von Umwelt-, Klima- und Nachhaltigkeitsgesichtspunkten und für
2658 eine Beteiligung der interessierten Bürger*innenschaft an der Finanzierung stark.
2659 Eingriffe in die Wallanlagen müssen bei jeder Lösung mindestens ausgeglichen
2660 werden. Vor allem aber gilt: Die Häuser müssen in erster Linie von der Kultur her
2661 gedacht sein.
- 2662 • Wir wollen ein international und kooperativ denkendes und arbeitendes Kinder- und
2663 Jugendtheater in Frankfurt. Wir suchen dabei die Kooperation auch mit dem Land
2664 Hessen und der Region und erwarten von der zukünftigen Konzeption, dass sie die
2665 Zusammenarbeit mit den bestehenden freien Theatern, aber auch mit den
2666 städtischen Häusern und freien Künstler*innen als zentralen Punkt der Arbeit
2667 begreift.
- 2668 • Wir wünschen uns die Wiederbelebung der großen Tradition des modernen
2669 Tanztheaters unter dem Dach der Städtischen Bühnen in Frankfurt. Für dieses
2670 Projekt werden wir im Rahmen einer breiten Diskussion die Grundlagen legen.
- 2671 • Wir halten am Kulturcampus fest – vor allem auch am „Kultur“-Teil. Das Land und
2672 die Stadt müssen hier Hand in Hand mit den Beteiligten arbeiten, um die
2673 komplizierte Umnutzung der Gebäude und Flächen des ehemaligen Unicampus
2674 Bockenheim zu organisieren.

2675 **Strukturförderung sicherstellen, bei der Mittelakquise** 2676 **unterstützen**

- 2677 • Wir verstärken die Förderung von nachhaltigen Entwicklungen und Strukturen (z.B.
2678 Fördermittel für energetische Optimierungen und Sanierungen, aber auch für
2679 nachhaltig gestaltete Arbeitsverhältnisse), erleichtern damit Kulturinstitutionen die
2680 Planung und ermöglichen es ihnen, akquirierte Projektmittel auch tatsächlich für
2681 Projekte auszugeben. Wir nutzen den Klimaschutzfonds auch gezielt für die
2682 Förderung der Anpassung von Kulturstätten an die Erfordernisse des Klimaschutzes

- 2683 und stellen entsprechende Mittel und Beratung durch das Energiereferat zur
2684 Verfügung.
- 2685 • Wir schaffen eine Beratungsstelle, die bei der Erstellung von Förderanträgen sowohl
2686 bei der Stadt wie auch bei Dritten hilft und Kompetenzen zur Kulturförderung
2687 bündelt. Diese Stelle muss auch in der Lage sein, die Internationalität der
2688 Frankfurter Kulturszene zu bedienen und zum Beispiel Menschen zu beraten, die
2689 kein Deutsch sprechen.
 - 2690 • Wir werden die regionale Kreativwirtschaft in der öffentlichen Vergabepraxis so weit
2691 wie möglich gezielt unterstützen und nutzen dafür alle rechtlichen Spielräume. Wir
2692 prüfen zusammen mit den Kunst- und Kulturschaffenden die Chancen, die sich aus
2693 einer Kooperation mit der Wirtschaftsförderung Frankfurt ergeben könnten.

2694 **Kulturelle Bildung stärken**

- 2695 • Wir werden erfolgreiche Konzepte der kulturellen Bildung auswerten und in
2696 Frankfurt fortführen oder etablieren. Kostenlose Museen sind zwar zugänglich, aber
2697 allein noch kein Konzept. Gerade im Bereich Musik und Literatur existieren in
2698 Frankfurt gute Beispiele. Wo sinnvoll und nötig wollen wir in den Kulturinstitutionen
2699 für diesen Bereich eigene Ansprechpartner*innen etablieren, die Kooperationen
2700 insbesondere auch mit Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen verstärken und
2701 den regelmäßigen Austausch ermöglichen. (Siehe auch den Abschnitt zu Bildung
2702 und Betreuung)
- 2703 • Wir werden für die Frankfurter Schulen einen Fonds zur Finanzierung von Projekten
2704 der kulturellen Bildung auflegen.
- 2705 • Wir wollen alle Kunst- und Kulturschaffenden dafür gewinnen, die kulturelle Bildung
2706 auch als einen besonders zu berücksichtigenden Aspekt bei der Planung von
2707 Veranstaltungen zu bedenken. Die Verbreitung von Lust an Kunst und Kultur liegt
2708 auch im ureigensten Interesse der Kulturschaffenden.
- 2709 • Wir wollen gemeinsam mit Kunst- und Kulturschaffenden offene Ateliers
2710 insbesondere für Jugendliche schaffen, in denen die Jugendlichen sich ausprobieren
2711 können und dabei von erfahrenen Kunst- und Kulturschaffenden unterstützt werden.

2712 **Wissen, was war: Erinnerungskultur in die Zukunft** 2713 **führen**

- 2714 • Wir werden die Paulskirche renovieren sowie gemeinsam mit Fachleuten ein „Haus
2715 der Demokratie“ als lebendiges Zentrum für Vergangenheit und Zukunft schaffen.

- 2716 • Vor Frankfurt war Nida. Wir werden am historischen Ort in Heddernheim die
2717 Möglichkeit schaffen, sich ein Bild von dieser Vergangenheit zu machen.
- 2718 • Die Erinnerung an den Nationalsozialismus gehört zum Fundament unserer
2719 Gesellschaft.
- 2720 ○ Wir wollen gemeinsam mit Stiftungen und Vereinen Formen finden, wie die
2721 Untaten der Nationalsozialist*innen im Bereich Sport sichtbar gemacht und in
2722 Erinnerung behalten werden können.
- 2723 ○ Wir werden unter Nutzung der Möglichkeiten der Digitalisierung insbesondere
2724 Frankfurter Biographien aus der Zeit des Nationalsozialismus zugänglich und
2725 lebendig machen.
- 2726 ○ Wir werden historische Orte sichern und insbesondere die lange diskutierte
2727 Gedenk- und Bildungsstätte “KZ Adlerwerke” realisieren.
- 2728 ○ Das Schicksal von Sinti und Roma im Nationalsozialismus werden wir besser
2729 sichtbar machen und zum Beispiel die Gräber von Opfern der NS-Zeit aus dieser
2730 Bevölkerungsgruppe erhalten und pflegen.
- 2731 • Wir setzen uns beim Land Hessen für eine lebendige Erinnerungskultur an Schulen
2732 ein und fördern hier in Frankfurt innovative Projektideen, die letzten verbleibenden
2733 Zeitzeug*innen einzubeziehen oder lokal bedeutsame Orte und Ereignisse zu
2734 reflektieren.

DIE STADT IST, WAS WIR DARAUSS MACHEN

2735
2736

2737 „Stadtluft macht frei.“ Dieser Satz ist fast 1.000 Jahre alt und sein ursprünglicher
2738 Hintergrund ist längst überlebt. Dennoch sind Städte so attraktiv wie lange nicht mehr.
2739 Diese Attraktivität hat viele verschiedene Hintergründe, aber sie hat sicher damit zu tun,
2740 dass Städte – und gerade Frankfurt – eine breite Vielfalt an Möglichkeiten bieten,
2741 Menschen zu treffen, den Lebensunterhalt zu verdienen, Träume auszuleben und
2742 Kompetenzen einzubringen. Städte bieten umfangreiche Infrastrukturen, teilweise
2743 direkt durch die Kommune, durch Verwaltung und öffentliche Institutionen, teilweise
2744 von der lokalen Wirtschaft bereitgestellt. Ein Arbeitsplatz ist im besten Fall weit mehr
2745 als nur ein Arbeitsplatz – er ist ein Ort des Zusammenkommens, der Vernetzung und
2746 des Austauschs. Die Stadt ist im besten Fall weit mehr als nur der Ort in dem wir
2747 wohnen – sie ist Zuhause, Raum für Selbstverwirklichung, für Solidarität und Hilfe, für
2748 Freiheit in Sicherheit.

2749 Dies ist unser Ziel für Frankfurt: Wir wollen, dass unsere Stadt für alle Frankfurter*innen
2750 ein Zuhause ist. Ein Ort, um sich zu vernetzen und sich zurückzuziehen. Ein Ort, an dem
2751 wir nicht nur aufhalten, sondern an dem wir leben. Dazu bedarf es vieler
2752 Voraussetzungen, und oft wird uns das nur in Krisensituationen klar. Wir bauen auf eine
2753 offene, transparente Politik und Verwaltung, die Freiheiten garantiert und Sicherheit
2754 gibt. Wir bauen auf funktionierende Infrastruktur ebenso wie zuverlässige
2755 Dienstleistungen. Wir setzen auf verlässliche Einkommen, auf Wertschätzung und
2756 interessante Beschäftigung.

2757 Corona hat uns verunsichert. Das betrifft nicht nur die Frage nach der Sicherheit des
2758 Arbeitsplatzes. Das betrifft auch den Zugang zu kultureller und sozialer Infrastruktur, die
2759 Möglichkeit zum Treffen von Freund*innen und zum Aufenthalt im öffentlichen Raum,
2760 und natürlich die Sorge um die eigene Gesundheit und die von Freund*innen und
2761 Verwandten. Corona hat gezeigt, worauf wir angewiesen sind und worauf wir uns
2762 verlassen. Die Stadt ist, was wir daraus machen – und das „wir“ sind die Menschen, die
2763 Unternehmen, Politik und Verwaltung.

2764 Wir wollen eine zukunftsorientierte Entwicklung unserer Wirtschaft und des Handels,
2765 wir wollen eine innovative Stadt, und wir wollen Behörden, die den Menschen Freiheit
2766 und Sicherheit geben, die Vertrauen entgegengebracht bekommen und es rechtfertigen.

2767 Law-and-Order ist nicht unser Ding. Zukunft, Freiheit und Sicherheit sind, was wir von
2768 Wirtschaft und Verwaltung erwarten.

2769 **Alle Frankfurter*innen sind Frankfurter*innen**

2770 Frankfurt schmückt sich gerne mit seiner Internationalität und Vielfalt. Und zu Recht,
2771 denn das sind wirkliche Stärken. Aber es ist eben auch richtig, dass auch in Frankfurt die
2772 Menschen unterschiedlich behandelt werden. Wir sind zwar vielfältig, aber längst nicht
2773 alle gleich berechtigt, mit gleichem Zugang und gleichen Teilhabechancen.
2774 Diskriminierungen gibt es im Großen wie im Kleinen, strukturell und individuell. Ein
2775 Streit ist noch keine Diskriminierung, eine Meinungsverschiedenheit noch kein Zeichen
2776 für Rassismus. Aber wenn auf Gleiches ungleich reagiert wird, wenn Frankfurter*innen
2777 mit unterschiedlichen Hintergründen ungleiche Zugangschancen zu Behörden und
2778 Verwaltung, ungleiche Beteiligungsmöglichkeiten in der Politik und der Gestaltung ihrer
2779 Stadt, ungleiche Chancen im Job haben, dann wird Freiheit eingeschränkt und Sicherheit
2780 verweigert. Unser Anspruch an alle Akteur*innen in unserer Stadt ist: alle
2781 Frankfurter*innen sind Frankfurter*innen. Wir gemeinsam machen die Stadt aus. Wir
2782 gemeinsam handeln die Zukunft aus. Wir gemeinsam stehen für Freiheit und Chancen
2783 ein, für Sicherheit und Verlässlichkeit.

2784 **Viel mehr als nur Banken**

2785 Freiheit und Chancen – davon lebt auch die Wirtschaft in unserer Stadt. Und sie trägt
2786 dazu bei. Indem sie ihre Verantwortung für die Zukunft wahrnimmt. Wir unterstützen
2787 und ermutigen, wir setzen Rahmen und fördern.

2788 Die Frankfurter Wirtschaft ist viel vielfältiger, als es in den Börsennachrichten wirkt.
2789 2018 waren rund 13 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Finanz- und
2790 Versicherungsbranche tätig. Der nach Beschäftigtenzahl größte Sektor war der Verkehr
2791 und die Logistik mit über 14 % der Beschäftigten. Immerhin gut 10 % der Beschäftigten
2792 sind im produzierenden Gewerbe tätig, das sind über 60.000 Arbeitsplätze. Und etwa
2793 50.000 Arbeitsplätze stellt das „Gesundheits- und Sozialwesen“. Natürlich ist Frankfurt
2794 wie fast alle Städte ein Dienstleistungszentrum. Aber Frankfurt – auch bei den
2795 Dienstleistungen – ist eben viel mehr als nur Banken und Versicherungen.

2796 Wir wollen, dass das so bleibt. Wir wollen Arbeitsplätze für alle Frankfurter*innen, mit
2797 ihren ganz unterschiedlichen Neigungen, Kompetenzen und Lebensmodellen. Denn
2798 Arbeit gibt den Menschen mehr als nur ein Einkommen. Wir werden die Vielfalt der

2799 Wirtschaft in Frankfurt – vom Einzelhandel bis zu den Finanzdienstleistern, von
2800 Kreativwirtschaft bis zu Pharma und Chemie, vom Pflegedienstleister bis zur
2801 freiberuflichen Softwareberaterin – weiter stützen. Wir werden sie allerdings auch alle
2802 regelmäßig an ihre gesellschaftliche Verantwortung erinnern. Zukunftsfähigkeit ist nicht
2803 nur ein gesellschaftlicher Anspruch, sondern auch im ureigensten Interesse der
2804 Unternehmen.

2805 In der Corona-Krise sind insbesondere für die großen Arbeitgeber*innen viele Angebote
2806 gemacht worden. Wir hoffen, dass die Maßnahmen ausreichen, um Arbeitsplätze und
2807 Innovationsfähigkeit zu erhalten. Wir brauchen beides dringend, denn auch nach Corona
2808 wird es einen umfangreichen Wandel geben, das verlangt uns die Klimakatastrophe
2809 allen ab. Wir müssen aber für künftige Krisen lernen und insbesondere auch die kleinen
2810 und mittleren Unternehmungen und die Selbstständigen vor Ort strukturierter
2811 unterstützen können.

2812 Auch der Einzelhandel und die Gastronomie haben in der Corona-Krise schwer zu leiden
2813 gehabt. Wir werden die Folgen noch einige Jahre zu spüren bekommen. Umso wichtiger
2814 ist es uns, diesen für die Frankfurter*innen wichtigen Branchen Chancen zu geben. Wir
2815 wollen die Lebens- und Aufenthaltsqualität in der Stadt massiv verbessern und sind
2816 sicher, dass das auch den Wirtschaftsbetrieben vor Ort zugutekommen wird.

2817 Gründer*innen erhalten in Frankfurt gute Unterstützung – aber sie haben sie auch nötig.
2818 Die Raumkosten sind auch für Gründer*innen ein Problem. Fachkräfte sind oft schwer zu
2819 finden, denn Frankfurt ist teuer. Wir können und müssen als Stadt mindestens
2820 sicherstellen, dass es nicht an mangelnden Informationen, Zugängen und Netzwerken
2821 scheitert. Hier existieren bereits hervorragende Institutionen, wir werden sie weiter
2822 ausbauen und insbesondere auch Gründungen durch Frauen oder Menschen mit
2823 ausländischen Bildungs- und Berufsabschlüssen unterstützen.

2824 Aber auch das „große“ Gewerbe braucht weiterhin eine Zukunft in unserer Stadt. Wir
2825 haben den Ehrgeiz, auch Gewerbegebiete für die Zukunft fit zu machen. Wir brauchen
2826 intermodale Logistik, klimafreundliche Planungen und eine Energiewende auch in der
2827 Wirtschaft. Das gilt auch für die absolute Boombranche in Frankfurt, die Rechenzentren.
2828 Frankfurt ist der größte Internetknotenpunkt in Europa und daher attraktiv. Die
2829 Digitalisierung ist eine riesige Chance, aber sie geht einher mit immensem
2830 Energieverbrauch. Wir werden auch in dieser Branche gemeinsam mit den Akteur*innen
2831 Energieeffizienz optimieren und zum Beispiel die Abwärme nutzen.

2832 Frankfurt hat nur mit der Frankfurter Wirtschaft eine gute Zukunft. Das gilt umgekehrt
2833 aber zum Glück auch. Alle Frankfurter*innen sind eben Frankfurter*innen, und es ist
2834 unsere gemeinsame Zukunft.

2835 **Es ist Ihre Stadt!**

2836 Wir leben in Deutschland in einem der am besten verwalteten Länder der Welt. Oft
2837 genug ist das Anlass für abfällige Sprichwörter, aber es ist viel schlimmer in einem
2838 korrupten oder zerfallenden Staat zu leben, als in einem in dem gelegentlich der
2839 Amtsschimmel laut wiehert. Die Stadt ist eine wichtige Arbeitgeberin, und sie soll auch
2840 eine attraktive Arbeitgeberin sein. Denn wir haben auch in der Stadt riesige
2841 Herausforderungen zu stemmen.

2842 Wir wollen und müssen die Beteiligung der Bürger*innen an politischen Entscheidungen
2843 ausbauen. Es geht dabei nicht um „mehr vom gleichen“, sondern um neue Wege. Wir
2844 haben in vielen Bereichen extrem lange Planungs- und Entscheidungsprozesse. Wir
2845 wollen sie nicht verlängern. Wir wollen aber eine Diskussionskultur mit den
2846 Frankfurter*innen, die allen Bevölkerungsgruppen eine echte Chance zur Beteiligung
2847 gibt, die transparent und zuverlässig Rückmeldungen sicherstellt und die
2848 Entscheidungen und ihre Grundlagen klar kommuniziert. Und das in einer Sprache, die
2849 wirklich alle Menschen verstehen können. Die legendäre und gesetzlich
2850 vorgeschriebene „Veröffentlichung im Amtsblatt“ ist noch keine Form der
2851 Bürger*innenbeteiligung.

2852 Frankfurt hat eine stolze und erfolgreiche Geschichte des bürgerschaftlichen
2853 Engagements und der Stiftungen. Historisch – Städel, Universität, vieles weiteres – und
2854 in jüngster Zeit – z.B. die vielen Helfer*innen bei der Aufnahme von Geflüchteten – und
2855 hoffentlich auch in Zukunft. Wir brauchen dieses Engagement. Es prägt auch das Bild
2856 unserer Stadt, und das soll auch in Zukunft so sein.

2857 Die Stadt spielt in der Region Rhein-Main die Rolle der „Kernstadt“. Wir übernehmen
2858 dabei Aufgaben für die Menschen in der ganzen Region, und wir tun das gerne. Wir sind
2859 damit allerdings auch eine Stadt mit einem großen Haushalt – über 4 Milliarden Euro
2860 im Jahr. Wir wollen diesen Haushalt nicht nur transparent gestalten, sondern auch
2861 nachhaltig managen. Die Investitionen der Stadt müssen zukunftsgerichtet sein. Die
2862 Stadt muss als Akteurin am Finanzmarkt nachhaltig auftreten. Die Beteiligungen der
2863 Stadt – von der Messe über die Stadtwerke bis zur Fraport – sollen erfolgreich
2864 wirtschaften, aber sich auch ihrer ökologischen und sozialen Verantwortung stellen.

2865 Und die Beziehungen zum Land und zur Region sollten nicht von Streit und Konkurrenz
2866 geprägt sein, sondern von Respekt, Solidarität und dem gemeinsamen Verständnis, dass
2867 es der Stadt nur gut gehen kann wenn die Region funktioniert und anders herum. Zu
2868 unserem Politikverständnis gehört auch, dass Leistungen der öffentlichen
2869 Daseinsvorsorge grundsätzlich durch die öffentliche Hand erbracht werden. Die Zeiten
2870 von exzessiven Privatisierungen und „public-private partnership“-Modellen sind vorbei.
2871 Insbesondere die Gesundheitsversorgung muss bedarfsorientiert sein und darf nicht
2872 unter eine gewinnorientierte Logik gepresst werden.

2873 Freiheit und Sicherheit sind auch Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie
2874 müssen die Leitbilder von Polizei, Justiz und anderen Behörden sein. Zur Freiheit gehört
2875 dabei insbesondere auch die Meinungs-, Demonstrations- und Pressefreiheit. Wir
2876 erleben um Deutschland herum, aber gelegentlich auch in Deutschland, dass diese
2877 Freiheiten unter Druck stehen. Wir werden sie mit allen Mitteln verteidigen. Auch zu
2878 Corona-Zeiten sind diese Freiheiten Leitbilder. Demonstrationen und Kundgebungen für
2879 einen menschenwürdigen Umgang mit Geflüchteten oder andere Ziele (auch solche, die
2880 wir nicht teilen) müssen weiter möglich sein. Der Aufenthalt im öffentlichen Raum kann
2881 und muss in Ausnahmefällen wie in einer Pandemie zusätzliche Regulierungen ertragen
2882 – aber diese müssen angemessen sein, immer wieder überprüft werden und dürfen
2883 keinesfalls als Chance genutzt werden, Freiheiten grundsätzlich einzuschränken. Und
2884 die Polizei ist ebenso wie die Stadt „unsere“ und „Ihre“ Polizei. Das ist ein Anspruch an
2885 alle Beteiligten. Die Polizei muss dafür sorgen, dass sie tatsächlich die Polizei aller
2886 Frankfurter*innen ist – diskriminierungsfrei in ihrem Handeln und konsequent im
2887 Eintreten für den Rechtsstaat und gegen Extremismus auch nach innen. Und wir alle
2888 müssen dafür sorgen, dass die Polizei nicht als Feindbild aufgebaut und beschädigt
2889 wird. Denn die Polizei als Feindbild führt nicht zu mehr Freiheit und Sicherheit.

2890 **In Zukunft: Digital, gemeinsam mit der Region,** 2891 **global vernetzt und verantwortungsbewusst**

2892 Die Zukunft sowohl der privaten Wirtschaft wie auch der öffentlichen Hand ist geprägt
2893 von Digitalisierung. Wie alle technischen Entwicklungen birgt die Digitalisierung
2894 Risiken und Chancen. Wir müssen über Rahmensetzung sicherstellen, dass die Chancen
2895 genutzt und die Risiken vermieden werden. Frankfurt ist als Knotenpunkt die
2896 Internethauptstadt Europas. Dennoch gibt es auch in Frankfurt Gebiete, in denen die
2897 Versorgung mit Bandbreite nicht ausreichend ist. Ohne Zugang zum Internet ist

2898 Digitalisierung nicht denkbar. Wir müssen auch in Frankfurt die Lücken schnell
2899 schließen.

2900 Für eine Pendler*innenstadt wie Frankfurt hat Home-Office vielfältige Vorteile. Die
2901 Menschen sparen Wegzeiten, und die Mobilitätsinfrastruktur wird entlastet. Wenn alle
2902 Arbeitnehmer*innen im Schnitt einen Tag in der Woche von Zuhause arbeiten können,
2903 reduziert sich der Pendelverkehr um 20 %: 2 Millionen weniger gefahrene Kilometer am
2904 Tag. Wir wünschen uns, dass die Unternehmen und die Menschen diese Gelegenheit
2905 nutzen. Als Stadt wollen wir voran gehen. Corona hat Home-Office erzwungen und wir
2906 haben zu spüren bekommen, dass das auch viele Nachteile hat. Bei einer strukturierten
2907 Vorgehensweise können wir aber sicherstellen, dass die Vorteile für alle Beteiligten
2908 deutlich überwiegen.

2909 Auch die Dienstleistungen der öffentlichen Verwaltung müssen digitalisiert werden. Das
2910 Onlinezugangsgesetz verpflichtet Bund, Länder und Kommunen, ihre
2911 Verwaltungsleistungen auch digital anzubieten – bis 2022(!). Hier und bei der
2912 Zugänglichkeit von öffentlichen Daten ist Frankfurt bisher kein Vorbild. Das müssen wir
2913 in den nächsten Jahren dringend ändern.

2914 Im „echten Leben“ spielen Nähe und Dichte allerdings noch eine Rolle, und das wird
2915 auch so bleiben. Die Metropolregion Frankfurt Rhein-Main hat insgesamt fast 6
2916 Millionen Einwohner*innen. Sie erstreckt sich über 3 Bundesländer und ist schon allein
2917 deshalb politisch ein kompliziertes und in vielen Dingen schwerfälliges Gebilde. Wir
2918 müssen aber den Zusammenhalt in der Region, die gemeinsame Sicht auf Probleme und
2919 das Zusammendenken von Lösungen dennoch immer wieder vorantreiben. Frankfurt ist
2920 hier die Kernstadt, dennoch muss auch Frankfurt als Akteurin auf Augenhöhe auftreten,
2921 sonst wird die Region nicht vorankommen – und damit werden viele Probleme auch in
2922 Frankfurt nicht nachhaltig lösbar sein. Wir brauchen für die Wirtschaft und für die
2923 Menschen, für ihre Freiheit und ihre Entwicklung, eine funktionierende regionale
2924 Zusammenarbeit. Hier ist Luft nach oben.

2925 Schließlich gilt für Frankfurt in besonderem Ausmaß: Unsere Stadt ist weltweit vernetzt,
2926 profitiert davon und nimmt ihre Verantwortung wahr. Wir haben aktuell 17
2927 Partnerschaften und 7 Kooperationen mit Städten in der ganzen Welt. Die
2928 internationale Vernetzung wollen wir weiter pflegen und dafür nutzen, nicht nur auf
2929 offizieller Ebene sondern auch zwischen den Menschen und zivilgesellschaftlichen
2930 Institutionen Kontakte zu knüpfen sowie Vertrauen und Verständnis zu schaffen. Im
2931 Sinne der globalen Verantwortung für Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft wollen

2932 wir gezielt weitere Partnerschaften begründen, insbesondere auch im Gebiet südlich der
2933 Sahara. Und wir wollen im Rahmen der Partnerschaften Menschenrechte und die
2934 Zivilgesellschaften stärken und auch in kritischen Situationen unserer globalen
2935 Verantwortung gerecht werden.

2936 **Für folgende Maßnahmen stehen wir:**

2937 **Starke Wirtschaft, starke Gemeinschaft**

2938 **Krisenmanagement verbessern**

- 2939 • Die Stadt Frankfurt muss auch hinsichtlich der Wirtschaft aus der Corona-Krise
2940 lernen. Wir müssen in Zukunft besser in der Lage sein, uns ein Bild von der Lage
2941 insbesondere der Selbstständigen, der Kleinstunternehmern und der
2942 Mittelständler*innen in unserer Stadt zu machen und schnell und angemessen zu
2943 reagieren.

2944 **Vielfältiges, starkes Gewerbe**

- 2945 • Wir halten vor dem Hintergrund der Corona-Krise und ihrer Folgen für die Wirtschaft
2946 aktuell am Gewerbesteuerhebesatz von 460 Punkten fest. Mittelfristig und nach
2947 einer Erholung der allgemeinen Konjunktur streben wir aber einen ausgeglichenen
2948 Haushalt an und werden sowohl die Ausgabenseite wie auch die Einnahmenseite
2949 und den Gewerbesteuerhebesatz nutzen, um dieses Ziel zu erreichen. In normalen
2950 wirtschaftlichen Zeiten halten wir einen Hebesatz von 490 Punkten nach wie vor für
2951 gerecht und verträglich, wollen den Ansiedlungswettbewerb über Hebesätze
2952 beenden und zu einem kooperativen Verhalten in der Region auch bei der
2953 Wirtschafts- und Ansiedlungspolitik kommen.
- 2954 • Die chemische und verarbeitende Industrie ist ein*e wichtige*r Arbeitgeber*in und
2955 Gewerbesteuerzahler*in in Frankfurt. Diese Betriebe und die Arbeitsplätze wollen
2956 wir erhalten und ökologisch wie ökonomisch nachhaltig entwickeln.
- 2957 • Der Osthafen als intermodal angebundenes Industriegebiet ist ein wichtiger Faktor
2958 für eine nachhaltige Entwicklung unserer Stadt. Wir wollen ihn weiter entwickeln
2959 und dabei auch im Gewerbe auf effiziente Flächennutzung achten und Potenziale
2960 zur Entsiegelung nutzen.
- 2961 • Auch in Gewerbegebieten gehört die Zukunft grünen, klimaschonenden Bauten. Die
2962 entsprechende Beratung der Stadt werden wir intensivieren und auch in diesem
2963 wichtigen Sektor die Klimaschutzziele offensiv umsetzen. Der Fokus der
2964 Gebietsmanager*innen muss dabei auch auf große Unternehmen und speziell auf
2965 Rechenzentren gerichtet sein.
- 2966 • Neue Gewerbegebiete oder Gewerbegebiete im Strukturwandel wie in Griesheim
2967 werden wir als grüne Gewerbegebiete entwickeln. Die Versorgung muss mit
2968 effizienten, nachhaltigen Energieträgern erfolgen, Gebäude sollen verpflichtend mit

2969 Photovoltaik ausgerüstet werden, Wärme und andere Ressourcen sollen recycelt
2970 werden. Bei der Entwicklung von Gewerbeflächen streben wir weiterhin auch eine
2971 interkommunale Zusammenarbeit mit der Region an, inklusive einer fairen
2972 Aufteilung von Entwicklungskosten und Gewerbesteuererinnahmen.

- 2973 • Frankfurt hat eine innovative Unternehmenslandschaft – von Bio- bis FinTech. Wir
2974 leben von dieser Innovation, aber auch von der Vielfalt. Wir wollen die Förderung
2975 auf weitere Branchen ausweiten und dabei besonders nachhaltige Konzepte und
2976 Strukturen fördern.

2977 **Spannender, lebendiger Einzelhandel**

- 2978 • Wir werden den kleinteiligen Einzelhandel und lokale Handwerksbetriebe in den
2979 Stadtteilen weiter unterstützen. Gut gemischte Stadtteile bleiben ein wichtiges Ziel.
2980 Angesichts der Digitalisierung könnte ein Netzwerk für lokalen Online-Handel und
2981 regionalen Lieferdienste eine gemeinsame Plattform bieten. Wir wollen gemeinsam
2982 mit den Akteur*innen diese Möglichkeit prüfen.
- 2983 • Die dezentralen Strukturen der Gewerbevereine und Interessengemeinschaften in
2984 den einzelnen Stadtteilen sind ausschlaggebend für die Resilienz der lokalen
2985 Wirtschaft Frankfurts. Wir wollen sie mit hauptamtlichen Ansprechpartner*innen
2986 („Zentrenkümmer*innen“) unterstützen, die auch eng mit anderen Akteur*innen (zum
2987 Beispiel dem Quartiersmanagement) kooperieren sollen. Die Prioritäten der Arbeit
2988 werden von den Beteiligten bedarfsorientiert festgelegt.
- 2989 • Der Einzelhandel lebt von seiner Nähe zu den Kund*innen – und damit der
2990 Erreichbarkeit und der Aufenthaltsqualität vor Ort. Wir werden bei der Gestaltung
2991 von neuen und der Umgestaltung von bestehenden Quartieren diese
2992 Zusammenhänge gleichberechtigt mit anderen Interessen beachten.
- 2993 • Im Rahmen unseres Konzepts der „Stadt am Main“ und bei der Entwicklung
2994 entsprechender Konzepte auch für weitere Stadtteile werden wir die Außenflächen
2995 für Gastronomie und andere Nutzungen ausweiten und die Aufenthaltsqualität dort,
2996 zum Beispiel durch Verkehrsreduzierung und mehr Begrünung, deutlich erhöhen.
- 2997 • Die im Innenstadtkonzept geplanten neuen Gebäude zur besseren Fassung von
2998 Plätzen und zur Bereitstellung von neuen Flächen für Einzelhandel und Gastronomie
2999 wollen wir umsetzen. Dabei werden wir vor allem auf innovative und nachhaltige
3000 Konzepte beim Bau und der Nutzung achten.

3001 **Zukunft fördern: Gründer*innen unterstützen**

- 3002 • Frankfurt ist ein attraktiver Standort für Gründer*innen. Wir werden den
3003 Gründer*innenfonds fortführen, das Angebot des Gründer*innenzentrums weiter
3004 entwickeln und die Förderung erfolgreicher Institutionen fortführen. Wir werden
3005 aber auch die Vernetzung in der Region und im Land fördern und wollen zusammen
3006 mit der Hessischen Landesregierung darauf hinwirken, dass sich die
3007 Finanzierungsbedingungen von jungen Unternehmen in Wachstumsphasen und
3008 Expansionsphasen verbessern – hier sind die Angebote von Geschäftsbanken oft
3009 nicht flexibel genug.
- 3010 • In der Wirtschaftsförderung haben wir bereits jetzt einen hohen Anteil von Frauen –
3011 auf der Ebene der Führungskräfte sind wir allerdings noch nicht bei den von uns
3012 angestrebten 50 %. Auch die Mittel der Wirtschaftsförderung müssen gendergerecht
3013 verteilt werden. Wir wollen hier eine Genderberichterstattung einführen und die
3014 Chancen der Vielfalt nutzen.
- 3015 • Frankfurt hat eine internationale Bevölkerung mit vielen unterschiedlichen
3016 Herkünften und Hintergründen. Wir wollen diese Vielfalt auch in der
3017 Unternehmensgründung weiter fördern – direkt, wo es Frankfurter Institutionen
3018 durch mehrsprachige Angebote und Unterstützung selbst können, sowie indirekt, wo
3019 es zum Beispiel Fortschritte bei der Anerkennung internationaler Berufs- und (Hoch-
3020)Schulabschlüsse braucht.
- 3021 • Nicht nur die Kulturschaffenden, auch Gründer*innen können von
3022 Zwischennutzungen und zeitweisem Leerstand profitieren. Wir wollen zusammen
3023 mit dem Einzelhandelsverband, der Wirtschaftsförderung und weiteren Partnern
3024 gemeinsam Lösungen erarbeiten, wie zeitweiser Leerstand kreativ und sinnstiftend
3025 genutzt werden kann.
- 3026 • Wir werden eine zentrale Kompetenzstelle Fördermittel bei der Kämmerei
3027 etablieren, um den Zugriff auf Mittel aus Förderprogrammen auf Landes-, Bundes
3028 oder Europäischer Ebene, aber auch ggf. von privaten Institutionen zu verbessern.
3029 Diese Kompetenzstelle soll auch Institutionen und Unternehmen beraten, um so
3030 insgesamt Finanzmittel vor allem für nachhaltige Projekte und Maßnahmen zu
3031 akquirieren. Die Kompetenzstelle soll dabei keine Controlling-, sondern eine
3032 Beratungs- und Unterstützungsfunktion übernehmen.

3033 **Ökologisch und sozial: Nachhaltig aus Verantwortung**

- 3034 • In Frankfurt gibt es einen Trend zur regionalen Versorgung mit Lebensmitteln.
3035 Diesen Trend wollen wir unterstützen, Modelle der solidarischen Landwirtschaft,
3036 lokale Gartenbaubetriebe und die Umstellung auf ökologischen Anbau fördern sowie
3037 bei der oft schwierigen Suche nach Nachfolger*innen helfen.
- 3038 • Auch die Wirtschaft kann, will und muss ihren Teil zur Erreichung der Klimaziele
3039 beitragen. Wir werden insbesondere kleine und mittlere Unternehmen dabei
3040 unterstützen, in Kooperation mit anderen Beteiligten die Nachhaltigkeitsberatung
3041 ausbauen, Erfolge öffentlich vermarkten und Zugang zu Fördermitteln aus dem
3042 kommunalen Klimaschutzfonds gewähren.
- 3043 • Wir wollen den Gründer*innenpreis um eine Kategorie „Nachhaltigkeit der
3044 Gründung“ mit einem eigenständigen Preis ergänzen.
- 3045 • Wir werden die Beschaffung durch die Stadt, aber auch durch städtische
3046 Unternehmen, fairer und nachhaltiger gestalten, den Schutz von Umwelt und
3047 Menschenrechten entlang der Produktions- und Lieferkette sicherstellen und
3048 grundsätzlich Beschaffungen möglichst regional und nach einer Kosten/Nutzen-
3049 Kalkulation die ökologische und soziale externe Kosten berücksichtigt durchführen.
3050 Frankfurt ist fair-trade Stadt, darauf sind wir stolz, werden uns darauf aber nicht
3051 ausruhen.

3052 **Digitalisierung als Chance**

- 3053 • Wir wollen Frankfurt als Standort für alle Aspekte der Digitalisierung stärken und die
3054 Chancen einer Publikumsmesse zum Thema Digitalisierung prüfen. Dabei legen wir
3055 den Schwerpunkt auf E-Bildung, Innovative Stadt und digitale Kreativwirtschaft.
3056 Diese Messe soll sich insbesondere auch an regionale, kleinere und mittelständige
3057 Anbieter*innen richten und damit auch einen Beitrag zur Vielfalt der digitalen
3058 Angebote liefern.
- 3059 • Die Frankfurter*innen, die Unternehmen und die Beschäftigten können von einer
3060 Entlastung insbesondere der Verkehrsinfrastruktur durch vermehrtes Home-Office
3061 immens profitieren – die Corona-Zeit hat uns das vorgeführt. Wir wollen prüfen,
3062 welche Rolle die Stadt in Zusammenarbeit mit den Unternehmen bei der
3063 Ausweitung von Home-Office-Möglichkeiten spielen kann und werden mit der Stadt
3064 Frankfurt als Arbeitgeberin mit gutem Beispiel vorangehen.
- 3065 • Die digitale Infrastruktur in Frankfurt ist nach wie vor nicht in allen Gebieten
3066 ausreichend. Gerade in Zeiten der Digitalisierung und vor dem Hintergrund des

3067 Nutzens von Home-Office, von Selbstständigkeit und einer Diversifizierung der
3068 Wirtschaftsformen müssen diese Defizite schnell behoben werden. Wir werden dazu
3069 mit den Telekommunikationsanbieter*innen das Gespräch suchen und Hindernisse
3070 aus dem Weg räumen.

3071 • Der Weggang der GamesAcademy nach München ist ein sehr negatives Zeichen. Die
3072 Kreativbranche hatte in Frankfurt lange Jahre einen Hotspot. Wir wollen diese
3073 Branche in unserer Region wieder stärken und dazu gemeinsam mit der Region und
3074 der Landesregierung Programme auflegen.

3075 **Eine Wurzel Frankfurts: Zusammen kommen**

3076 • Die Messe ist eine Institution in Frankfurt – sie gehört zur Geschichte, zur
3077 Gegenwart und zur Zukunft unserer Stadt. Wir wollen die Messe angesichts der
3078 Erfordernisse des Klimawandels und der Chancen der Digitalisierung bei der
3079 Modernisierung unterstützen. Digitalisierung ermöglicht virtuelle Vernetzung als
3080 Ergänzung zu analogen Treffen, die Anreise zur und der Betrieb der Messe können
3081 Leuchttürme der Nachhaltigkeit werden, und die Messe muss weiter darauf achten,
3082 Inhalte mit Zukunft zu präsentieren.

3083 • Frankfurt ist ein heimlicher Champion beim Tourismus. Wir wollen diese Stärke
3084 einerseits sichtbarer machen, andererseits auch mit besseren digitalen Angeboten,
3085 besseren Wegweisungen und mehr sichtbarer Internationalität die Stadt auch für
3086 Tourist*innen noch besser zugänglich machen.

3087 **Politik, Behörden und Verwaltung**

3088 **Mehr als die Summe der Teile: Inklusive Bürger*innenbeteiligung**

3089 • Wir werden alle Informationen für Bürger*innen zu Stadtpolitik, Maßnahmen und
3090 Vorhaben und zu Beteiligungsmöglichkeiten auch in leichter Sprache bereitstellen.

3091 • Wir werden jenseits der bereits etablierten Formate der Bürger*innenbeteiligung
3092 neue Formate entwickeln, die insbesondere Menschen erreichen, die bisher
3093 unterrepräsentiert sind. Wir werden dazu verschiedene Ansätze pilothaft umsetzen
3094 und die Erfahrungen auswerten. Wir werden auch die Kommunikation über
3095 existierende Beteiligungsmöglichkeiten verstärken und so anpassen, dass sie die
3096 Frankfurter*innen wirklich erreicht.

3097 • Frankfurt profitiert immens von bürgerschaftlichem Engagement. Viele Initiativen
3098 scheitern aber an mangelnden Netzwerken oder fehlenden Ansprechpartner*innen.
3099 Wir werden eine „Lotsenstelle“ für das bürgerschaftliche Engagement schaffen, die
3100 Ideen zusammenführt, Ansprechpartner*innen vermittelt und die vielfältigen

- 3101 Angebote und Kompetenzen der Bürger*innen, Stiftungen und anderer Akteure
3102 vernetzt.
- 3103 • Wir wollen, dass der Magistrat in Zukunft mindestens jährlich in allen Ortsbeiräten
3104 über Planungsvorhaben insbesondere in den Bereichen Verkehr, Stadtplanung und
3105 Wirtschaft mit unmittelbarer Relevanz für den jeweiligen Ortsbezirk berichtet. Dies
3106 stärkt die Möglichkeiten der Ortsbeiräte, ihre Rolle als direkte
3107 Ansprechpartner*innen für die Bürger*innen für Belange im Stadtteil wahrzunehmen.
- 3108 • Wir werden verstärkt Bürger*innenbeteiligungen digital durchführen. Ablauf und
3109 Ergebnis von Beteiligungsprozessen sollen in jedem Fall transparent auf städtischen
3110 Webseiten dokumentiert werden.
- 3111 • Die Online-Plattform „Frankfurt fragt mich“ werden wir modernisieren, die
3112 Kommunikation von Entscheidungen verstärken und den digitalen Austausch
3113 zwischen Bürger*innen und mit ihren Kommunalpolitiker*innen fördern.
- 3114 • Die Übertragungen von Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung wollen wir um
3115 eine Übertragung von Sitzungen von Ausschüssen und anderen öffentlichen Gremien
3116 erweitern und in Zukunft auch in einem Archiv anbieten, um eine möglichst hohe
3117 Transparenz der kommunalen Entscheidungen sicher zu stellen.
- 3118 • Wir wollen die Bürger*innen besser über die Einnahmen und Ausgaben der Stadt
3119 informieren und Mitwirkungsmöglichkeiten ausbauen. Der Bürger*innenhaushalt in
3120 Frankfurt war nicht überzeugend. Wir wollen best-practices anderer Kommunen
3121 auswerten und das Ziel erreichen, dass sich interessierte Bürger*innen sowohl über
3122 Ausgabenvorschläge wie auch über Finanzierungsvorschläge an der Politik in
3123 Frankfurt beteiligen können. Dabei soll sichergestellt werden, dass die
3124 Beteiligungsmöglichkeiten tatsächlich von der gesamten Stadtgesellschaft genutzt
3125 werden. Außerdem wollen wir eine zentrale Vorhabenliste online bereitstellen, auf
3126 der sich die Bürger*innen über geplante und laufende Maßnahmen informieren
3127 können.

3128 **Die Stadt als Arbeitgeberin und Partnerin der Bürger*innen:**
3129 **Digital, vielfältig, transparent, modern aufgestellt**

- 3130 • Wir werden eine Transparenzsatzung für die Stadt Frankfurt auf den Weg bringen.
3131 Bürger*innen, die vom Handeln städtischer Ämter, Betriebe und Einrichtungen
3132 betroffen sind, sollen eine Rechtsgrundlage erhalten, um Informationen über die
3133 entsprechenden Daten und Handlungen zu erhalten, wie sie das auf Landesebene
3134 bereits haben.

- 3135 • Nach wie vor werden nicht alle Verwaltungsprozesse, die digital möglich sind, auch
3136 digital angeboten. Wir müssen dieses Ziel schnell erreichen und auch die
3137 Information zu Verfahrensabläufen und Zwischenständen verbessern. Hierbei setzen
3138 wir auf Zusammenarbeit mit anderen Kommunen, dem Land und dem Bund,
3139 überprüfen aber auch die Stellensituation in der Verwaltung daraufhin, inwieweit
3140 hier Unterstützung nötig und möglich ist.
- 3141 • Bei von der Stadt selbst oder in ihrem Auftrag entwickelter Software werden wir in
3142 Zukunft komplett nach dem Open-Source-Modell verfahren, die Quellen frei zur
3143 Verfügung stellen und auf entsprechend lizenzierter Software aufbauen. Wir werden
3144 bei jeder Beschaffung untersuchen, ob es Open-Source-Alternativen gibt und diese
3145 grundsätzlich bevorzugen. Open-Source-Software hat sowohl kommerzielle wie
3146 technische Vorteile und macht die Stadt unabhängiger. Wir werden darüber hinaus
3147 prüfen, wie wir den Open-Source-Gedanken in der Stadtverwaltung fördern und
3148 unterstützen können – zum Beispiel durch die Bereitstellung von Dienstleistungen
3149 oder Arbeitskraft für Open-Source-Projekte.
- 3150 • Digitalisierung und Datenschutz sind zwei Kerngebiete einer zukunftsfähigen
3151 Infrastruktur. Wir werden bei allen Vorhaben die Ausfalls- und Datensicherheit
3152 intensiv im Blick behalten und die Vernetzung der städtischen Expert*innen mit
3153 anderen Verwaltungen, aber auch in Communities aus der IT-Szene fördern.
- 3154 • Das städtische IT-Dezernat und das Amt für Informations- und
3155 Kommunikationstechnik stellen zentrale Stellen bei der Ausgestaltung der
3156 Digitalisierung dar, die kommunale IT ist eine Querschnittsfunktion. Wir werden
3157 sicherstellen, dass alle Aktivitäten in der Stadtverwaltung Unterstützung erhalten
3158 und dass bei der Definition und Umsetzung von IT- und Digitalisierungs-Strategien
3159 sowohl die fachliche Expertise wie auch das technische KnowHow angemessen
3160 einfließen.
- 3161 • Die Fortschritte bei der digitalen Bereitstellung von offenen Daten
3162 (www.offenedaten.frankfurt.de) sind nicht befriedigend. Wir werden die
3163 Bemühungen hier intensivieren und auch die Fachämter, die derzeit noch
3164 zurückhaltend mit der Bereitstellung von Daten sind, vermehrt in die Pflicht
3165 nehmen.
- 3166 • Digitale Kompetenzen sind in Zukunft nicht mehr verzichtbar. Vielen Menschen fehlt
3167 aber die Gelegenheit, in einer sicheren Umgebung entsprechende Erfahrungen zu
3168 machen. Wir wollen einen „digitalen Abenteuerspielplatz“ etablieren, in dem digitale

- 3169 Bildungsangebote bereitgestellt werden und angstfrei Tools ausprobiert werden
3170 können.
- 3171 • Wir wollen, dass die Stadt weiter eine attraktive Ausbildungsstätte bleibt, die ihrer
3172 gesellschaftlichen Verantwortung gerecht wird. Wir setzen den Ausbau der
3173 Ausbildungsplätze bei der Stadt fort. Um die Auszubildenden zu unterstützen prüfen
3174 wir die Einrichtung eines Wohnheims analog zu einem Studierendenwohnheim für
3175 Auszubildende bei der Stadt oder bei den Eigenbetrieben, insbesondere für solche in
3176 Mangelberufen.
 - 3177 • Unser Leitbild für die Stadtverwaltung ist ein Abbild der multikulturellen und
3178 diversen Stadtgesellschaft, in dem die Vereinbarkeit von Familie und Beruf einen
3179 hohen Stellenwert genießt und die sich aktiv und präventiv gegen alle rassistischen
3180 und diskriminierenden Tendenzen stellt.
 - 3181 • Wir steigern den Anteil von Frauen und Menschen mit kulturell diversem
3182 Hintergrund vor allem auch in den Führungspositionen städtischer Ämter, Betriebe
3183 und Gesellschaften weiter.
 - 3184 • Wir stellen sicher, dass die Arbeitsplätze und die Arbeitskraft der Verwaltung mit
3185 dem Wachstum der Stadt Schritt halten und stärken, auch vor dem Hintergrund der
3186 Erfahrungen in der Corona-Krise, die Home-Office-Fähigkeit der städtischen
3187 Verwaltung.
 - 3188 • Wir wollen, dass die Stadt auf sachgrundlose Befristung von Arbeitsverhältnissen
3189 komplett verzichtet.
 - 3190 • Städtische Beschäftigte und Mandatsträger*innen führen ihre Dienstreisen
3191 klimafreundlich durch, für nicht zu vermeidende Flugreisen erfolgt eine CO₂-
3192 Kompensation in den städtischen Klimaschutzfonds. Das kostenfreie Jobticket für die
3193 städtischen Beschäftigten und die Beschäftigten der Eigenbetriebe ist ein großer
3194 Erfolg auf den wir stolz sind. Wir behalten es bei.

3195 **Nachhaltige, solidarische Finanzpolitik**

- 3196 • Wir setzen uns für einen neuen Ansatz von kommunaler Investitionspolitik ein, der
3197 die Möglichkeiten für kreditfinanzierte Investitionen mit einer direkten Absicherung
3198 der Rückzahlungen im Rahmen von folgenden Haushalten eröffnet. So können
3199 nachhaltige Investitionen auch auf Kredit ermöglicht und gleichzeitig die
3200 Transparenz über die Finanzierung sichergestellt werden.
- 3201 • Wir ergänzen die Haushaltsberichte der Stadt Frankfurt um Nachhaltigkeits-,
3202 Klimarisiko- und Gleichstellungsberichte und schaffen so ein wirksames
3203 Steuerungsinstrument für eine nachhaltige kommunale Finanzpolitik.

- 3204 • Wir streben für die wesentlichen Beteiligungsunternehmen der Stadt die Einführung
3205 einer Gemeinwohlabilanzierung zusätzlich zu den vorgeschriebenen Berichtsformen
3206 an. Dazu sollen in einem ersten Schritt einige Pilotunternehmen ihre ersten
3207 Erfahrungen mit der Gemeinwohlabilanzierung sammeln, damit in einem zweiten
3208 Schritt die Gemeinwohlabilanzierung auf alle wesentlichen Unternehmen der Stadt
3209 Frankfurt übertragen wird.
- 3210 • Wir setzen den Abzug öffentlicher Gelder aus Vermögensanlagen in Bereichen, die
3211 den Klimazielen zuwiderlaufen oder ethische oder soziale Standards wie die
3212 Ächtung von Kinderarbeit, von illegalen Waffenexporten etc. verletzen, fort und
3213 nehmen einen Bericht zu Divestment-Aktivitäten in die
3214 Nachhaltigkeitsberichterstattung auf.
- 3215 • Wir werden mit dem Land über finanzielle Beteiligung an den Kosten verhandeln,
3216 die durch überregionale Angebote entstehen. Nicht nur das Wachstum der Stadt ist
3217 mit erheblichen finanziellen Lasten verbunden, sondern ebenso regionale und
3218 überregionale Angebote wie im Kultur- und Freizeitbereich. Frankfurt steht zur
3219 interkommunalen Solidarität, sieht sich aber auch als Leistungserbringer für die
3220 Region und das Land Hessen insgesamt und ist auf entsprechende Unterstützung
3221 angewiesen.
- 3222 • Wir werden die Evaluation des Kommunalen Finanzausgleichs, die explizit auch eine
3223 Evaluation des Metropolzuschlags umfasst, nutzen, um die Mehrbedarfe zu beziffern,
3224 die durch die Metropolfunktion entstehen, und uns für eine entsprechende
3225 Anpassung des Metropolzuschlags stark machen.

3226 **Global vernetzt, global verantwortlich: Frankfurt und die Welt**

- 3227 • Wir überprüfen die bestehenden internationalen Kontakte der Stadt darauf, wie aktiv
3228 Bürger*innen- und vor allem Jugendliche beteiligt werden, identifizieren und
3229 beteiligen uns an relevanten internationalen Netzwerken und nutzen die Kontakte
3230 und Kompetenzen der Stadtpolitik, der Verwaltung und von relevanten
3231 zivilgesellschaftlichen Gruppen für eine qualitative Belebung der globalen
3232 Vernetzung unserer Stadt.
- 3233 • Wir begründen eine neue Städtepartnerschaft mit einer Stadt südlich der Sahara, die
3234 die historischen und aktuellen Verbindungen aufgreift und die historischen
3235 Schulden, aber auch die aktuellen Chancen und gemeinsamen Herausforderungen
3236 thematisiert.

- 3237 • Wir nutzen die existierenden Partnerschaften zu einem institutionalisierten
3238 Austausch mit Menschenrechtler*innen und anderen zivilgesellschaftlichen
3239 Akteur*innen für globalen Frieden und globale Gerechtigkeit.
- 3240 • Wir stärken die europapolitische Öffentlichkeitsarbeit und die Einbindung der
3241 Zivilgesellschaft in das europäische Engagement Frankfurts. Wir sind nicht nur
3242 Standort der EZB und nicht nur Stadt im Herzen Europas, sondern wir sind eine Stadt
3243 von Europäer*innen und Menschen, die das offene, solidarische, friedliche Europa im
3244 Herzen tragen.

LEBEN IM KLIMAWANDEL	4
Klima und Wohnen: Es geht nur zusammen	4
Den Klimaschutz konsequent weiter verstärken	5
Es gibt keine ungenutzten Flächen in Frankfurt	6
Wohnen darf kein Luxusgut sein.....	8
Bezahlbare Wohnungen schaffen	8
Bezahlbare Mieten erhalten	9
Das Verhältnis zur Region erneuern.....	10
Klimagerechte Stadt: Die Energie- und Wärmewende beschleunigen ...	11
Grüneres Frankfurt mit allen und für alle.....	11
Grünflächen erhalten und erweitern	11
Artenvielfalt schützen.....	12
Müll vermeiden, Wasser schützen	12
Bürger*innen beteiligen, Kinder und Jugendliche aktiv einbeziehen	12
Frauen: 100 % für 50 %!	13
Für folgende Maßnahmen stehen wir:	14
Den Klimaschutz ins Zentrum der Politik rücken.....	14
Die Energiewende lokal umsetzen.....	14
Die Wärmewende angehen	16
Die Stadt klimaverträglich und sozial weiter entwickeln	17
Eine neue Bodenpolitik etablieren.....	20
Die Potenziale in der Innenentwicklung verträglich nutzen	21
Bezahlbare Mieten erhalten	22
Das Verhältnis zur Region gesund gestalten.....	23
Frankfurts Grünräume und Arten schützen und das Grün weiter entwickeln.....	24
Urban und Grün: Entsiegeln und begrünen.....	26
Abfall vermeiden, Wiederverwendung und -verwertung stärken, Trinkwasserressourcen schonen	27
Die Menschen an der Planung der Stadt beteiligen, den Anteil von Frauen im Planungsbereich erhöhen.....	28

MOBILITÄT FÜR MENSCHEN	30
Mehr Platz für Menschen	31
Das Fahrzeug ist nur das Werkzeug: Chancen der Vernetzung und Digitalisierung nutzen	32
Fuß- und Radverkehr fördern	33
Den öffentlichen Verkehr leistungsfähiger und preisgünstiger machen	34
Individuell und nachhaltig: Autos teilen und anders betreiben	35
Logistik im 21. Jahrhundert	36
Eine Zukunft für den Flughafen	37
Mobilität: Mit allen für alle	38
Für folgende Maßnahmen stehen wir:	39
Den Stadtraum neu verteilen	39
Den Fuß- und Radverkehr ausbauen	40
ÖPNV: Alle fahren mit	41
Das Auto in der Stadt: nachhaltige Bewegung	44
Güter- und Warenverkehr neu denken	45
Eine Zukunft für den Flughafen	46
Mit allen für alle	46
UNSER WIR MEINT: WIR ALLE!	48
Frankfurt – Stadt der vielen Herkünfte: Zusammen stehen	48
Jede*r ist, wie jede*r ist	50
Kinder, Jugendliche und Familien in Frankfurt	51
Chancen für alle Kinder und Familien	51
Betreuungseinrichtungen und Schulen in Frankfurt: Verlässlich und modern	52
Gemeinsam gestalten	53
Sportstadt – auch im Alltag	53
Sozial- und Gesundheitsangebote: verlässlich, zielgenau und diskriminierungsfrei	54
Drogenpolitik: Der Frankfurter Weg bleibt richtig	55

Für folgende Maßnahmen stehen wir:	56
Kulturelle Vielfalt als Chance, konsequent gegen Rassismus	56
Geflüchtete Menschen brauchen Hilfe, keine Zurückweisung	58
LSBT*IQ: Gegen Hass, Diskriminierung und Ausgrenzung, für Akzeptanz und Sichtbarkeit von Vielfalt.....	58
Gleichstellung für Inter*/diverse Menschen	59
Jungen Frankfurter*innen Gehör verschaffen und eine gute Zukunft sichern	60
Gute Bildung und Betreuung: Basis für eine gerechte Gesellschaft.....	61
Infrastruktur ausbauen und modernisieren	61
Motiviert und beteiligt: Lehrer*innen und Erzieher*innen, Eltern, Schüler*innen, Kinder und Jugendliche	62
Rechte sichern, Teilhabe ermöglichen.....	62
Sport: Vielfältig, zugänglich, mit allen	63
Soziale Stadt: Zuverlässig, zielgenau, diskriminierungsfrei	64
Kinderarmut gefährdet die Zukunft	64
Erfolgsmodell Frankfurt-Pass	64
Inklusion: Erleichtern.....	65
Altern: Unterstützt, in Würde und in Gemeinschaft.....	66
Angebote für besondere Bedarfe ausbauen und zuverlässig aufrechterhalten.....	66
Gesundheit: Umfassend denken, zuverlässig umsetzen	67
Aus Corona lernen, öffentliche Angebote stärken	67
Ernährung: Entscheidender Baustein auch für gesundes Leben.....	68
Drogenpolitik: Den Frankfurter Weg fortentwickeln.....	68

GLEICH BERECHTIGT!.....70

Gleichberechtigung überall.....71

Bewusst machen: Alle Leistungen würdigen, alle Perspektiven berücksichtigen..... 72

Sexismus, Hass und Gewalt bekämpfen 72

My body, my choice: Reproduktive Selbstbestimmung gewährleisten . 73

Gleichberechtigung, jetzt!..... 73

Für folgende Maßnahmen stehen wir:	74
Gleichstellung im Beruf erreichen.....	74
Frauen sichtbar machen und beteiligen: In allen Lebensbereichen	75
Sexismus, Hass und Gewalt bekämpfen.....	76
Reproduktive Rechte sicherstellen	77

KULTUR - NEUGIERIG WIE DAS LEBEN SELBST

Kultur ist nicht „nice-to-have“	79
Kunst und Kultur in der Breite Raum bieten	79
Die Knoten lösen – Städtische Bühnen und Kulturcampus	80
Kulturelle Bildung stärken – Zugänge ermöglichen	81
Erinnerungskultur prägt die Zukunft	82
Für folgende Maßnahmen stehen wir:	83
Kultur durch Krisen helfen.....	83
Die Relevanz von Kultur deutlich machen.....	83
Kultur Freiräume geben und Freiräume lassen	84
Freie Szene und Sozio-Kulturelle Zentren.....	84
Film.....	85
Musik.....	85
Clubkultur.....	85
Kultur für alle zugänglich machen.....	85
Große Kulturorte, große Herausforderungen	86
Strukturförderung sicherstellen, bei der Mittelakquise unterstützen.....	86
Kulturelle Bildung stärken	87
Wissen, was war: Erinnerungskultur in die Zukunft führen.....	87

DIE STADT IST, WAS WIR DARAUSS MACHEN	89
Alle Frankfurter*innen sind Frankfurter*innen	90
Viel mehr als nur Banken	90
Es ist Ihre Stadt!	92
In Zukunft: Digital, gemeinsam mit der Region, global vernetzt und verantwortungsbewusst	93
Für folgende Maßnahmen stehen wir:	96
Starke Wirtschaft, starke Gemeinschaft.....	96
Krisenmanagement verbessern	96
Vielfältiges, starkes Gewerbe.....	96
Spannender, lebendiger Einzelhandel.....	97
Zukunft fördern: Gründer*innen unterstützen	98
Ökologisch und sozial: Nachhaltig aus Verantwortung	99
Digitalisierung als Chance.....	99
Eine Wurzel Frankfurts: Zusammen kommen	100
Politik, Behörden und Verwaltung.....	100
Mehr als die Summe der Teile: Inklusive Bürger*innenbeteiligung	100
Die Stadt als Arbeitgeberin und Partnerin der Bürger*innen: Digital, vielfältig, transparent, modern aufgestellt.....	101
Nachhaltige, solidarische Finanzpolitik.....	103
Global vernetzt, global verantwortlich: Frankfurt und die Welt	104